Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunismus und Klassenkampf – Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

12. Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre

1. Revolutionen sind der Motor der Geschichte. · a) Die französische Revolution · b) Die 48er Revolution in Deutschland · c) Die Pariser Kommune · d) Die Oktoberrevolution · e) Die chinesische Revolution

2. Kolonisierung des amerikanischen Kontinents. Unterwerfung des Südens durch den Norden. Das US-Völkergefängnis. · a) Der Goldhunger treibt die untergehenden Feudalreiche um die Welt. Dahinter steckt die Handelsbourgeoisie. Spanien und Portugal erste Kolonialmächte in Amerika. · b) Der Norden wird unter Führung der Bourgeoisie kolonisiert. Holland, England aber auch Frankreich kolonisieren Nordamerika. Die Bauern und Kleinbürger tragen den Unabhängigkeitskampf gegen England. Entstehung der Yankee-Bourgeoisie. · c) Mit dem Vordringen des Kapitalismus wird die indianische Bevölkerung ausgerottet. Reservate der Indianer. Siedlungsgebiete der Afro-Amerikaner nach der Aufhebung der Sklaverei. · d) Unterwerfung Süd-Amerikas durch die USA. Endgültiger Vernichtungskrieg gegen die indianischen Bauern. Zerkleinerung Mexikos und Beschlagnahmung der mexikanischen Arbeitskraft. · e) Der Kampf der unterdrückten Völker Südamerikas, der nordamerikanischen Indianer und der Afro-Amerikaner für Unabhängigkeit und nationale Befreiung wird zu einer Reserve des Kampfes der Arbeiterklasse für die proletarische Revolution in den USA. Unterhöhlung der Fundamente der US-Supermacht. Risse im Gebälk.

3. Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß. · a) Die ersten Opfer der Zarenherrschaft und ihres Expansionismus waren die russischen Bauern. 16. und 17. Jahrhundert. Das Bauernland wird in Grundherrenland verwandelt und die Bauern werden durch Schollenbindung zu Leibeigenen, andere werden direkt zu Sklaven. Wüstung und Neusiedlungsbewegung. Neue Vorwände für die Ausdehnung der Zarenherrschaft. · b) Als obersten Grundherren und Händler drängt es den Zaren an die Ostseehäfen. Eroberungsbemühungen und schließlich Eroberung Livlands, Estlands und Finnlands. Später dann Litauens und großer Teile Polens. · c) Im Süden lockt das Schwarze Meer und der Zugang zum Mittelmeer. Der Panslavismus, ein zaristisches Instrument der Expansion auf dem Balkan. · d) Im Osten winken der Pazifik und die Reichtümer Chinas. Unterwerfung Zentralasiens und Vorstoß in den Fernen Osten. Die Niederlage gegen Japan leitet den Untergang des Zarismus ein. Revolution von 1905. · e) Die UdSSR führt den Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus und schafft den Rahmen für das Zusammenleben der befreiten Völker. Die Sozialimperialisten restaurieren das zaristische Völkergefängnis. Nur das herrschende Proletariat konnte das Bündnis der Völker der UdSSR und ihre Einheit sichern. Die Ängste der neuen Zaren vor dem „Neuerwachen des Nationalismus".

4. Das Christentum. Aus den religiösen Hoffnungen der „Mühseligen und Beladenen" der römischen Sklavenhaltergesellschaft wurden die irdischen Waffen der Ausbeuter und Unterdrücker. Das moderne Proletariat hat wirksame theoretische Waffen. · a) Die „Mühseligen und Beladenen" des römischen Reiches konnten ihre Hoffnungen nur ins Jenseits verlegen. Von dort sollte allerhand kommen und für dort versprach das Christentum allerhand. · b) Im Schmelztiegel der römischen Sklavenhalterherrschaft konnte das Christentum zur „Weltreligion" werden. · c) Die Sklavenhalter ergreifen das Christentum zwecks Verewigung der Sklaverei. Byzanz. Aber ihre Herrschaft war nicht zu halten. · d) Christliche Hierarchie und christliche Gleichmacherei. Die christlichen Feudalherren und die christlichen Bauern hatten nicht unter der gleichen religiösen Dunstglocke Platz. Katholizismus und Protestantismus. Vor allem aber diente der Protestantismus der aufkommenden Bourgeoisie. · e) Das moderne Proletariat braucht für seine Hoffnungen kein Jenseits. Seine Hoffnungen keimen im Diesseits. Marxistische Religionskritik.

5. Der Islam. Seine Entstehung im Kampf gegen die Sklavenhalterherrschaft des byzantinischen Reiches und seine Renaissance im Kampf gegen den Imperialismus. · a) Der Islam zog seine Kraft aus dem Kampf gegen Byzanz, die Hochburg der Sklavenhalter. Er einigte die arabischen Beduinen im Kampf gegen die Sklavenhalter. · b) Der Erfolg der arabischen Eroberungsfeldzüge zeigt die Überlegenheit der freien Beduinenheere über die Heere der Sklavenhalter. Mit den Eroberungen entwickelt sich Sklaverei und Feudalismus. Die demokratischen Elemente des Islam werden durch die aristokratischen überdeckt. · c) Die Osmanen werden die Führer des Islam. Eroberung Konstantinopels. Das osmanische Reich. · d) Das osmanische Reich kommt unter den Druck der kapitalistischen Staaten, die sich in Europa heranbilden. Es wird zerstückelt. · e) Die islamischen Völker werden durch den Imperialismus unterdrückt. Weil die islamischen Völker unterdrückt sind, wird der Islam zu einer Waffe der unterdrückten Völker. Die proletarische Kritik des Islam ist jedoch fällig.

6. Deutsche Geschichte: 6.01. Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens · a) Die „Kreuzzüge" – unter feudaler Verkleidung beginnt die kapitalistische Produktionsweise ihren Zug um den Erdball mit Schwert und Feuer. · b) Die „Wendenkreuzzüge" – die Handelsbourgeoisie Norddeutschlands sucht einen eigenen Weg zu den Reichtümern des Ostens. · c) „Nach Nowgorod! Nach Nowgorod!" – Die hansische Handelsbourgeoisie geht zum Sturmangriff über – Byzanz ist das Endziel der Kreuzfahrt. · d) Wenn nicht über die Düna, dann über die Weichsel! Die Pruzzen sind im Weg, die Pruzzen müssen weichen. · e) Zusammenrottung der hansischen Handelsbourgeoisie zum kriegerischen Städtebund – Blockade, Kriege und weitere Ostfeldzüge zur Hebung des Geschäfts. · f) Die deutsche Ostkolonisation – eine schwere Hypothek für die Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung.

6.02. Die deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion · a) Die ökonomische und politische Lage im Spätmittelalter. Rechtsverhältnisse der Bauern in den verschiedenen Landstrichen. Beschwerden, Artikel, Verträge, Chroniken, Reden zum Bauernkrieg · b) Der Befreiungskampf der Dithmarscher Bauern von 1507. · c) Die Forderungen und Kämpfe der Bauern in Süddeutschland 1525. · d) Das Bündnis von Stadt und Land und der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Bauern. Luther und Münzer. · e) Die Ergebnisse des Bauernkrieges und die weitere Fortsetzung der Kämpfe. Die Kämpfe der Salpeter. Die bürgerlichen Schulbücher wollen die Kämpfe der Bauern im Nachhinein nochmal unterdrücken.

6.03. Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. In Deutschland fehlt der Bourgeoisie der Hebel des Königtums. · a) Das deutsche Kaisertum – ein Instrument der politischen, sozialen und kirchlichen Reaktion. · b) Die inneren Widersprüche des Reiches. Die Bourgeoisie sucht nach politischen Hebeln der Entwicklung des Kapitalismus. · c) Mit Schweden und Frankreich greifen zwei moderne Staaten in den Krieg ein. · d) Habsburg wird geschlagen und nach Osten gedrängt. · e) Der preußische Kolonialistenstaat gewinnt an Einfluß. Die Entwicklung bleibt zersplittert. Die Kräfte des Volkes liegen nieder. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist gehemmt und die Revolution auch.

6.04. Die Unterdrückertätigkeit Friedrichs des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation. Feudalismus und Bourgeoisie beginnen sich zu verschwägern. · a) Der preußisch-österreichische Gegensatz. Zwei Kolonialistencliquen prügeln sich um Deutschland. · b) „Friedrich der Große" – ein halber Agent des Zaren. Aber auch für England tätig. · c) Die Bourgeoisie entwickelt sich, wenn überhaupt, unter Staatsaufsicht. Heereslieferanten für die Kolonialistencliquen. Die Bauern werden immer ärmer. · d) Schaffung einer großen zwangsgehobenen, zusammengeraubten Armee. Ihre Überlegenheit dauerte nicht lang. · e) Zentralisierung des Staatsapparates. Entstehung einer eng mit dem Junkertum verbundenen Bürokratenschicht. Preußischer Amtsadel.

6.05. Die französische Revolution rüttelt die deutsche Nation wach. In den Kriegen gegen die napoleonische Besatzung wird sie ideologisch und politisch erneut in Ketten gelegt. · a) Mit der Revolution setzt sich die französische Nation an die Spitze des europäischen Fortschritts. Das sehen viele Deutsche so und betrachten die Revolution als ihre eigene Sache. · b) Deutsche Jakobiner und deutsche Jakobinerrepubliken. Das Bündnis mit der Revolution fortschrittlich und national. · c) Die napoleonischen Truppen, Produkt der französischen Revolution, zerschlagen die preußischen Truppen auf einen Schlag. · d) Die preußischen Reformen. Preußischer Weg der Agrarreform – Weg der feudalen Reaktion. · e) Am Sieg der „Befreiungskriege" hat das deutsche Volk lange zu tragen. Oberherrschaft des Zaren und Festigung der Kolonialistencliquen Preußens und Habsburgs.

6.06. 1848. Bürgerliche Revolution und bürgerliche Reaktion. Statt mit den Bauern gegen den Feudalismus geht die deutsche Bourgeoisie mit den Feudalen gegen die Bauernmassen und das Proletariat. · a) Die ökonomische und soziale Entwicklung vor 1848. Die Bourgeoisie will den Einheitsstaat, egal wie. Bauern und Proletariat wollen Demokratie. Die Vorhut des Proletariats faßt den Übergang zur proletarischen Revolution ins Auge. · b) Wie in Paris sind auch in Berlin die Arbeiter und Handwerker die treibenden Kräfte des Aufruhrs. · c) Die Kämpfe in Westfalen und im Rheingebiet. · d) Die Frankfurter Nationalversammlung. Trotz des Drucks der Volksmassen zu keiner revolutionären Tat fähig. · e) Pfälzisch-badischer Feldzug. Ein Nachhutgefecht. Alles in allem haben Preußen und die Junker gewonnen. Die Bourgeoisie braucht man nicht mehr unter die revolutionären Klassen zu rechnen. Die Arbeiterklasse muß die Bauern führen.

6.07. Der deutsch-französische Krieg und die Reichsgründung. · a) Der Charakter des Krieges und die revolutionäre Politik und Taktik der Sozialdemokratie. · b) Reichsgründung auf den Trümmern der Kommune und unter Vorherrschaft der preußischen Kolonialistenclique. · c) Schaffung eines inneren Marktes. Treibhausmäßige Entwicklung des Kapitalismus. · d) Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Sozialistengesetze und Kampf dagegen. · e) Kolonialpolitik auch in Übersee.

6.08. Die Epoche des Imperialismus. Ungleichmäßige Entwicklung der imperialistischen Hauptmächte. Der deutsche Imperialismus greift nach der Weltherrschaft. Unvermeidlichkeit des Krieges. · a) Der deutsche Imperialismus arbeitet auf eine Neuaufteilung der Welt hin. Flottenpolitik. · b) Im Innern des Reiches seitens der Bourgeoisie Reaktion auf der ganzen Linie. Die Arbeiterbewegung führt erste Massenstreiks. Kämpfe gegen das preußische Wahlrecht. · c) In der SPD macht sich Reformismus und Revisionismus breit. Keine revolutionäre Linie zur Kolonialpolitik. · d) Die imperialistischen Allianzen bei Ausbruch des I. Weltkrieges. Hauptsächlich umstrittene Einflußsphären. Balkan, Türkei und die britischen Kolonialmärkte. · e) Der Verrat der deutschen Sozialdemokratie und der unvollständige Bruch der Linken mit Reformismus und Revisionismus. Kritik Lenins an der deutschen Sozialdemokratie und an der Inkonsequenz der Linken.

6.09. Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft. · a) Die Ergebnisse der Novemberrevolution sind äußerst dürftig. Aber mit Gründung der KPD entfaltet sich die revolutionäre Arbeiterbewegung und führt einige große Kämpfe. · b) Die Finanzbourgeoisie kann sich mit Existenz und Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung nicht abfinden. Ihre Pläne sind ganz anders: kapitalistische Rationalisierung und Expansion. · c) Mit dem Faschismus sammelt die Finanzbourgeoisie Hilfstruppen gegen die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung bleibt durch Reformismus und SPD gespalten und entscheidend geschwächt. · d) Der Faschismus am Ruder ist die zügellose Herrschaft der Finanzbourgeoisie, Zwangsmobilisierung der Arbeitskraft für den Weltmarkt und den Weltkrieg. KZs – eine Ausgeburt des totalen Kriegs um die Weltherrschaft. · e) Die Widersprüche unter den Imperialisten und die gemeinsame Feindschaft der Im-

Bischof Kettelers „Unmäßigkeit der Arbeiter" – Sozialchristliche Ideologie zur Durchsetzung der schärferen Schweißauspressung

Ketteler, Wilh., Freiherr von, Bischof von Mainz, geb. 25. Dezember 1811 in Münster, 1850 Bischof von Mainz, 1871-73 Mitglied des Reichstages, gest. 13. Juli 1877 in Burghausen.
Aus: Brockhaus Bd. 2, Leipzig 1923.

Die Katholische Kirche entdeckt ihr „Herz" für die Arbeiterklasse

„Es ist keine Täuschung darüber mehr möglich, daß die ganze materielle Existenz fast des ganzen Arbeiterstandes also des weitaus größten Theiles der Menschen in den modernen Staaten die Existenz ihrer Familien die tägliche Frage um das nothwendige Brod für Mann, Frau und Kinder allen Schwankungen des Marktes und des Waarenpreises ausgesetzt ist. Ich kenne nichts Beklagenswertheres als diese Tathsache. Welche Empfindungen muß das in diesen armen Menschen hervorrufen, die mit Allem, was sie nöthig haben und was sie lieben, täglich an die Zufälligkeiten des Marktpreises angewiesen sind! Das ist der Sklavenmarkt unsers liberalen Europas, zugeschnitten nach dem Muster unsers humanen, aufgeklärten, antichristlichen Liberalismus und Freimauerthums..."
(Die Arbeiterfrage und Christentum... S. 17ff)

„Kann und soll die Kirche hier helfen? – Die Antwort auf diese Frage kann keinen Augenblick zweifelhaft sein. Wenn die Kirche hier nicht zu helfen vermag, dann muß man an einer friedlichen Lösung der sozialen Frage verzweifeln. (...) Da also das ganze System nicht umzustoßen ist, so kommt es darauf an, es zu mildern, für alle einzelnen schlimmen Folgen desselben die entsprechenden Heilmittel zu suchen und auch die Arbeiter, soweit möglich, an dem, was an dem Systeme gut ist, an dessen Segnungen Anteil nehmen zu lassen ... die Übelstände des Fabrikwesens zu beseitigen, ohne die Interessen der Fabrikbesitzer zu schädigen."
(W. E. v. Kettelers Schriften Bd. III, S. 149ff)

Bischof Ketteler erklärt das Privateigentum zum Natur- und Gottesrecht

„Das Privateigenthum hat zwar zunächst seinen Grund in der natürlichen Ordnung und in ihren ewigen, unabänderlichen Grundlagen. Der Mensch bedarf nämlich zu seiner natürlichen Existenz der Natur, und er kann sich die Natur, ihre Stoffe und Kräfte in einer Weise, die zur Befriedigung seiner wesentlichen Bedürfnisse führt, nur dienstbar machen durch Anerkennung des Privateigenthums. Wenn unter den Menschen Friede und Ordnung bezüglich der Benutzung und Verwendung der Güter der Erde bestehen soll – und Friede und Ordnung sind die erste Bedingung jedes Kulturlebens unter den Völkern – so muß das Privateigenthum mit derselben Nothwendigkeit als ein Naturgesetz anerkannt werden wie das Atemholen ...
...aber und vor Allem ist es die Religion und die religiöse Anschauung, die sowohl in Bezug auf die Auffassung des Naturgesetzes und seines Grundes im Allgemeinen, wie auf die Gesetzgebung insbesondere, und auf die Festigkeit des Eigenthums den allerentscheidensten Einfluß geübt hat. Namentlich hat die übernatürliche Offenbarung im Judenthum, wie ihre Vollendung im Christenthum, diesen Verhältnissen der Naturordnung die reinste und höchste Verklärung gegeben. Wie sehr wir aber bei der Hinfälligkeit des Menschengeistes für die natürlichen Grundlagen der menschlichen Existenz einer solchen übernatürlichen Bekräftigung bedürfen, tritt überall zu Tage. Ohne sie kommt der Menschgeist zuletzt dahin, Alles zu bezweifeln, selbst die klarsten Gesetze der Naturordnung ...
Das durch die Offenbarung gegebne Gebot Gottes: „Du sollst nicht stehlen!" hat daher dem Naturgesetz des Eigenthumsrechts eine unermeßliche Festigkeit verliehen und es erst recht zur Sache des Gewissens gemacht, wodurch das Eigenthum mehr geschützt ist, als durch alle Gerichtshöfe der Welt ...
So fest daher die Theologie das Recht des Privateigenthums hält, so nimmt sie doch zugleich an, daß es dem höheren Rechte, nach welchem alle an die Güter der Natur angewiesen sind, nicht entgegenstehen darf, und daß deshalb Jeder, der sich in der äußersten Noth befindet, berechtigt ist, wenn ihm gar kein anderes Mittel mehr übrig bleibt, diese äußerste Noth zu befriedigen, wo und wie er vermag. Auf diesen Grund hin darf die Staatsgewalt, wie es auch überall geschehen ist, die Gemeinden verpflichten, also die Eigenthümer in den Gemeinden, für ihre Armen zu sorgen, d.h. von ihrem Eigenthum so viel herzugeben, wie nötig ist, um diesen Armen die Lebensnothdurft zu gewähren.
Über diese Grenze hinaus kennt aber die Theologie eigentlich keine Zwangspflicht zur Milderung der Noth der Mitmenschen, sondern nur eine moralische Pflicht, eine Pflicht der christlichen Nächstenliebe. Der Eigenthümer kann auf dem gerichtlichen Wege gezwungen werden, auf dem Wege der Besteuerung, die allgemeinen Gemeindesteuern und Staatslasten zu tragen; ich glaube aber nicht, daß der Eigenthümer gezwungen werden kann, über jenes vorher angegebene Maß hinaus dem Mitmenschen zur Verbesserung seiner materiellen Lage sein Eigenthum abzutreten.
Hier tritt der Unterschied ein zwischen den Pflichten der Gerechtigkeit und den Pflichten der christlichen Nächstenliebe. Die Pflichten der christlichen Nächstenliebe sind ebenso wahre Pflichten, wie die Pflichten der bürgerlichen Gerechtigkeit. Der Eigenthümer, der das Almosen nicht spendet, wo er es unzweifelhaft spenden müßte, wird auch von der christlichen Lehre dem Diebe gleichgestellt, und an dem großen Gerichtstage, wo über alles gerichtet wird, da wird sogar der ewige Lohn und die ewige Strafe nach den Worten des Heilandes nach der Erfüllung dieser christlichen Liebespflichten bemessen werden ...
Das ist die wunderbare Oeconomie Gottes mit den Menschen hier auf Erden. Die staatliche Zwangsgerechtigkeit geht nur bis auf eine gewisse Grenze, die zum Schutze Aller und zur Ordnung notwendig ist. Von da an beginnt das Gebiet der Freiheit, auch der Freiheit des Eigenthums, das aber wieder ganz ein Gebiet der Pflicht ist, aber der Pflicht in der höchsten und edelsten Form, wo der Mensch in freier Pflichtbestimmung in freier Erkenntnis seines Verhältnisses zu Gott, zu den Nebenmenschen und zu seinem Vermögen, sich seines Vermögens theilweise entäußert, um die Werke der Nächstenliebe zu üben ...
Mag daher der Vorschlag der radicalen Partei, durch Majoritätsbeschlüsse auf dem Wege der Gesetzgebung und der Steuererhebung dem Arbeiterstand zu helfen, auch noch so menschenfreundlich erscheinen, wir glauben, daß er im Grunde nicht berechtigt und deshalb auch nicht wahrhaft menschenfreundlich ist; daß es nicht in der Befugnis der Staatsgewalt liegt, in dieser Weise und für solche Zwecke in das Recht des Privateigenthums einzugreifen; daß mit einem solchen Beschlusse der Staat auf eine verhängnisvolle abschüssige Bahn geführt würde; daß wenn eine Versammlung erst beschlossen hätte, dem Arbeiterstande durch Vorschüsse dieser Art zu helfen, bald andere Versammlungen folgen würden, die durch Majoritätsbeschlüsse noch tiefer in das Eigenthum eingreifen würden. Wir verkennen nicht die Consequenz aus den Prinzipien des modernen Staates, die in diesem Vorschlage liegt; wir halten aber diese Principien selbst für verderbenbringend und glauben, daß sie im Widerspruch stehen mit der Ordnung, die Gott festgestellt und uns in den Grundsätzen des Christenthums erklärt hat."
(Die Arbeiterfrage und Christenthum ..., S. 57ff)

Marx und Engels über das Privateigentum

„Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es exisitiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt.

Ihr werft uns mit einem Worte vor, daß wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir.

Von dem Augenblick an, wo die Arbeit nicht mehr in Kapital, Geld, Grundrente, kurz, in eine monopolisierbare gesellschaftliche Macht verwandelt werden kann, d.h. von dem Augenblick, wo das persönliche Eigentum nicht mehr in bürgerliches umschlagen kann, von dem Augenblick an erkärt ihr, die Person sei aufgehoben.

Ihr gesteht also, daß ihr unter der Person niemanden anders versteht als den Bourgeois, den bürgerlichen Eigentümer. Und diese Person soll allerdings aufgehoben werden.

Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.

Man hat eingewendet mit der Aufhebung des Privateigentums werde alle Tätigkeit aufhören und eine allgemeine Faulheit einreißen.

Hiernach müßte die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zugrunde gegangen sein; denn *die* in ihr arbeiten, erwerben nicht, und *die* in ihr erwerben, arbeiten nicht. Das ganze Bedenken läuft auf die Tautologie hinaus, daß es keine Lohnarbeit mehr gibt, sobald es kein Kapital mehr gibt."
(Karl Marx, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S.477 ff.)

Der christliche Glaube vermehrt den Lohn der Arbeiter auf wundersame Weise – als flankierende Maßnahme bietet die Kirche Arbeitshäuser und Almosen an.

„Damit die Macht des Reichtums nicht die Armen erdrücke, dazu ist nothwendig, daß die Reichen sich selbst beschränken und nicht Alles, was einer rein egoistischen Ausbeutung aller den Reichen zustehenden Mittel möglich wäre, sich auch erlauben. Ebenso kann aber auch nur dieser Geist der Selbstverläugnung und der Bescheidenheit, den allein das Christentum erzeugt, den aber der moderne Unglaube in sein gerades Gegentheil, in einem Geist der Begierlichkeit und Unzu-

friedenheit verkehrt, der arbeitenden Klasse jene Sittlichkeit und Mäßigung, jene Arbeitsamkeit, Sparsamkeit und Genügsamkeit verleihen, wovon ihr und ihrer Arbeitgeber wahres Beste abhängt. Auch darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß nur unter solchen Arbeitern, in denen der Geist des Christenthums lebt, wahrhaft gedeihliche Genossenschaften, namentlich die Produktivgenossenschaften, wovon wir unten reden, auf die Dauer möglich sein werden; wie auch nur ächt christliche Kapitalisten und Fabrikherren geeignet und geneigt sein werden, mit ihren Arbeitern in eine gewisse Gemeinschaft des Gewinnes zu treten. Ich wende mich nun zur Betrachtung einiger Punkte, die mir besonders wichtig scheinen.

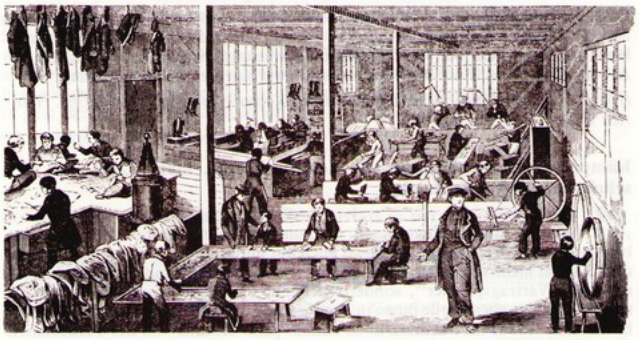
Das erste Hilfsmittel, welches die Kirche dem Arbeiterstande auch fortan bieten wird, ist die Gründung und Leitung der Anstalten für den arbeitsunfähigen Arbeiter...

Das zweite Hilfsmittel, welches die Kirche dem Arbeiterstande bietet, um auch seiner materiellen Noth Abhilfe zu gewähren, ist die christliche Familie mit ihrer Grundlage, der christlichen Ehe. Die christliche Familie gewährt dem Arbeiterstande drei wesentliche Vorteile, die auch für seine wirtschaftlichen Verhältnisse von ganz tief eingreifender Bedeutung sind ...

Eine andere Gefahr für den Arbeiterstand liegt in dem Einfluß, den ärmliche Lebensverhältnisse auf die Gesundheit und Lebensdauer der Menschen ausüben. Zunächst ist dies eine Folge schlechter Nahrung, schlechter Luft und kümmerlicher Lebensweise. Aber nicht nur Nahrung, Luft und Wohnung entscheiden über das physische Wohlsein der Menschen, sondern ein anderes Verhältnis übt hier noch einen weit größeren Einfluß, nämlich die Keuschheit der Sitte in einem Volke. Sie verbreitet ihren physischen Einfluß bis auf die spätesten Geschlechter. Wenn wir oft bei einem Volke, bei kaum ausreichender Nahrung, blühende Gesundheit antreffen, so ist der Hauptgrund dabei keusche, reine Sitte ...

Diese Faktoren, die Menschen zu verderben, würden aber im vollsten Maße wirksam werden in dem gesamten ärmeren Arbeiterstande, wenn es gelingen könnte, dem Arbeiter die Familie und die Ehe zu zerstören ...

Auch selbst der geringe Lohn des Arbeiters wird in der christlichen Familie gewissermaßen vervielfältigt, und das ist der dritte Vortheil, den sie ihm bietet. Der Arbeiter hat dadurch freilich noch keinen höheren Lohn, aber sein Lohn erhält einen durchaus anderen und erhöhten Wert. Der Gulden, den der Arbeiter einem christlichen Weibe gibt, erhält durch ihre Pflege einen ganz anderen Werth und Nutzen, als der Gulden, den ein leichtsinniges Weib für den Hausstand von ihrem Manne empfängt; und der Gulden, den ein guter christlicher Mann verdient, hat einen ganz anderen zur Befriedigung der Bedürfnisse, als jener, den der leichtsinnige Arbeiter einnimmt, und den er durch lüderliches Leben im Wirtshaus am Abend wieder verschleudert. Dies tritt noch viel mehr in den Zeiten der Noth, der Arbeitslosigkeit, der Krankheit ein. Welchen Werth hat da die Christliche Famile mit ihrer festen inneren Einrichtung, mit ihrer unerschöpflichen Opfer- und Liebeskraft für den Arbeiter und seine Kinder! ...



Arbeitshaus im „Rauhen Haus", Hamburg. Das „Rauhe Haus" wurde 1833 von Wichern, dem Gründer der „Inneren Mission", als „Rettungsanstalt für gefährdete Kinder" eröffnet.

Das dritte Hilfsmittel, wodurch das Christenthum dem Arbeiterstande hilft, besteht in seinen Wahrheiten und Lehren, die dem Arbeiterstande zugleich die wahre Bildung geben...

Das Christenthum verleiht aber nicht nur dem Arbeiter eine tiefe Einsicht in seine Menschenwürde, und den höchsten Beweggrund, sich auf Antrieb des Gewissens nach allen Kräften auszubilden, sondern es gibt ihm zugleich auch jene Gedanken, die seine Vernunft und sein Herz bei einer verhältnismäßig niedrigen Stellung unter mancherlei Entbehrungen glücklich machen können...

Christus hat gesagt: „Ihr werdet immer Arme bei euch haben." So ist es; wir werden immer Arme und viele Arme bei uns behalten und der größte Theil des Menschengeschlechts wird in Mühe und Arbeit sein Brod verdienen müssen, und von den sinnlichen Genüssen des Lebens mit wenigen Ausnahmen ausgeschlossen bleiben. Alle anderen Verheißungen sind eitle Phantasien oder Betrügereien am Volke...

Das Christenthum gewährt endlich dem Arbeiterstande jene Tugenden zu seiner Ausbildung, die ihm auch für seine materielle Existenz so notwendig sind, und gleichfalls dazu beitragen, seinen elenden Taglohn gleichsam zu vermehren und zu versüßen; es gibt ihm eine innere Freudigkeit des Herzens und einen inneren Frieden, welche die Arbeit erleichtern; es leitet ihn an zur Mäßigkeit, Sparsamkeit und Enthaltsamkeit, die den Wohlstand vermehrt; es bietet ihm Familienfreuden, die ihm das Wirthshaus entbehrlich machen; es bewahrt ihn vor dem Einfluß böser Leidenschaften und erhält ihn dadurch gesund und kräftig, daß ihm die Arbeit um so viel leichter werde.

So gewährt das Christenthum dem Arbeiter die wahren Mittel zur Selbsthilfe, indem es die ganze Persönlichkeit des Menschen zur Entfaltung aller seiner Kräfte anleitet, und gewährt ihm die wahre Bildung, indem es ihm Wahrheiten und Tugenden verkündet, die allein bilden können.

Das vierte Hilfsmittel des Christenthums zur Verbesserung der materiellen Lage des Arbeiterstandes besteht in den sozialen Kräften desselben.

Der Arbeiter kommt zuerst in seiner Persönlichkeit, in seinen individuellen Kräften und Fähigkeiten in Betracht ... Der träge Knecht aber, der das Talent unbenützt läßt, wird dafür endlich von seinem Herrn zur Rechenschaft gezogen. So hat das Christenthum seit achtzehnhundert Jahren alle Menschen und alle Arbeiter ermahnt und aufgefordert, alle ihnen anvertrauten Kräfte an Leib und Seele zu gebrauchen und anzuwenden."

(W.E.v.Ketteler: Die Arbeiterfrage und das Christenthum...)

„Das Christenthum gewährt dem Arbeiterstande jene Tugenden, seinen elenden Tageslohn gleichsam zu vermehren und zu versüßen": Armenhäuser – Bereitstellung billigster Arbeitskraft für die Kapitalisten.

„Agenten wurden zu Manchester bestallt mit Einwilligung der Poor Law Commissioners. Agrikulturarbeiterlisten wurden ausgefertigt und diesen Agenten übermacht. Die Fabrikanten liefen in die Büros, und nachdem sie, was ihnen paßte, ausgewählt, wurden die Familien vom Süden Englands verschickt. Diese Menschenpakete wurden geliefert mit Etiketten gleich so viel Güterballen, auf Kanal und Lastwagen – einige strolchten zu Fuß nach, und viele irrten verloren und halb verhungert in den Manufakturdistrikten umher. Dies entwickelte sich zu einem wahren Handelszweig. Das Haus der Gemeinen wird es kaum glauben. Dieser regelmäßige Handel, dieser Schacher in Menschenfleisch dauerte fort, und diese Leute wurden gekauft und verkauft von den Manchester Agenten an die Manchester Fabrikanten, ganz so regelmäßig wie Neger an die Baumwollpflanzer der südlichen Staaten ... Das Jahr 1860 bezeichnet das Zenit der Baumwollindustrie ... Es fehlte wieder an Händen. Die Fabrikanten wandten sich wieder an die Fleischagenten ... und diese durchstöberten die Dünen von Dorset, die Hügel von Devon und die Ebnen von Wilts, aber die Überbevölkerung war bereits verspeist."

Der „Bury Guardian" jammerte, daß 10000 zusätzliche Hände nach Abschluß des englisch-französischen Handelsvertrags absorbiert werden könnten und bald an 30000 oder 40000 mehr nötig sein würden. Nachdem die Agenten und Subagenten des Fleischhandels die Agrikulturdistrikte 1860 ziemlich resultatlos durchgefegt, „wandte sich eine Fabrikantendeputation an Herrn Villiers, Präsidenten des Poor Law Board, mit dem Gesuch, die Zufuhr der Armen- und Waisenkinder aus dem Workhouses wieder zu erlauben. (...)
Villiers, trotz bestem Willen, war „gesetzlich" in der Lage, das Fabrikantenanliegen abschlagen zu müssen. Die Herren erreichten jedoch ihre Zwecke durch die Willfährigkeit der lokalen Armenverwaltungen. Herr A. Radgrave, Fabrikinspektor, versichert, daß diesmal das System, wonach die Waisen und Paupers Kinder „gesetzlich" als apprentices (Lehrlinge) gelten, „nicht begleitet war von den alten Mißständen", obgleich allerdings in einem Fall „Mißbrauch mit dem System getrieben worden ist, in bezug auf Mädchen und junge Weiber, die von den Agrikulturdistrikten Schottlands nach Lancashire und Cheshire gebracht wurden. In diesem „System schließt der Fabrikant einen Kontrakt mit den Behörden der Armenhäuser für bestimmte Perioden. Er nährt, kleidet und logiert die Kinder und gibt ihnen einen kleinen Zuschuß in Geld. Sonderbar klingt folgende Bemerkung des Herrn Redgrave, namentlich wenn man bedenkt, daß selbst unter den Prosperitätsjahren der englischen Baumwollindustrie das Jahr 1860 einzig dasteht und die Arbeitslöhne außerdem hoch standen, weil die außerordentliche Arbeitsnachfrage auf Entvölkerung in Irland stieß, auf beispiellose Auswanderung aus schottischen und englischen Agrikulturdistrikten nach Australien und Amerika, auf positive Abnahme der Bevölkerung in einigen englischen Agrikulturdistrikten infolge teils glücklich erzielten Bruchs der Lebenskraft, teils des früheren Abschöpfens der disponiblen Bevölkerung durch die Händler in Menschenfleisch. Und trotz alledem sagt Herr Redgrave: „Diese Art Arbeit" (der Armenhauskinder) „wird jedoch nur gesucht, wenn keine andre gefunden werden kann, denn es ist teure Arbeit (high-priced labour). Der gewöhnliche Arbeitslohn für einen Jungen von 13 Jahren ist ungefähr 4 sh. wöchentlich; aber 50 oder 100 solcher Jungen logieren, kleiden, nähren, mit ärztlicher Hilfsleistung und passender Oberaufsicht versehn und ihnen obendrein eine kleine Zubuße in Geld geben, ist untubar für 4 sh. per Kopf wöchentlich." (Resp. of the Insp. of Factories für 30th April 1860", p.27). Herr Redgrave vergißt zu sagen, wie der Arbeiter selbst dies alles seinen Jungen für ihre 4 sh. Arbeitslohn leisten kann, wenn es der Fabrikant nicht kann für 50 oder 100 Jungen, die gemeinsam logiert,

beköstigt und beaufsichtigt werden. Zur Abwehr falscher Schlußfolgerungen aus dem Text muß ich hier noch bemerken, daß die englische Baumwollindustrie, seit ihrer Unterwerfung unter den Factory Act von 1850 mit seiner Reglung der Arbeitszeit usw., als die englische Musterindustrie betrachtet werden muß."

(K. Marx, Kapital Bd. I, Seite 283 ff.)

Ketteler hetzt gegen die Forderungen der Arbeiterklasse: Sie verursache ihre elende Lage selber durch Genuß-, Trunksucht und Sittenlosigkeit

„Wir wollen jetzt die Forderungen des Arbeiterstandes, welcher er durch seine Vereinigung erreichen will, ins Auge fassen. Wir werden Schritte für Schritt sehen, wie innig die Religion mit der Arbeiterfrage, mit jeder einzelnen Forderung, die der Arbeiter jetzt stellt, verbunden ist und wie Gottlosigkeit die größte Feindin des Arbeiterstandes ist. Die erste Forderung des Arbeiterstandes ist: eine dem wahren Werthe der Arbeit entsprechende Erhöhung des Arbeitslohnes.

Diese Forderung ist im Allgemeinen höchst billig, auch die Religion fordert, daß die menschliche Arbeit nicht wie eine Wahre behandelt und lediglich durch An- und Abgebot abgeschätzt werde.

Erstens könnt ihr euch darüber nicht täuschen, geliebte Arbeiter, daß auch die Lohnerhöhung ihre Grenzen hat und daß auch das höchstmögliche Maß derselben doch immerhin nur ein sehr bescheidenes Einkommen abwirkt. Die natürliche Grenze des Arbeitslohnes liegt in der Rentabilität des Geschäftes, in welchem ihr arbeitet ...

Selbst der höchste Lohn wird euch daher nur eine hinreichende und befriedigende Wohlfahrt gewähren, wenn große Mäßigkeit und Sparsamkeit die ganze Grundlage eures Lebens ausmacht. Und diese kostbaren Güter: Mäßigkeit und Sparsamkeit, wird der Arbeiterstand nur dann besitzen, wenn sein ganzes Leben ein wahrhaft und innig religiöses ist. Die Thatsache ist durchaus nachgewisen, daß sich der Wohlstand der Arbeiter nicht allein nach der Höhe des Lohnes richtet; daß es vielmehr Gegenden gibt, wo Gewerke betrieben werden, die einen sehr hohen Lohn abwerfen, wo dagegen die Noth unter den Arbeitern eine sehr große ist, und daß es andere Gegenden gibt, wo die Arbeiter bei geringerem Lohn es zu einem viel größeren Wohlstand gebracht haben.

Eine der größten Gefahren für den Arbeiter in dieser Hinsicht ist die Trunksucht, die Genußsucht, die genährt und gepflegt wird durch jene zahllose Wirthshäuser und Schenken, die überall entstehen, wo eine große Arbeiterbevölkerung ist, und deren Vermehrung in dem Maße von den Regierungen geduldet wird, als diese selbst den Sinn für Sittlichkeit und Religion verloren haben ...

Zweitens bedürft ihr der Religion und Sittlichkeit bei euren Bestrebungen um Lohnerhöhung, um in euren Anforderungen nicht das rechte Maß zu überschreiten. Wir haben schon gesehen, daß die Lohnerhöhung ihre Grenzen hat. Es ist daher in unserer Zeit, wo diese Bewegung unter den Arbeitern zur Verbesserung ihrer materiellen Lage immer stärker, immer allgemeiner wird, von der höchsten Bedeutung, daß diese Forderung ihr berechtigtes Maß nicht überschreite, daß die Arbeiter sich nicht als Mittel zu ganz anderen Zwecken mißbrauchen lassen.

Nicht der Kampf zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter muß das Ziel sein, sondern ein rechtmäßiger Friede zwischen beiden ...

Soll aber der Arbeiterstand bei seinen Bestrebungen das rechte Maß halten, soll er der Gefahr entgehen, bloß ein Mittel für die Zwecke ehrgeiziger Menschen zu werden, soll er selbst die Klippen einer ungeordneten Selbstsucht vermeiden, welche er bei dem Capitalisten bekämpft, so muß er von einer hohen sittlichen Gesinnung erfüllt sein, so muß er ein braver, christlicher, religiöser Arbeiterstand sein. Die Geldmacht ohne Religion ist vom Bösen. Ebenso aber auch die Arbeitermacht ohne Religion. Beide führen zum Verderben.

Die zweite Forderung des Arbeiterstandes ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Aber auch hier, geliebte Arbeiter, hängt der wahre Nutzen solcher Bestrebungen, wenn sie Erfolg haben wollen, von der Sittlichkeit und Religiosität ab. Wenn der Arbeiter die Stunde, welcher er für sich gewinnt, dazu benutzt, um in der Familie die Pflichten seiner Stellung als Vater, als Kind zu erfüllen, um die Angelegenheiten des Hauses gut zu besorgen, um das Grundstück, das er sich gekauft hat, zu bestellen, dann ist ihm diese Stunde für sich und die Seinigen von hohem Werthe. Wenn er dagegen diese Stunden nur dazu benutzt, um sich am Abende umso länger im Wirthshause zu sitzen, dann hat diese Stunde weder für seine Gesundheit, noch für seinen Wohlstand Werth. Sie wird nur dazu dienen, ihn an Leib und Seele umso schneller zu verderben und seinen Lohn umso sicherer zu vergeuden.

Die dritte Forderung des Arbeiterstandes ist die Gewährung von Ruhetagen... So sehr aber auch die Religion mit euch, geliebte Arbeiter, die Ruhetage fordert und so gewiß alle Bemühungen des Arbeiterstandes in dieser Hinsicht eitel wären, wenn sie nicht von der Macht der Religion und des Gottesgebotes: „Gedenke, daß Du den Sabbath heiligest!" unterstützt würden, so gewiß ist es auch, daß dieser Ruhetag nur dann für alle eure Beziehungen, für eure Gesundheit, für Kräftigung und Stärkung eurer Arbeitskraft, für eure Seelen, für wahre Hebung eures ganzen geistigen Lebens, endlich für eure Familien, denen ihr unter der Woche so viel entzogen seid, und für Stärkung des Familiengeistes nützlich ist, wenn ihr brave, christliche Arbeiter, wenn ihr innig mit der Religion und Kirche verbunden seid, und daß ohne Religion selbst die Ruhetage nur dazu dienen, den Arbeiter und Arbeiterfamliien an Gesundheit und im Wohlstande zu ruinieren. Der sogenannte „blaue Montag" ist ja nichts anderes als ein ohne Religion zugebrachter Ruhetag und er hat in manchen Gegenden dem sittlichen und materiellen Wohl des Arbeiterstandes die tiefsten Wunden geschlagen.

Überall würden wir sehen, daß die Forderungen des Arbeiterstandes, so weit sie berechtigt sind, in der Religion und Sittlichkeit ihre wahre Stütze haben. Nur da würde ich euch warnen müssen, wo sie entweder das rechte Maß überschreiten und egoistisch wie das Kapital werden, oder in unklare, phantastische, socialistische Bestrebungen ausarten, die nicht zum Heile des Arbeiterstandes sind, sondern zur Befriedigung der Eitelkeit und der Ehrsucht dienen sollen. Da wird der Arbeiterstand zum Mittel für politische und verwerfliche Zwecke, die ihn selbst verderben würden. (...)

Hütet euch also erstens, liebe Arbeiter, vor allen Religionsspöttern, vor Allen, die euch in euerer Religion irre machen und von Erfüllung euerer Religionspflicht abhalten wollen.

Hütet euch zweitens selbst vor schlechten, unzüchtigen Gedanken und duldet sie nie freiwillig in euch. Der freiwillige unreine Gedanke ist eine beginnende Fäulnis in uns...

Daß der Tod so fürchterlich in vielen Arbeiterclassen wüthet, hat viel Ursachen. Eine der stärksten aber ist die Unsittlichkeit. Hütet euch deshalb vor schlechten Reden, frechen Liedern, schamlosen Büchern und Bildern. Von ihnen allen gilt dasselbe, was ich oben von den Gedanken gesagt habe ...

Das sind die Worte, die ich an euch, liebe Arbeiter, zum Schlusse meiner Anwesenheit in eueren lieben Gemeinden richten wollte. Sie sollten ein Ausdruck meiner innigsten Liebe zu euch und meiner wärmsten Theilnahme für eure Interessen sein."

(Die Arbeiterfrage und Christenthum ..., S. 136ff)

Resolution der ersten deutschen Gewerkschaftskonferenz am 28. und 29. Mai 1875

„Obgleich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht vermögende sind, die Lage der Arbeiter durchgreifend und auf die Dauer zu verbessern, so sind sie doch immerhin geeignet, die materielle Lage derselben zeitweise zu heben, die Bildung zu fördern und sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen.

Die Konferenz erklärt es deshalb für die Pflicht aller Arbeiter, sich der Arbeiter-Gewerkschaft anzuschließen, oder, falls in einem Gewerbe noch keine derartige Verbindung besteht, eine solche zu begründen.

Es ist die Pflicht der Gewerkschaftsgenossen, aus den Gewerkschaftsorganisationen die Politik fernzuhalten, dagegen sich der Sozialistischen Partei Deutschlands anzuschließen, weil nur diese die politische und wirtschaftliche Stellung der Arbeiter in vollem Maße zu einer menschenwürdigen zu machen vermag."

(Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865-1890. Hrsg. Heinrich Bürger, 1899, S. 124 ff.)

Kämpfe der Arbeiterklasse für Koalitionsrecht, mehr Lohn und Beschränkung der Arbeitszeit

„Karl Marx hat darauf hingewiesen, daß, um den Lohn, den Preis der Ware Arbeitskraft, dem Wert der Arbeitskraft auch nur anpassen zu können, die Arbeiter dem Kapital nicht vereinzelt, nicht als isolierte und dadurch miteinander konkurrierende „Vertragspartner", sondern vielmehr kollektiv gegenübertreten mußten. Gerade das aber wurde ihnen in Preußen und anderen deutschen Staaten verboten. Das wurde im Vormärz noch einmal ganz deutlich von der Preußischen Gewerbeordnung von 1845 im § 182 und im § 184 ausgesprochen, Paragraphen, die sich gegen jegliche Verabredung der Gesellen und industriellen Arbeiter zur Erzwingung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen mittels Arbeitseinstellung richteten.

Bis 1848 war es also für die deutschen Arbeiter verboten, durch einen gemeinsamen Druck auf die Unternehmer der Verschlechterung ihrer Lebenslage zu begegnen. Und wenn auch, worauf in der Literatur häufig hingewiesen wurde, die ständige Wiederholung der Verbote nicht gerade für ein hohes Maß ihrer Einhaltung zeugt, so darf man doch eins nicht übersehen: Sie waren wirksamer als ähnliche Maßnahmen früherer Jahrhunderte, weil die ausgebildete Bürokratie, der verstärkte Polizeiapparat und nicht zuletzt das gemeinsame Vorgehen der deutschen Staaten in dieser Richtung für eine höhere Wirksamkeit sorgten.

Trotz aller Verbote und Verfolgungen ist es aber zu einem gemeinsamen Vorgehen von Gruppen deutscher Arbeiter im Kampf um die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen selbst im Vormärz gekommen. Dabei muß man beachten, daß gerade wegen des Streikverbots jeder Bericht über einen bestimmten Streik und noch mehr über einen erfolgreichen Streik auch den Bericht über eine polizeiliche Niederlage bedeutete und deshalb in offiziellen Polizeiakten nur ein Teil der kleinen Streiks ihren Niederschlag gefunden haben wird. Darüberhinaus

haben auch solche Kampfaktionen der Arbeiter, wie kollektive Kündigungen in Zeiten der Konjunktur und eines lokalen Arbeitermangels, die nicht offiziell als Streiks angesprochen werden konnten, die Unternehmer empfindlich getroffen.

Auf jeden Fall weisen aber die bekannt gewordenen Tatsachen darauf hin, daß die 40er Jahre auch in der Streikbewegung einen Wendepunkt darstellten. Offene Streiks wurden jetzt häufiger, ihre Träger waren jetzt auch nicht mehr wie vorher ausschließlich die Handwerksgesellen, sondern zum Teil bereits moderne Lohnarbeiter der Fabriken und insbesondere auch aus dem Eisenbahnbau. Diese Kämpfe gingen in den Jahren des Vormärz unter den Bedingungen der Teuerung zumeist um eine Lohnerhöhung. Dabei beschränkte sich der Kampf nicht nur auf Arbeitsverweigerungen. Vielmehr waren damit in den meisten Fällen Demonstrationen verbunden. Das hing nicht zuletzt mit der polizeilichen Unterdrückung jeder Koalition zusammen, die jedes gemeinsame Auftreten für die täglichen Interessen in eine Aktion weit schärferen Charakters verwandelte, als das bei gewöhnlichen Streiks unter den Bedingungen der Koalitionsfreiheit später, etwa in den 70er Jahren, der Fall zu sein pflegte.

Die erhöhte Kraft, das gesteigerte Selbstbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse, die für eine kurze Zeit erzwungene Koalitionsfreiheit schufen trotz der sinkenden Nachfrage nach Arbeitskräften im Revolutionsjahr 1848 die Grundlage für eine Vielzahl von Streiks und Streikdrohungen, für einen kollektiven Druck auf die Unternehmer. Von diesen Bewegungen wurden zum erstenmal fast alle Teile des Proletariats erfaßt. Hervorzuheben ist vor allem der große Streik der Buchdrucker. Dabei spielten als Kampfziel Lohnerhöhungen immer noch eine sehr große Rolle. Abgesehen davon beobachten wir 1848 zum erstenmal große Bewegungen, die sich auf eine Beschränkung der Arbeitszeit richteten. So forderten die Schneidergesellen in Leipzig Ende März 1848 sogar schon den Achtstundentag, die Leipziger Schmiede- und Schlossergesellen, die Mechaniker sowie die Bauarbeiter von Leipzig und Stettin und andere Arbeitsgruppen einen zehnstündigen Arbeitstag, statt des zwölf- bzw. elfstündigen. Der Kampf um die Beschränkung des sich bisher teilweise über 12, 14 und sogar 16 Stunden erstreckenden Arbeitstages hat in Deutschland im Jahre 1848 zu einer Wende hinsichtlich der tatsächlichen Ausdehnung der Arbeitszeit geführt, die bisher eine Tendenz zur Zunahme gezeigt hatte."

(Hans Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1972)

Die Revolution: Für Ketteler „ein verheerendes und alles zerstörendes Feuer"

„Die Freiheit, wenn sie vom Gesetz Gottes, vom Geiste der Gerechtigkeit gegen alle gelenkt und geleitet ist, der Menschenwille, der sich selbst beschränkt und mit freiwilligem Gehorsam die Stelle einnimmt, die Gott ihm angewiesen, ist etwas wuderbar Erhabenes. Solche Menschen bildet das Christenthum. Die Freiheit aber, von der Selbstsucht geleitet, die recht eigentlich eine Sucht des Herzens, eine alles niedertretende Leidenschaft wird; der selbstsüchtige Wille, vom Stolz, von der Sinnlichkeit, von der Habsucht besessen und fortgerissen, ist ein verheerendes, alles zerstörendes Feuer. Dieser Egoismus im Kampfe mit der staatlichen Ordnung, die er niederreißen und dann an sich reißen will, um sich zu befriedigen auf Kosten aller, ist die Revolution, ist der Geist, den wir insbesondere jetzt überall hervorbrechen sehen."

(W.E.v.Kettelers Schriften, Band II, S. 6 ff.)

Revolutionäre Forderungen des Proletariats in der Revolution von 1848

„Überall in Deutschland gab es vor Ausbruch der 48er Revolution revolutionärdemokratische Bestrebungen, die verschiedene Forderungen aufstellten. ...

I. Forderungen der Arbeiter in Köln, die in die Gemeinderatssitzung eindringen:

1. Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk, da ein freies Volk sich nicht mehr im Interesse einzelner ausbeuten lassen will, allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit.
2. Unbedingte Freiheit der Rede und der Presse
3. Aufhebung des stehendes Heeres und Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit vom Volke gewählten Führern
4. Freies Vereinigungsrecht
5. Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für alle ...Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit, sowie auf einen seinen Bedürfnissen angemessenen Lohn.
6. Vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten.

II. Dagegen fordern Bürger in Dresden am 7.3. 1848:

Wir erwarten von der sächsischen Staatsregierung:

1. Freiheit der Presse
2. Freiheit des religiösen Bekenntnisses
3. Freiheit der Versammlungs- und Vereinsrechte
4. Gesetzliche Sicherstellung der Person gegen willkürliche Verhaftung
5. Verbesserung des Wahlgesetzes durch Herabsetzung des Zensus
6. Schwurgericht
7. Vereidigung des Militärs auf die Verfassung
8. Verminderung des stehenden Heeres
9. Vertretung der deutschen Völker beim Deutschen Bund
10. Lossagung der sächsischen Regierung von den Karlsbader Beschlüssen. Wir zweifeln nicht an dem vaterländischen Sinne des allverehrten Königs ...Es lebe der König!
11. Alle Transportmittel: Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten etc. nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigentum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur unentgeltlichen Verfügung gestellt.
12. In der Besoldung sämtlicher Staatsbeamten findet kein anderer Unterschied statt als der, daß diejenigen mit Familie, also mit mehr Bedürfnissen, auch ein höheres Gehalt beziehen als die übrigen.
13. Völlige Trennung der Kirche vom Staate. Die Geistlichen aller Konfessionen werden lediglich von ihrer freiwilligen Gemeinde besoldet.
14. Beschränkung des Erbrechts.
15. Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumtionssteuern
16. Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantiert allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen.
17. Allgemeine, unentgeldliche Volkserziehung.

Es liegt im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernstandes, mit aller Energie an der Durchsetzung obiger Maßregeln zu arbeiten. Dennn nur durch Verwirklichung derselben können die Millionen, die bisher in Deutschland von einer kleinen Zahl ausgebeutet wurden und die man weiter in der Unterdrückung zu erhalten suchen wird, zu ihrem Recht und zu derjenigen Macht gelangen, die ihnen, als den Hervorbringern alles Reichtums, gebührt.

Das Komitee: Karl Marx, Karl Schopper, H. Bauer, J. Moll, W. Wolff, F. Engels.

Geschrieben zwischen dem 21. und 29. März 1848. Gedruckt als Flugblatt um den 30. März 1848 in Paris und vor dem 10. September 1848 in Köln. Nach dem Kölner Flugblatt."

(MEW, Bd. 5, S. 3-5)

Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt: Der Kampf um die Volkssouveränität wird sabotiert

"Köln, 31. Mai. Seit vierzehn Tagen besitzt Deutschland eine konstituierende Nationalversammlung, hervorgegangen aus der Wahl des gesamten deutschen Volkes.

Das deutsche Volk hatte sich in den Straßen fast aller großen und kleinen Städte des Landes und speziell auf den Barrikaden von Wien und Berlin seine Souveränität erobert. Es hatte diese Souveränität in den Wahlen zur Nationalversammlung ausgeübt.

Der erste Akt der Nationalversammlung mußte sein, diese Souveränität des deutschen Volkes laut und öffentlich zu proklamieren.

Während ihrer ganzen Session mußte sie die nötigen Maßregeln ergreifen, um alle Reaktionsversuche zu vereiteln, um den revolutionären Boden, auf dem sie steht, zu behaupten, um die Errungenschaft der Revolution, die Volkssouveränität, vor allen Angriffen sicherzustellen.

Die deutsche Nationalversammlung hat nun schon an ein Dutzend Sitzungen gehalten und hat von dem allen nichts getan.

Dafür aber hat sie das Heil Deutschlands durch folgende Großtaten sichergestellt:
Die Nationalversammlung erkannte, daß sie ein Reglement haben müsse, denn sie wußte, wo zwei oder drei Deutsche zusammen sind, da müssen sie ein Reglement haben, sonst entscheiden die Schemelbeine. Nun hatte irgendein Schulmeister diesen Fall vorhergesehen und ein apartes Reglement für die hohe Versammlung entworfen. Man trägt auf provisorische Annahme dieses Exerzitiums an; die meisten Deputierten kennen es nicht, aber die Versammlung nimmt es ohne weiteres an, denn was wäre aus den Vertretern Deutschlands geworden ohne Reglement?"

...

„Man unterhält sich hierüber, man spricht, man bleibt stecken, man lärmt, man vertrödelt die Zeit und vertagt die Abstimmung vom 19. auf den 22. Mai. Am 22. kommt die Sache wieder vor; es regnet neue Amendements, neue Abschweifungen, und nach langem Reden und mehrfachem Durcheinander beschließt man, die bereits auf die Tagesordnung gesetzte Frage an die Abteilungen zurückzuverweisen. Damit ist die Zeit glücklich herum, und die Herren Deputierten gehen essen."

(„Neue Rheinische Zeitung", Nr. 1 vom 1.6. 1848, von Friedrich Engels, MEW Bd. 5, S. 14)

„Diese Versammlung alter Weiber hatte vom ersten Tag ihres Bestehens mehr Angst vor der geringsten Volksbewegung als vor sämtlichen reaktionären Komplotten sämtlicher Regierungen zusammengenommen."

„Nach den Siegen des Volkes in Wien und Berlin verstand es sich von selbst, daß eine Repräsentativversammlung für ganz Deutschland zusammentreten müssse. Diese Körperschaft wurde also gewählt und trat in Frankfurt neben dem alten

Bundestag zusammen ... (Die Bundesversammlung der bevollmächtigten Gesandten der Einzelstaaten und Fürsten, Bollwerk der deutschen Reaktion). In dieser verworrenen Lage hätte die Versammlung, wenn sie auch nur einen Funken von Energie besessen, den Bundestag – die bei weitem unpopulärste Körperschaft in Deutschland – ohne weiteres auflösen, nach Hause schicken und durch eine aus ihrer Mitte gewählte Bundesregierung ersetzen müssen. Sie hätte sich zum einzig gesetzlichen Ausdruck des souveränen Willens des deutschen Volkes erklären und damit jedem ihrer Beschlüsse Gesetzeskraft verleihen müssen. Sie hätte sich vor allem eine organisiert bewaffnete Macht im Lande verschaffen müssen, stark genug, um jeden Widerstand seitens der Regierung zu brechen. Und das alles war leicht, sehr leicht, in jenem Anfangsstadium der Revolution. Diese Versammlung alter Weiber hatte vom 1. Tag ihres Bestehens mehr Angst vor der geringsten Volksbewegung als vor sämtlichen reaktionären Komplotten sämtlicher Regierungen zusammengenommen."

„In der Tat: Das Frankfurter Parlament war eine Versammlung der bedeutendsten Köpfe der deutschen Nation ... Dennoch war die Paulskirchenversammlung in Wirklichkeit kein „Professorenparlament", wie sie bald überall genannt wurde. Unter den fast 600 Abgeordneten befanden sich 319 Juristen und Verwaltungsbeamte, 104 Gelehrte, 38 Kaufleute und Industrielle, aber nur ein Bauer und kein einziger Arbeiter! Allerdings beherrschten die Gelehrten, die Professoren, sehr bald die Szenerie, da sie über die Bildung und die Fachkenntnisse verfügten, die für die Erörterung der Verfassungsfragen unerläßlich waren."

(W. Venloer/F. Kabermann, Brennpunkte... S. 274)

Mit der Hoffnung auf das Paradies im Jenseits das irdische Elend ertragen

„Erstens muß die Anschauung, daß der Mensch nur dazu auf Erden sei, um die Freuden des irdischen Lebens zu genießen, notwendig eine allgemeine Arbeitsscheu hervorrufen. Jede Arbeit ist etwas Schweres, Mühsames und steht dem unmittelbaren Genusse des Lebens durchaus entgegen ...

Auch hiervon sehen wir schon drohende Vorzeichen, und sollte sie erst die Massen dringen, so würde der Greuel der Zerstörung, der mit dieser Arbeitsscheu verbunden wäre, unermeßlich sein ...

Das sind, meine christlichen Brüder, die notwendigen Folgen, die aus der Lehre des Unglaubens über die Bestimmung des Menschen in bezug auf das soziale Leben hervorgehen müssen. Arbeitsscheu, verbunden mit unersättlicher Hab- und Genußsucht, wird der Anteil aller Menschen sein. Unter den Reichen wird zudem Geiz und Hartherzigkeit gegen die Armen, unter den Armen Diebstahl und Raub, Neid und Haß gegen die Reichen zur Herrschaft gelangen, und so würde dieselbe Lehre, welche die Bestimmung des Menschen in den Genuß des irdischen Lebens setzt, vermöge des Kreislaufes, den die Lüge immer durchmachen muß, zur Vernichtung aller sozialen Verhältnisse und jedes wahren Lebensgenusses führen.

Doch nicht nur gottlos ist diese Lehre, die uns die Unsterblichkeit leugnen will, nicht nur zerstörend für die ganze gesellschaftliche Ordnung, sondern auch unvernünftig ist sie; sie wurzelt nicht in der Vernunft, sondern in der Unvernunft, nicht im Geiste, sondern im Fleische mit seinen sinnlichen Trieben, das überall der Feind des Geistes ist. Wenn wir unseren Geist befragen, so ruft er uns mit tausend Stimmen entgegen, daß wir unsterblich, daß wir für die Ewigkeit bestimmt sind ...

Aus dieser Lehre der Vernunft und des Glaubens über die Bestimmung des Menschen ergeben sich uns die wichtigsten Folgen für das gesellschaftliche Leben, die den vorher angedeuteten Folgen des Unglaubens gerade entgegenstehen und ebenso geeignet sind, das gesellschaftliche Leben zu befestigen, wie jene es notwendig untergraben und zerstören müssen.

Erstens ist nur bei dieser Auffassung der Bestimmung des Menschen wahre Arbeitssamkeit und freudige Ertragung der mit der Arbeit verbundenen Mühe möglich. Es gibt zwar eine Arbeit, die sich der Mensch auch aus anderen Motiven gefallen läßt, z.B. die Arbeit eines großen Kaufmannes, der rastlos die Vermehrung seines Vermögens erstrebt. Jene mühevolle, täglich wiederkehrende Arbeit des Taglöhners aber, der nur geringen Lohn für seine Arbeit erlangt und nur selten die Freuden des Lebens genießen kann, wird sich der Mensch nicht gefallen lassen, wenn er im irdischen Lebensgenusse seine einzige Bestimmung erkennt. Eben diese Art Arbeit können wir auf Erden am wenigsten entbehren, in ihr ruht der wahre Reichtum eines Volkes. Wir müssen entweder ein Volk haben, das diese Arbeit mit Freuden erfüllt, oder wir werden, wie einst die Völker des Altertums, es erleben, daß der eine Teil der Menschen mit Gewalt den anderen unterwirft, um diese mühevolle Arbeit von ihnen als unterworfenen Sklaven verrichten zu lassen. Das ist eben eines der Geheimnisse der Christenthums, daß es versteht, dem Menschen jene Gesinnung einzuflößen, die ihn antreibt, mit Freude und Lust jene mühevolle Arbeit zu tragen, die sich nun einmal nicht abschaffen läßt, und auf diese Gesinnung hat das Christenthum das gesellschaftliche Gebäude errichtet, das sich zwar niederreißen, aber nimmermehr außer dem Christenthume aufbauen läßt.

Wie das Christenthum aber in seiner Lehre von der Bestimmung des Menschen die wahre Arbeitsamkeit hervorruft und dadurch den wahren Wohlstand begründet, so vermindert es durch dieselbe Lehre das ungemessene Streben der Menschen nach den zeitlichen Gütern und Freuden. Dem Unglauben sind die zeitlichen Güter und Freuden das einzige Ziel, das der Mensch zu erstreben hat; dem Glauben sind sie nur Mittel, die ihm zur Erreichen seines ewigen Zieles dienen sollen. Der Reiche, der seine Endbestimmung in dem jenseitigen Leben sucht, wird also seine Reichtümer nicht als Mittel betrachten, um seine irdischen Lüste zu befriedigen, sondern als ein Mittel, um durch ihre gute Verwendung den Besitz Gottes zu erlangen. Er wird bei der Verwendung auf den Willen Gottes sehen, seinen armen Mitbrüdern in wahrer Liebe von seinen Gütern mitteilen und jede ungeordnete Anhänglichkeit an die zeitlichen Güter aus seinem Herzen verbannen. Auch der Arme, der auf einen ewigen Lohn für seine Arbeit hofft, wird nicht mit unersättlicher Begierde auf die irdischen Güter, nicht mit Haß und Neid auf seine wohlhabenden Mitbrüder hinblicken. Wie groß und erhaben ist die Gesinnung eines wahrhaft christlichen Arbeiters, der mit Verachtung nicht auf die Reichen, sondern auf den Reichtum und äußeren Glanz hinblickt; der im Gefühle, daß seine Menschenwürde nicht im Reichtume, sondern in wahrer Tugend besteht, gern den ganzen äußeren Tand den Reichen überläßt, da er selbst nur nach der Tugend ringt, der selbst mit Mitleid auf diese armselige Haschen nach irdischen Gütern hinblickt, über das er sich in seinem Streben nach den eignen Gütern erhaben fühlt, und der endlich in der Ruhe und Freundlichkeit des Gewissens, in dem Glücke seines einfachen Hausstandes einen übergroßen Ersatz findet für alle Mühen und Arbeiten seines Lebens. Mit einer solchen Gesinnung hat der einfache Arbeiter eine menschliche Würde erreicht, die in einem anderen Stande kaum erreicht werden kann. Die Quelle dieser Gesinnung ist aber die christliche Lehre von der Bestimmung des Menschen. Auf dem Boden einer solchen Gesinnung lassen sich gesellschaftliche Ordnungen gründen, die aller Vergänglichkeit Trotz bieten."

(W. E. v. Kettelers Schriften, Bd. III., S. 270ff)

„Für eine Gesellschaft von Warenproduzenten ... ist das Christentum ... die entsprechendste Religionsform" (Marx)

„Für eine Gesellschaft von Warenproduzenten, deren allgemein gesellschaftliches Produktionsverhältnis darin besteht, sich zu ihren Produkten als Waren, also als Werten, zu verhalten und in dieser sachlichen Form ihre Privatarbeiten aufeinander zu beziehen als gleiche menschliche Arbeit, ist das Christentum mit seinem Kultus des abstrakten Menschen, namentlich in seiner bürgerlichen Entwicklung, dem Protestantismus, Deismus usw. die entsprechendste Religionsform. In den altasiatischen, antiken usw. Produktionsweisen spielt die Verwandlung des Produkts in Ware, und daher das Dasein der Menschen als Warenproduzenten, eine untergeordnete Rolle, die jedoch umso bedeutender wird, je mehr die Gemeinwesen in das Stadium ihres Untergangs treten. Eigentliche Handelsvölker existieren nur in den Intermundien der alten Welt, wie Epikurs Götter oder wie Juden in den Poren der polnischen Gesellschaft.

Jene alten gesellschaftlichen Produktionsorganismen sind außerordentlich viel einfacher und durchsichtiger als der bürgerliche, aber sie beruhen entweder auf der Unreife des individuellen Menschen, der sich von der Nabelschnur des natürlichen Gattungszusammenhangs mit andren noch nicht losgerissen hat, oder auf unmittelbaren Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen. Sie sind bedingt durch eine niedrige Entwicklungsstufe der Produktivkräfte der Arbeit und entsprechend befangene Verhältnisse der Menschen innerhalb ihres materiellen Lebenserzeugungsprozesses, daher zueinander und zur Natur. Diese wirkliche Befangenheit spiegelt sich ideell wider in den alten Natur- und Volksreligionen. Der religiöse Widerschein der wirklichen Welt kann überhaupt nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Werkeltagslebens den Menschen tagtäglich durchsichtig vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen. Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht. Dazu ist jedoch eine materielle Grundlage der Gesellschaft erheischt oder eine Reihe materieller Existenzbedingungen, welche selbst wieder das naturwüchsige Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte sind."

(Karl Marx, Kapital I., S. 93f)

„Die Religion muß dem Volk erhalten werden" – als letztes und einziges Mittel zur Rettung der Gesellschaft

„Die Arbeiter Frankreichs und Deutschlands waren rebellisch geworden. Sie waren total vom Sozialismus durchseucht, und dabei, aus sehr gutem Gründen, keineswegs sehr versessen auf die Gesetzlichkeit der Mittel, sich die Herrschaft zu erobern. Was blieb dem französischen und deutschen Bourgeois als letzte Hülfsquelle anders, als ihre Freigeisterei stillschweigend fallen zu lassen, ganz wie ein kecker Bengel, wenn die Seekrankheit ihn mehr und mehr beschleicht, die brennende Zigarre verschwinden läßt, mit der er renommistisch an Bord stolziert war? Einer nach dem anderen nahmen die Spötter ein äußerlich frommes Wesen an, sprachen mit Achtung von der Kirche, ihren Lehren und Gebräuchen und machten selbst von den letzteren soviel mit, als nicht zu umgehen war. Französische Bourgeois wiesen am Freitag Fleisch zurück, und deutsche Bourgeois schwitzten in ihren Kirchenstühlen ganze endlose protestantische Predigten durch. Sie waren mit ihrem Materialismus ins Pech geraten. ‚Die Religion muß

dem Volk erhalten werden' – das war das letzte und einzige Mittel zur Rettung der Gesellschaft vor totalem Untergang. Zum Unglück für sie selbst entdeckten sie dies erst, nachdem sie ihr Menschenmöglichstes getan, die Religion für immer zu ruinieren. Und da kam der Moment, wo der britische Bourgeois an der Reihe war zu höhnen und ihnen zuzurufen: Ihr Narren, das hätte ich euch schon vor zweihundert Jahren sagen können!

Jedennoch, fürchte ich, wird weder die religiöse Vergangenheit des britischen noch die post festum erfolgte Bekehrung des kontinentalen Bourgeois die ansteigende proletarische Flut eindämmen. Die Tradition ist eine große hemmende Kraft, sie ist die Trägheitskraft der Geschichte. Aber sie ist bloß passiv und muß deshalb unterliegen. Auch die Religion bildet auf die Dauer keine Schutzmauer der kapitalistischen Gesellschaft. Sind unsre juristischen, philosophischen und religiösen Vorstellungen die nähern oder entfernteren Sprößlinge der in einer gegebnen Gesellschaft herrschenden ökonomischen Verhältnisse, so können diese Vorstellungen sich nicht auf Dauer halten, nachdem die ökonomischen Verhältnisse sich gründlich geändert. Entweder müssen wir an übernatürliche Offenbarung glauben oder zugeben, daß keine religiösen Predigten eine zusammenbrechende Gesellschaft zu stützen imstande sind."

(Marx/Engels, Ausgewählte Schriften II, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, S. 99 ff.)

Kettelers „Widerlegung des Kommunismus" – Die Entwicklung des Klassenkampfes zwingt die Bourgeoisie zu ideologischen Gegenmaßnahmen – Kettelers „Christlich-Soziales" gibt noch heute für die Theorien der Reaktionäre wie Reformisten die Grundlage ab.

„Die Besitzenden und Nichtbesitzenden stehen sich feindlich gegenüber; die massenhafte Verarmung wächst von Tag zu Tag; das Recht des Eigentums ist in der Gesinnung des Volkes erschüttert, und wir sehen von Zeit zu Zeit Erscheinungen auftauchen gleich Flammen, die bald hier bald dort aus der Erde hervorbrechen – Vorboten einer allgemeinen Erschütterung, die bevorsteht. Auf der einen Seite sehen wir ein starres Festhalten am Rechte des Eigentums, auf der anderen ein ebenso entschlossenes Leugnen jedes Eigentumsrechts, und wir suchen ängstlich nach einer Vermittlung zwischen diesen schroffen Gegensätzen. Unter diesen Umständen wollen wir die Lehre der katholischen Kirche vom Rechte des Eigentums darlegen, wie sie der heilige Thomas von Aquin schon vor 600 Jahren entwickelt hat. Vielleicht werden wir finden, daß der Menschengeist, vom Glauben geführt, schon vor einem halben Jahrhundert uns für unsere Zustände Wege vorgezeichnet hat, die der vom Glauben getrennte und sich selbst überlassene Menschengeist vergeblich zu entdecken strebt."

„Die Menschen können entweder das ihnen übertragene Eigentums- oder richtiger Nutzungsrecht gemeinschaftlich ausüben, wie es der Kommunismus will, um gemeinschaftlich die Güter der Erde zu verwalten und die Nutzung zu verteilen; oder sie können dieselben geteilt besitzen, so daß dem einzelnen Menschen das Eigentumsrecht über einen bestimmten Teil der Güter der Erde zusteht, mit der Befugnis, die daraus gezogenen Früchte zu ziehen. Auch die Frage, welche dieser beiden Benutzungsweisen für den Menschen bestimmt sei, zieht der heilige Thomas zur Untersuchung und löst dadurch ein Problem, das erst sechshundert Jahre nach ihm die Welt bewegen sollte. Wir wollen auch bei dieser Untersuchung ihm folgen. An dem Nutzungsrechte, das dem Menschen zusteht, unterscheidet er zwei Momente, erstens das Recht der Fürsorge und Verwaltung, zweitens das Recht des Fruchtgenusses. Die Einteilung rechtfertigt sich von selbst. So wie uns von der Natur die Dinge geboten werden, sind sie zur Befriedigung unserer Bedürfnisse nicht geeignet. Sie müssen zunächst zum Genusse vorbereitet, also verwaltet und bearbeitet werden.

In Bezug auf die Verwaltung und Fürsorge behauptet nun der heilige Thomas, müsse das Eigentumsrecht der einzelnen Menschen über die Güter der Erde anerkannt werden, und zwar aus drei Gründen. Erstens werden nur in dieser Weise für die gute Verwaltung der irdischen Güter selbst gesorgt, denn jeder sorge besser für das, was ihm selbst gehöre, als was er mit anderen gemeinschaftlich besitze. Jedermann, fügt er hinzu, fliehe die Arbeit, und überlasse, was allen gemeinschaftlich obliege, gerne dem anderen, wie es unter einer zahlreichen Dienerschaft zu geschehen pflege. Es ist nicht schwer, die volle Wahrheit dieser Behauptung einzusehen. Würden alle Güter gemeinschaftlich verwaltet, oder nach Jahren oder Zeiträumen verteilt, oder fiele nur das Recht der Vererbung weg, so würde jede gute Verwaltung vernichtet, jede Verbesserung unmöglich gemacht, und selbst die Triebfeder zu neuen Erfindungen würde im Geiste der Menschen erlahmen. Jeder würde sich auf den anderen verlassen, die natürliche Trägheit im Menschen hätte ihr Gegengewicht verloren, würde bald zur Herrschaft gelangen und zur Entwertung der Erdengüter führen. Zweitens, sagt der heilige Thomas, könne nur durch Anerkennung des Eigentumsrechts der einzelnen Menschen die Ordnung, die zur gedeihlichen Verwaltung der Erdengüter notwendig sei, aufrecht erhalten werden, denn es werde allgemeine Verwirrung entstehen, wenn jeder für alles zu sorgen habe. Auch diese Wahrheit scheint unbestreitbar. Es gibt eine unermeßliche Mannigfaltigkeit in der Abstufung der Beschäftigung der Menschen, und sie alle müssen sich einer großen Ordnung einfügen, wenn für alle Bedürfnisse so gesorgt werden soll, wie es Gott in der Natur dem Menschen anbietet. Würde diese Ordnung gestört, so wäre das Wohlsein der Menschheit gefährdet. Zu dieser allgemeinen Ordnung und Ausgleichung der Arbeit trägt aber gerade das Familieneigentum wesentlich bei, indem es den Lebensberuf der Familienmitglieder im großen und ganzen mitbestimmt und ein plötzliches Schwanken und Übergehen großer Massen von einer Arbeit und Lebensweise zur anderen verhindert. Welch' heillose Verwirrung in der Arbeit würde entstehen, wenn durch die immerwährend wiederkehrende Teilung dieses mächtige Band der Ordnung zerrissen wäre! Endlich drittens, sagt der heilige Thomas, könne nur bei anerkanntem Eigentumsrechte der einzelnen der Friede unter den Menschen erhalten werden, da ja die Erfahrung lehre, wie leicht, gemeinschaftlicher Besitz zu Streit und Zank führe. Tief und wahr ist auch dieser Grund. Wenn jetzt schon Geschwister sich nicht einigen können, die die Erbschaft ihres Vaters teilen wollen, wenn die Bewohner eines Hauses sich entzweien, die nur die Luft in demselben Hause und das Wasser in demselben Brunnen sich zu teilen haben, was würde aus der Menschheit werden, wenn jeder Besitz, jede Arbeit immer wieder geteilt werden sollte. Die ganze Menschheit würde in Streit und Hader auseinander reißen.

Der heilige Thomas hält also, aus diesen drei unwiderleglichen Gründen, das Eigentumsrecht der einzelnen, Bezug auf die Fürsorge und Verwaltung, aufrecht und steht also insoweit überstimmend mit dem Gebote Gottes: Du sollst nicht stehlen! und mit der Lehre der katholischen Kirche dem Kommunismus unserer Tage streng und unversöhnlich gegenüber. Der Kommunismus in dem Sinne, daß die Güter der Erde immer wieder geteilt werden sollen, widerspricht dem Gesetze der Natur, weil er die gute Verwaltung der Erdengüter und damit die Erreichung ihres natürlichen Zweckes vernichtet, Unordnung und Feindschaft verbreiten und das die Bedingungen des menschlichen Lebens aufheben würde."

(Ketteler: Die großen sozialen Fragen der Gegenwart, Mainz, 1848. Die katholische Lehre vom Eigentum (I. Teil), S. 35ff)

Ketteler – Urvater von „Mitbestimmung" und „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand"

„Als fünftes Hilfsmittel, dem Arbeiterstande durch das Christenthum zu helfen, nennen wir endlich die Förderung der Produktiv-Assoziationen, durch die besonderen Mittel, die eben nur dem Christenthum zu Gebote stehen.

Das Wesen der Produktiv-Assoziationen haben wir in der Theilnahme der Arbeiter am Geschäftsbetriebe selbst erkannt. Der Arbeiter ist in ihnen zugleich Geschäftsunternehmer und Arbeiter, und hat daher einen doppelten Antheil an dem Einkommen, den Arbeiterlohn und seinen Anteil an dem eigentlichen Geschäftsgewinne...

Was würde es nun für eine Wirkung haben, wenn man beginnen könnte, in diesen modernen Sklavenbezirken der weißen Sklaverei, wo das arme christliche Volk von unchristlichen Fabrikherren mißbraucht wird, auf christlicher Basis eingerichtete Produktiv-Assoziationen zu gründen? Wenn die christliche Liebe die nöthigen Hilfsmittel zusammenbrächte, die zu einer Geschäftseinrichtung nötig sind, und nun die Arbeiter aufforderte bei diesem Geschäft unter der Bedingung zu arbeiten, daß ein Theil des Gewinnes, der nicht zum Geschäftsbetrieb und nöthigen Reservefonds nothwendig ist, ihnen von der christlichen Liebe als Eigenthum zufließen solle? Der Erfolg würde groß sein, und dieser fluchwürdige Einfluß einer von Gott abgefallenen Industrie auf unseren Arbeiterstand wäre vielleicht damit bleibend gebrochen."

(Die Arbeiterfrage und Christenthum ..., S. 86ff)

Marx zur Aufhebung des Privateigentums

„Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind.

Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung. Die Abschaffung bisheriger Eigentumsverhältnisse ist nicht den Kommunismus eigentümlich Bezeichnendes.

Alle Eigentumsverhältnisse waren einem beständigen geschichtlichen Wechsel, einer beständigen geschichtlichen Veränderung unterworfen. Die Französische Revolution z.B. schaffte das Feudaleigentum zugunsten des bürgerlichen ab.

Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums. Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die Andern beruht. In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen.

Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigentum abschaffen; das Eigentum, welches die Grundlage al-

ler persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde. Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigentum! Sprecht ihr von dem kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen Eigentum vorherging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab. Oder sprecht ihr vom modernen bürgerlichen Privateigentum? Schafft aber die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariers ihm Eigentum? Keineswegs. Sie schafft das Kapital, d.h. das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, daß es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von neuem auszubeuten. Das Eigentum in seiner heutigen Gestalt bewegt sich in dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit."

(Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 474ff)

Lassalle „entdeckt" Gemeinsamkeiten mit Kettelers „Soziallehre" Christlich-soziale Reaktionäre und Reformisten gemeinsam gegen die Arbeiterklasse – damals...(Ronsdorfer Rede)

„Ja, selten ist seitdem eine Woche vergangen, wo ich nicht von irgend einem Bourgeois selbst – denn es gibt auch noch ernsthafte wohlgesinnte und denkende Bourgeois bei uns – auf diesem oder jenem Wege gehört hätte, der durch dies Buch überzeugt und bekehrt worden sei.

Ich will euch aber jetzt einen Beweis vorlegen, der alles Bisherige noch bei weitem übersteigt.

Vor kurzem hat sich niemand anders, als ein Fürst der Kirche, der Bischof von Mainz, Freiherr von Ketteler, in seinem Gewissen gedrungen gesehen, seinerseits das Wort in der Arbeiterfrage zu ergreifen. Es ist dies ein Mann, der am Rhein fast für einen Heiligen gilt, ein Mann, der sich seit langen Jahren mit gelehrten Forschungen abgegeben. Er hat ein Buch veröffentlicht, unter dem Titel: „Die Arbeiterfrage und das Christentum", und hier hat er sich Punkt für Punkt für alle meine ökonomischen Sätze und Thesen den Fortschrittlern gegenüber ausgesprochen! Ja, er hat dies mit solcher Schärfe und Offenherzigkeit getan, daß ich euch wenigstens einige Beispiele davon vortragen muß.

Ihr erinnert euch des Fundamentes des ganzen Streites, jenes ehernen ökonomischen Gesetzes, wie ich es in meinem „offenen Antwortschreiben" nannte, nach welchem der Arbeitslohn unter Angebot und Nachfrage auf die Dauer durchschnittlich nie über das Minimum des notwendigsten Lebensunterhaltes hinaussteigen kann. Ihr erinnert euch der verhältnismäßigen Milde, mit welcher ich euch in meinem „Antwortschreiben" zugerufen habe: Wenden Sie jedem den Rücken, der ihnen dieses eherne Gesetz leugnet denn entweder er versteht nichts von der ökonomischen Wissenschaft oder er will Sie betrügen. Ich war also noch milde genug, wenigstens diese Wahl zu lassen.

Ihr erinnert euch auch noch der W u t, mit welcher, Schaum vor dem Munde, die gesamte Fortschrittspartei, die Herren Schulze, Wirth, Faucher und ähnliche Nullen, sowie die gesamte fortschrittliche Presse über mich herfielen und dieses Gesetz leugneten!

Auf diese Beweise fußend, welche ich in meinem „Antwortschreiben", in meinem „Arbeiterlesebuch" und zuletzt in systematischer in meinem „Bastiat-Schulze" hierüber entwickelt habe, geht nun der Bischof so weit, den Fortschrittlern nicht einmal jene Wahl mehr zwischen Unkenntnis und betrügerischer Absicht zu lassen – er fühlt sich in seinem Gewissen gedrungen, geradezu zu erklären: Jeder, der nach diesen von mir erbrachten Beweisen jenes Gesetz noch leugnet, wolle das Volk betrügen!

Ihr sollt sofort die eigenen Worte des Bischofs hören. Er sagt (pag. 17 seines Buches): „Die materielle Existenz des Arbeiterstandes, die Beschaffenheit aller notwendigen Lebensbedürfnisse für den Arbeiter und seine Familie ruht nämlich mit so wenigen Ausnahmen, daß sie diese Regel nicht alterieren, auf dem Arbeiterlohn, und der Arbeiterlohn bestimmt sich in unserer Zeit nach der Lebensnotdurft im engsten Sinne, d.h. nach dem, was der Mensch unumgänglich notwendig bedarf, wenn nicht seine physische Existenz vernichtet werden soll. Die Wahrheit dieses Satzes ist durch die bekannten Kontroversen zwischen Lassalle und seinen Gegnern so evident gemacht, daß nur die Absicht, das Volk zu täuschen, sie bestreiten kann. In ihr liegt, wie mit vollem Recht behaupet wird, die ganze Arbeiterfrage: Auf der einen Seite die Arbeiternot, auf der anderen Seite der Probierstein für den Wert aller Vorschläge, dem Arbeiterstande zu helfen."

Meine Freunde, ich gehöre, wie euch bekannt ist, nicht zu den Frommen. Mit Recht aber muß ich den höchsten Wert darauf legen, daß ein Bischof trotz der Milde und Rücksichtnahme, die ihm in seiner Stellung natürlich ist, sich dennoch in seinem Gewissen genötigt sieht, sich mit derselben Schärfe, wie ich in meiner rücksichtslosesten Stellung als Volkstribun getan habe, auszusprechen und die Fortschrittspartei wegen ihrer so hartnäckigen Ableugnung des von mir nachgewiesenen ökonomischen Gesetzes geradezu des absichtlichen Betruges zu beschuldigen!

Urteilt, bis zu welcher Sonnenklarheit ich jene Beweise gebracht haben muß, um einen Kirchenfürsten zu dieser Sprache zu veranlassen! Urteilt, zugleich, welcher beispiellosen Schamlosigkeit sich die Fortschrittspartei und ihre Presse schuldig gemacht hat, indem sie so hartnäckig die Wahrheit jenes Gesetzes vor euch leugnete! Urteilt, wie namenlos euch diese Leute so lange Zeit hindurch belogen und weiter belügen wollen!

Mit nicht weniger Bestimmtheit sprach sich der Bischhof noch an anderen Stellen über die unangreifbare ökonomische Richtigkeit unserer Grundsätze und Bestrebungen aus. Er sagt z.B. pag 62: „Die Partei deren Hauptvertreter Lassalle selbst ist, hat das unbestreitbare Verdienst, die in den ersten Abschnitten geschilderte Lage des Arbeiterstandes, wonach er großenteils mit seiner ganzen Existenz auf die eigentliche Lebensnotdurft beschränkt ist, mit unerbittlicher Schärfe und Wahrheit aufgedeckt zu haben. Sie stellt daher auch mit derselben Richtigkeit als Axiom den Satz auf: daß, wer überhaupt dem Arbeiter in dieser Lage gründlich und wirksam helfen will, Mittel auffinden muß, wodurch dem Arbeiterstande eine neue und reichere Erwerbsquelle neben dem notdürftigen Arbeitslohn eröffnet wird. Die Lösung dieser Aufgabe sei der Probierstein zur Beurteilung des wahren Wertes der gemachten Vorschläge. Obwohl sie daher nicht leugnet, daß die Bestrebungen der liberalen Partei dem Arbeiterstande manche Erleichterungen gewähren können, so hat sie doch zugleich auch überzeugend bewiesen, daß dieselben nicht imstande sind, den Arbeiterstand vor dem Verfall zu bewahren, dem er durch die allgemeine Konkurrenz namentlich mit dem Kapitale entgegen geht, und noch weniger, seinen Wohlstand nachhaltig und allgemein zu verbessern."

Mit derselben Entschiedenheit legt der Bischof Zeugnis dafür ab, daß ich nachgewiesen habe, wie durch die Vorschläge der Herrn Schulze-Delitsch und der Fortschrittspartei unmöglichdie Lage der arbeitenden Klassen irgendwie verbessert werden kann. Er sagt darüber pag 57: „Die Aufgabe ist, dem Arbeiterstand, der durch die Experimente der liberalen Partei in die Lage gekommen ist, daß er mit seiner ganzen Lebensexistenz auf den Tagelohn angewiesen ist, der ihm nur die äußerste Lebensnotdurft bietet, den er sich täglich auf dem Warenmarkt der Arbeit, bei schwankendem Angebot und Nachfrage, gleichsam erbetteln muß, in dieser seiner bedrängten Lage zu helfen. Daß dazu die von der liberalen Partei als Hilfsmittel in Vorschlag gebrachten Genossenschaften im ganzen und großen nicht ausreichen, ist in neuerer Zeit hinreichend und evident bewiesen. In dieser Hinsicht sind die Ausführungen von Lassalle unwiderlegt und unwiderleglich." Und alle Zeugnisse sind um so bedeutsamer, als der Bischof selbst natürlich nicht zu unseren Anhängern gehört. Er erhebt eine Einwendung gegen die Zweckmäßigkeit und eine Einwendung gegen die Rechtmäßigkeit unserer Bestrebungen. In Bezug auf die Zweckmäßigkeit befürchtet er nämlich Überstürzung bei der Ausführung unserer sozialen Maßregeln. Dieses Bedenken teile ich nicht, weil ich eure Disziplin kenne auf welche ich nachher noch zu sprechen kommen werde.

In Bezug auf die Rechtmäßigkeit unserer Bestrebungen erscheint es dem Bischof bedenklich, ob der Staat berechtigt sei, durch die von mir verlangten Mittel und Einrichtungen das Eigentum der Zukunft – denn nur von dem zukünftigen, nicht von dem gegenwärtig erworbenen Eigentum ist bei uns die Rede – so in bestimmte, gewiesene Wege, gleichsam in gegebene Kanäle zu leiten.

Aber auch hier legt der Bischof wieder das wichtigste Zeugnis für uns ab. Er gesteht nämlich ein, daß dieses Bedenken nur bei solchen entstehen könne, welche, wie er selbst, das Privateigentum für eine göttliche Einrichtung halten; daß dagegen von dem heutzutage im Staate, in der Wissenschaft und bei der liberalen Partei geltenden Standpunkte aus, nach welchen das Privateigentum eine menschliche Einrichtung ist, die Gerechtigkeit der von mir geforderten Maßregeln gar nicht einmal bezweifelt werden könne.

Seine Worte lauten (pag 77): „Vom Standpunkte der liberalen Partei und jener Wissenschaft, die im Namen der Regierung von so vielen Lehrkanzeln gelehrt wird, ist daher, was die Gerechtigkeit der von Lassalle vorgeschlagenen Maßregeln angeht, wohl sicherlich gar kein Bedenken zu erheben. Es ist vielmehr nur ein unendlich bescheidener Anfang ganz anderer Dinge, die da kommen müssen".

Ihr begreift die unvergleichliche Wichtigkeit dieses Eingeständnisses, denn derer, welche das Privateigentum für eine göttliche Einrichtung halten, sind heute so blutwenig, daß wir, stünden uns keine anderen Gegner gegenüber, mit der leichtesten Mühe gewonnenes Spiel haben würden.

(Ronsdorfer Rede, gehalten am 23. Mai 1864; Lassalle, Gesammelte Schriften Band IV, Seite 212 ff.)

... wie heute – Lobpreisung Kettelers im ÖTV-Magazin

„Im Kampf gegen Hunger und Epidemien, die seine Gemeinde heimsuchten, lernte Ketteler den praktischen Zusammenhang zwischen Seelsorge und der Sorge um das leibliche Wohlergehen der Menschen kennen. Die sozialen Verhältnisse, in denen das einfache Volk lebte, ließen ihn nicht kalt. Aus seiner Erfahrung als „Bauernpastor" entwickelte sich sein waches mitmenschliches Verständnis für die „sozialen Fragen" seiner Zeit. Hier festigte sich seine Überzeugung, daß die Kirche sich nicht allein um den Glauben, sondern auch um die sozialen Verhältnisse kümmern müsse.

Im Jahre 1848 wurde der bis dahin unbekannte Landpfarrer Ketteler mit großer Mehrheit im Wahlkreis Tecklenburg, Warendorf und Rheine zum Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche gewählt. Er verließ seine Gemeinde nicht gerne; aber in der Annahme des politischen Mandats sah er eine Chance, sich für die damals unterdrückte Religions- und Kirchenfreiheit einzusetzen.

1848 wurde auch der zweite Schwerpunkt seines öffentlichen Wirkens sichtbar: Vor dem ersten deutschen Katholikentag in Mainz und in sechs Adventspredigten im Mainzer Dom setzte er sich leidenschaftlich mit den „großen sozialen Fragen der Gegenwart" auseinander. Er prangerte die schranken- und gewissenlose Bereicherung der Besitzenden und die massenhafte Verarmung der besitzlosen Arbeiterschaft als Mißbrauch der Eigentumsrechte, als Verstoß gegen die natürliche und göttliche Ordnung, als „schweren Fluch" und einen „Berg von Ungerechtigkeit" an. Den Beitrag der Kirche zur Lösung der sozialen Frage sah er in einer Gesinnungsreform und in Werken praktischer Nächstenliebe.

...

Nach einem kurzen Zwischenspiel als Propst an Sankt Hedwig in Berlin wurde er 1850 Bischof von Mainz. In kurzer Zeit verhalf er dem brachliegenden kirchlichen Leben in seinem Bistum zu neuer Blüte. Neben seinem Kampf für Religions- und Kirchenfreiheit gegen staatliche Bevormundung beschäftigte er sich unermüdlich mit der sozialen Frage. Schritt für Schritt kam er zu der Erkenntnis, daß Gesinnungsreform und caritative Fürsorge, die er selbst mit großem Eifer und Erfolg praktizierte, nicht ausreichen, um die Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen wirksam zu verbessern. Er zog daraus die Konsequenz, daß Gesinnungsreform und Caritas durch eine Reform der Zustände ergänzt werden müssen. Sie sollte sowohl durch Organisation und Selbsthilfe der Arbeiterschaft als auch durch eine energische staatliche Ordnungs- und Sozialpolitik zugunsten der Arbeiterschaft mit nachdrücklicher Unterstützung der Kirche erreicht werden.

Auf einer Kundgebung mit 10000 Arbeitern auf der Liebfrauenheide bei Offenbach am 25. Juli 1869 machte sich Ketteler die Forderungen der Arbeiterschaft nach gerechtem Lohn, geregelter Arbeits- und Freizeit, Sonntagsruhe, Abschaffung der Kinderarbeit, Schutz der Familie, Fabrikaufsicht, Unfall-und Invaliditätssicherung zu eigen.

...

Gegen die ideologischen Ansprüche des Liberalismus und Sozialismus blieb er skeptisch und mißtrauisch. Aber auf der Suche nach praktikablen sozialen Reformschriften für die Arbeiterschaft scheute er sich nicht, auch die Programme der Sozialisten zu studieren. Um die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitaleigner zu überwinden, wollte er sie durch Gründung von Produktivgenossenschaften selber zu Eigentümern der Betriebe machen. Er hat deshalb sogar mit Ferdinand Lassalle, dem Begründer des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines" (aus dem später die Sozialdemokratische Partei hervorgegangen ist), korrespondiert."

(„Arbeiterbischof und Wegbereiter des sozialen Katholizismus, Vor hundert Jahren starb in Burghausen Wilhelm Emmanuel von Ketteler. Aufsatz von Thomas- Gunter Vetterlein in „das ötv-magazin", Nr. 7/1977, S. 32/33)

„Rerum Novarum" – Päpstliche Antwort auf die „Soziale Frage"

"Rerum Novarum" – ein vergeblicher Versuch der katholischen Kirche, die sich verschärfenden Klassenkämpfe zu dämpfen und die Ideen des Sozialismus zu schlagen

„Deutschlands Bevölkerung hatte in den 50 Jahren vor 1890 herum rund 15 Millionen zugenommen, nach 1890 wuchs sie in 20 Jahren um dieselbe Anzahl. In Großstädten wohnten 1875 erst 2,7 Millionen Deutsche, 1900 waren es 9 Millionen, 1910 bereits 14 und 1930 fast 20 Millionen. In dieser Verstädterung spiegelt sich die Industrialisierung des Landes aufs deutlichste ab.

Die Kraftmaschinenleistung in der gewerblichen Wirtschaft betrug 1875 in Deutschland 1 Million PS und 1895 erst 3,4 Millionen PS. Sie war 1907 auf 10,3 Millionen und 1925 auf 19,4 Millionen angewachsen.

Die wertmäßige Steigerung der industriellen Produktion Deutschlands stieg in den zehn Jahren von 1885 - 1895 um ebenso viel wie in den vorangegangenen 25 Jahren (1860 - 1885), und von 1895 ab nahm sie alle 5 Jahre noch einmal um denselben Betrag zu. In der kurzen Zeit von 1895 – 1913 hat sich der Wert der industriellen Jahresproduktion verdoppelt. Ebenso stieg das nominale Volkseinkommen Deutschlands in dieser Zeitspanne von 25 auf 50 Milliarden Mark. Aus all dem erhellt, wie die Industrie, und gerade die Großindustrie, das Antlitz Deutschlands seit den 1890er Jahren in ganz anderer Weise prägte, als es vorher der Fall gewesen war.

Auf Ähnliches deuten mancherlei Erscheinungen des sozialen und kulturellen Lebens hin. Die Gewerkschaften spielten vor 1890 noch kaum eine Rolle. Sie zählten 1891 in Deutschland erst 343000 Mitglieder (worauf freilich das von 1878 – 1890 geltende Sozialistengesetz nicht ohne Einfluß gewesen war). Im Jahr 1900 gehörten 850000 Arbeiter den verschiedenen Gewerkschaften an, 1910 waren es annähernd 2¼ Millionen, 1920 über 9 Millionen. Bezeichnend ist ferner, daß in der sozialistischen Bewegung erst mit dem ‚Erfurter Programm' der deutschen Sozialdemokratie die marxistische Linie rein zum Durchbruch kam. (Vorher, in dem Gothaer Programm von 1875, lag noch eine Mischung der Ideen von Marx und Lassalle, also ein Kompromiß mit weniger radikalen Forderungen vor). Andererseits bedeutete die Preisgabe des Sozialistengesetzes (1890) das Eingeständnis des Staates, daß die Arbeiterbewegung nicht länger als Rebellion angesehen und niedergehalten werden konnte, wie es die herrschenden Klassen bis dahin versucht hatten. Im Hinblick darauf, daß die Geistesverfassung einer Zeit sich in der Kunst am klarsten und tiefsten offenbart, darf wohl gesagt werden, daß das proletarische Problem erst um 1890 ins allgemeine Bewußtsein des Bürgertums trat. Nicht zufällig erschienen die ersten Zeichnungen der Käthe Kollwitz aus dem proletarischen Milieu zu demselben Zeitpunkt (1893), da Gerhart Hauptmann in seinen ‚Webern' zum erstenmal den an seinen Ketten zerrenden kapitalistischen Lohnarbeiter auf die Bühne stellte.

So sehen wir denn auch, wie gerade 1890 die organisierte soziale Arbeit, die fortan tief ins Volk drang und den Arbeiter umwarb, auf der ganzen Linie einsetzte. Es war in diesem Jahre, da der Volksverein für das Katholische Deutschland in Mönchen-Gladbach begründet wurde. Im gleichen Jahr fand der erste Evangelischsoziale Kongreß statt.Ein Jahr zuvor war die nun rasch aufblühende Internationale der sozialistischen Arbeiterbewegung (die sog. zweite Internationale) gegründet worden, die auf ihrem Brüsseler Kongreß 1891 den ersten Mai zum Weltfeiertag der Arbeit erklärte.

Überblickt man das alles, so erscheint es berechtigt, wenn in Quadragesimo anno (n. 2) festgestellt wird, daß ‚Rerum Novarum' gerade zur rechten Zeit erschienen sei."

(Jostock, Die sozialen Rundschreiben, Einführung S. 6 ff.)

Streikstatistik des preußischen Handelsministeriums 1890 - 98

Periode	Streiks	Streikende
Sommer 1890	216	28643
Winter 1890/91	71	6573
Sommer 1891	118	25100
Winter 1891/92	99	77787

„Die deutsche Arbeiterklasse hat in den Jahrzehnten von der Reichsgründung bis zum Beginn des 1. Weltkrieges gewaltige Streikkämpfe geführt. Aus ihnen ragen besonders heraus die Streiks von über 8000 Metallarbeitern im Herbst 1871 in Chemnitz, von 19000 - 20000 Ruhrbergarbeitern im Juni/Juli 1872 und von 150000 Bergarbeitern im Mai/Juni 1889 in allen Steinkohlerevieren".

(Aus D. Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 - 1914, Berlin 1976)

Die Enzyklika Rerum Novarum

Einleitung
Die Arbeiterfrage
A. Der Lösungsvorschlag des Sozialismus
I. Der sozialistische Vorschlag: Vergesellschaftung des Sondereigentums
II. Widerlegung
1. Der sozialistische Lösungsvorschlag ist ungeeignet
2. Der sozialistische Lösungsvorschlag ist ungerecht, weil gegen das Naturrecht des Sondereigentums gerichtet
a) sowohl im Hinblick auf den einzelnen
b) wie auch im Hinblick auf die Familie
3. Zusammenfassende Kritik: Zerstörung des gesellschaftlichen Lebens
3B. Die wahre Lösung
I. Anteil der Kirche an der Lösung durch Lehre und Tat
1. Die Bedeutung der Kirche in der Arbeiterfrage
2. Ausgangspunkt: der Mensch, wie er ist
3. Klassenkampf keine Naturnotwendigkeit
a) Erfüllung der Gerechtigkeit von seiten der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber
b) Betätigung des übernatürlichen Glaubens und Erfüllung des göttlichen Gebots der Liebe

1. Der Gedanke an das Jenseits
2. Die Almosenpflicht
3. Arbeit und Armut im Lichte des Glaubens
4. Die brüderliche Liebe als Band echter Gemeinschaft
5. Beitrag der Kirche durch tätige Mithilfe
II. Der Anteil des Staates an der Lösung der Arbeiterfrage
1. Außer der Kirche sind die unmittelbar Beteiligten und der Staat zur Mithilfe
II. verpflichtet
2. Aufgabe des Staates ist das Gemeinwohl
3. Die Arbeiterfrage als besondere Aufgabe des Staates
4. Die subsidiäre Funktion des Staates im Hinblick auf die allgemeine Wohlfahrt

5. Einzelne Aufgaben des Staates
a) Sicherung des Sondereigentums
b) Beseitigung der Ursachen des Streites
c) Schutz der geistigen Güter
d) Schutz der irdischen Güter durch entsprechendesArbeitsrecht
e) Der Staat als letzte Instanz in der Frage der Lohngerechtigkeit
f) Eigentum für alle, besonders für die Arbeiterschicht als wichtiges Ordnungsprinzip der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik

III. Eigenleistung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Lösung der Arbeiterfrage
1. Bedeutung der Vereinigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern
2. Naturrechtliche Begründung dieser vorstaatlichen Gesellschaftsgebilde
3. Gleiches vorstaatliches Recht der religiösen Vereinigungen
4. Notwendigkeit christlicher Arbeitnehmerverbände
5. Die lobenswerte geistige und materielle Hilfe, die von seiten der Arbeitnehmerverbände geleistet wird

III.6. Der christliche Glaube als Grundlage und letztes Ziel der Arbeitnehmer verbände
7. Die einzelnen im gemeinsamen Bestreben zu verwirklichenden sozialen Aufgaben

8. Der zu erwartende soziale Segen der katholischen Arbeitgeberverbände

Schluß: Zusammenfassende Ermahnungen

(Die geistesgeschichtlichen Hintergründe ..., S.223 ff)

Rerum Novarum: Die Furcht des Papstes vor der Revolution und die Schwierigkeit, sie zu verhindern

„Gelegentlich haben wir schon mehrmals diese Angelegenheit berührt; im vorliegenden Schreiben aber wollen wir aus dem Verantwortungsbewußtsein unseres Apostolischen Amtes heraus die ganze Frage eigens und ausdrücklich behandeln. Wir möchten jene Grundsätze aufleuchten lassen, die anzuwenden sind, um den sozialen Streit nach Wahrheit und Billigkeit zu schlichten.

Fürwahr ein schwieriges und nicht ungefährliches Unternehmen. Schwierig ist es nämlich, die Rechte und Pflichten zu umreißen, die Besitzende und Nichtbesitzende, Kapital und Arbeit beiderseitig zusammenhalten sollen. Und gefährlich ist eine derartige Auseinandersetzung, weil sie da und dort in agitatorischer und verschlagener Weise dahin verfälscht wird, daß man die vernünftige Einsicht verkehrt und die Massen zum Umsturz aufhetzt."

Ein alter Trick: Im Sozialismus werden die Arbeiter enteignet.

„Erstens ist es nämlich einleuchtend, daß der Arbeiter, der seine Arbeitskraft in einem Erwerbszweig betätigt, gerade dies will und vor allem bezweckt, daß er ein Einkommen, und zwar als persönliches Eigentum, sich verschafft. Er erwirbt auf Grund seiner Arbeitsleistung einen wahren und vollkommenen Rechtsanspruch nicht nur auf den Lohn, sondern auch auf die freie Verfügung des Lohnes, da er ja gerade um des zur Lebensnotdurft und Lebensgestaltung nötigen Einkommens willen Kraft und Können einem anderen zur Verfügung stellt. Wenn er also durch bescheidene Lebenshaltung Ersparnisse macht und sie wegen der größeren Sicherheit in einem Grundstück anlegt, so ist ganz gewiß ein derartiges Grundstück nichts anderes als der Lohn, lediglich in neuer Form; und so bleibt auch das gekaufte Grundstück ebenso gut in der Verfügungsmacht des Arbeiters wie der Lohn, der Ertrag seiner Arbeit. Nun aber liegt bekanntlich gerade in dieser Verfügungsmacht das Eigentumsrecht an beweglichen und unbeweglichen Gütern. Wenn also der Sozialismus jedes Sondereigentum in Gemeindeeigentum überführen will, so verschlechtert er gerade die Lage der Lohnarbeiter. Da er ihnen nämlich das Recht, den Lohn frei anzulegen, nimmt, beraubt er sie der Aussicht und Möglichkeit, ihre Habe zu vermehren und nutzbringender zu verwenden."

„Der Mensch unterscheidet sich vom Tier durch den Geist und das Privateigentum"

„Was aber zweitens noch mehr gegen das vom Sozialismus vorgeschlagene Heilmittel spricht, ist seine offenbare Ungerechtigkeit. Das Recht auf Sondereigentum ist nämlich ein dem Menschen von Natur zustehendes Recht. Auch in diesem Punkte unterscheidet sich der Mensch wesentlich vom Tier.

Was uns so sehr erhebt und den Menschen zum Menschen macht und ihn seinem ganzen Wesen nach vom Tier unterscheidet, ist das geistige Leben. Und weil nun der Mensch unter allen animalischen Lebewesen allein ein Geistwesen ist, so kommt ihm zu, daß er die Erdengüter nicht nur wie die anderen Lebewesen gebrauchen, sondern auch zu unverrückbarem und dauerndem Eigen haben darf; dies gilt nicht nur von Dingen des unmittelbaren Verbrauchs, sondern auch von den dauerhaften Gebrauchsgütern.

Ein weiteres Eindringen in das Wesen der Menschennatur macht den Sachverhalt noch klarer. Der Mensch umfaßt nämlich geistig unzählige Dinge und verknüpft die gegenwärtigen mit den zukünftigen; er ist ferner Herr seiner Handlungen und verfügt somit in Unterordnung unter die ewige Weltordnung und unter die lenkende Hand der weisen Vorsehung Gottes mit Vorbedacht und Überlegung über sich selbst. Darum ist es ihm auch gegeben, die Gegenstände seines Bedarfs nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft vorsorgend und nach eigenem Ermessen auszuwählen. Daraus ergibt sich aber, daß der Mensch nicht nur über die Erträge des Bodens, sondern auch über den Boden selbst die Verfügungsmacht haben muß; denn die Ertragsfähigkeit des Bodens ist es ja gerade, die ihm die Befriedigung auch seiner zukünftigen Bedürfnisse sicherstellt."

Die „Unfähigkeit der Arbeiterklasse" dient zur Rechtfertigung des staatlichen Unterdrückungsapparates

"Mithin ist es ein gewaltiger und verderblicher Irrtum zu fordern, daß das Gutdünken der staatlichen Gewalt bis ins Innerste von Haus und Heim regiert. Allerdings, wenn eine Familie sich in schwerster Bedrängnis und Ratlosigkeit befände, aus der sie sich in keiner Weise mit eigener Kraft befreien kann, dann ist es gewiß am Plazte daß das Gemeinwesen diesem äußersten Notstand abhilft; denn die Familie ist ein Teil des Staates. Ebenso soll der Staat eingreifen und jedem sein Recht sichern, wenn etwa innerhalb der häuslichen Gemeinschaft eine heillose Verwirrung der gegenseitigen Rechte eingetreten wäre. Aber dies geschieht dann vom Staat aus nicht, um sich Rechte seiner Bürger anzueignen, sondern um diese Rechte durch berechtigte und pflichtschuldige Schutzmaßnahmen sicherzustellen. So weit und nicht weiter können die Träger der Staatsgewalt gehen; es ist die Natur, die ihnen diese Grenze setzt. Die väterliche Gewalt ist eben so, daß sie weder vernichtet werden noch in der staatlichen Gewalt aufgehen kann; denn die väterliche Gewalt hat denselben und gleichen Ursprung wie das Leben des Menschen selbst."

Ursache für die elende Lage der Arbeiterklasse ist nicht der Kapitalismus sondern der Sündenfall. „Aus der Eintracht entstehen Schönheit und Ordnung der Welt!"

"Hinsichtlich körperlichen Arbeit ist zu sagen daß im Stand der Unschuld der Mensch gewiß nicht untätig gewesen wäre. Aber was er damals zu seiner inneren Befriedigung und in Freiheit gewünscht hätte, dazu hat ihn nunmehr die Notwendigkeit, für die Schuld zu sühnen, gezwungen, und zwar verbunden mit dem Bewußtsein einer Last. „Verflucht sei die Erde in deinem Werke; mit Arbeit sollst du von ihr essen alle Tage deines Lebens." (Gn 3,17)

Ebenso werden auch die übrigen Beschwernisse auf dieser Erde nie aufhören, weil die schlimmen Folgen der Sünde immer auf dem Menschen mit voller Wucht lasten und ihn bis zum letzten Atemzug begleiten. So ist Leiden und Dulden Menschen Los; mag die Menschheit auch noch so viel unternehmen, sie wird nimmer, mit keiner Kraftanstrengung und mit keinem Verfahren es dahin bringen, daß das menschliche Dasein von jedem Druck freiwird. Wer derartiges dennoch verspricht und dem armen Volke ein Leben ohne Leid und Beschwerde in satter Ruhe und stetem Genuß vorspiegelt, vermehrt die Qual des Volkes und treibt es in einem Trug, der nur noch größere Übel als die gegenwärtigen entfesseln wird. Das Beste ist eben, den Menschen und seine tatsächliche Beschaffenheit zu nehmen, wie sie sind, und das Heilmittel auf anderen Wegen zu suchen.

Ein weiterer Grundfehler bei der Behandlung unserer Frage ist die Vorstellung daß die eine Schicht gleichsam von selbst in einem Gegensatz gegen die andere Schicht sei, gerade so, als ob die Natur die besitzende und die nichtbesitzende Klasse zu einem andauernden Zweikampf bestimmt habe. Dies widerspricht ganz und gar jeder Vernunft und Wahrheit. Im Gegenteil:wie im Körper die verschiedenen Glieder zu einem Zustand der Ordnung zusammenwirken – man spricht dann von Symmetrie – so hat die Natur auch das Leben des Staates derart eingerichtet, daß jene zwei Klassen einträchtig zusammenwirken und in ihrer gegenseitigen Entsprechung eine Gleichgewichtslage der Gesellschaft herbeiführen sollen. Die eine bedarf durchaus der anderen; das Kapital bedarf der Arbeit und die Arbeit des Kapitals. Aus der Eintracht entstehen Schönheit und Ordnung der Welt, dagegen kommen aus dem ständigen Kampf Verrohung und Verwirrung. Im Christentum liegen nun aber wunderbare und mannigfache Kräfte, um diesen Kampf zu schlichten, ja sogar seine Wurzeln zu beseitigen.

Zunächst kann die religiöse Lebensauffassung, deren Hüterin und Lehrerin die Kirche ist, Besitzende und Nichtbesitzende miteinander versöhnen, indem sie nämlich beide Teile zu ihren wechselseitigen Pflichten zurückruft; vor allem kommen hier die Pflichten der Gerechtigkeit in Betracht.

Folgende Pflichten berühren den Lohnarbeiter: er soll zu dem, was in seinem Arbeitsvertrag mit Freiheit und Gerechtigkeit abgemacht ist, voll und ganz stehen; er soll sich im Arbeitsverhältnis jed · Sachbeschädigung und auch persönlichen Verletzungen des Arbeitgebers enth .en; bei der Wahrnehmung seiner Interessen soll er nicht zu Gewalttätigkeiten greifen und Empörung anzetteln; er soll nicht gemeinsame Sache machen mit verbrecherischen Menschen, die in wohlgesetzten Reden das Blaue vom Himmel versprechen und schließlich ihren Gläubigen allzu späte Reue und die Scherben von Hab und Gut zurücklassen."

(aus: Jostock, Die sozialen Rundschreiben, S. 11 ff)

1. Der feudale Eigentumsbegriff ist für die schrankenlose Entfaltung des Kapitalismus hinderlich. Leo rückt die kirchliche Lehre zurecht.

„Die Erde spendet zwar in großer Fülle das, was zur Erhaltung und zur Vervollkommnung des irdischen Daseins nötig ist, aber sie kann es nicht aus sich spenden, d.h. nicht ohne Bearbeitung und Pflege durch den Menschen. Indem der Mensch an die Gewinnung der Güter der Natur körperlichen Fleiß und geistige Sorge setzt, macht er sich eben dadurch den bearbeiteten Teil zu eigen, es wird letzerem sozusagen der Stempel des Bearbeiters aufgedrückt. Also entspricht es durchaus der Gerechtigkeit, daß dieser Teil sein eigen sei und sein Recht darauf unverletzlich bleibe.

Die Beweiskraft des Gesagten ist so einleuchtend, daß es nur Verwunderung erwecken kann, veraltete Theorien vortragen zu hören. Man behauptet nämlich, eigentliches Bodeneigentum sei gegen die Gerechtigkeit, und nur die Nutznießung des Bodens oder Teile desselben könne den einzelnen zustehen, die Scholle des Herrn, welche seine Anlagen und Baulichkeiten trägt, sei nicht sein eigen, und der Acker, den der Landwirt als den seinen bearbeitet, gehöre nicht ihm... Man will nicht sehen, daß dies ebensoviel heißt, wie einen Raub ausführen an dem, was durch die Arbeit erworben ist. Jenes früher wüste Erdreich hat doch durch den Fleiß der Bebauer und durch ihre kundige Behandlung die Gestalt völlig verändert; es ist aus Wildnis fruchtbares Ackerland, aus verlorener Öde ein ergiebiger Boden geworden... Wie die Wirkung ihrer Ursache folgt, so folgt die Frucht der Arbeit als rechtmäßiges Eigentum demjenigen, der die Arbeit vollzogen hat."

(Rerum Novarum, Nr. 7)

Das Erfurter Programm zum Privateigentum

„Das Privateigentum an den Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter – Kapitalisten, Großgrundbesitzer – in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen.
Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln... in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde."

(Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1967)

2. Spaltung der Arbeiterklasse

Arbeiterwohl.

Organ des Verbandes

katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde.

Redigirt vom General-Secretair

Franz Hitze.

1881. Erster Jahrgang. Drittes Heft. **März.**

Die Arbeiterkasse.

Jede Fabrik repräsentirt eine sociale Körperschaft. Sie soll eine „Familie" bilden, wo die Gemeinsamkeit des Arbeitens auch persönliche Bande stiftet, die Gefühle persönlicher Freundschaft und Fürsorge die Arbeitenden unter sich wie mit dem Herrn verknüpfen. Wie Knecht und Magd, so sollen auch die Arbeiter — wenn auch in weiterem Sinne — sich als zum „Hause" des Herrn gehörig betrachten und betrachten dürfen. „Familiär" sollen sie sich nahe stehen.

Gewiß ist das ein Ideal, das nie in seiner Reinheit erreicht ist und auch nie vollkommen erreicht werden wird. Wenn wir dieses Ideal aufstellen, so wissen wir recht gut, daß namentlich unsere auf die Concurrenz und absolute „Arbeitsfreiheit" aufgebaute Gesellschaftsordnung eine adäquate Realisirung nicht erhoffen läßt und gerade unsere Arbeiter selbst diesem Ideal noch fern stehen. Allein der Gedanke ist zu wahr, zu schön und zu christlich, um ihn nicht auszusprechen.

Es ist dasselbe, wie mit dem Gedanken der christlichen Brüderlichkeit. Wir Alle sind „Brüder in Christo", so wahr wie der „Menschensohn" unser Bruder und Gott unser Vater ist. Es ist das nicht bloß Phrase, sondern greifbare Wahrheit, und es bleibt Ideal, Aufgabe der Kirche, diese „Kindschaft" Gottes und gegenseitige „Brüderlichkeit" der Menschen immer mehr zur Ausgestaltung im Leben zu bringen. Wenn man die wirkliche Welt betrachtet, so sollte man an dem Ideal verzweifeln. Aber das hält die Kirche nicht ab, stets wieder das Ideal den Menschen vor die Seele zu führen, und sie verhütet so nicht bloß das totale Versinken der Menschheit in den groben Egoismus, sondern führt auch einzelne Seelen zu der vollen Höhe des Ideals.

Leo fordert nicht Koalitionsfreiheit für die Arbeiterklasse, sondern staatliche Kontrolle über die Gewerkschaften; religiöse Vereine sollen nicht angetastet werden

„Die Vereinigungsfreiheit beruht auf dem Naturrecht; dieses aber kann der Staat nicht zerstören, im Gegenteil, es ist seine Aufgabe, das Naturrecht zu sichern. Wenn ein Staat trotzdem solche Vereinigungen verbietet, so verstößt er gegen sein eigenes Prinzip, da er ja selbst ebenso wie die privaten Vereinigungen der Staatsbürger lediglich aus dem Naturtrieb der Menschen zur gegenseitigen Vereinigung stammt.

Freilich hat der Staat in Einzelfällen durchaus das Recht, gegen solche Vereinigungen vorzugehen; z.B. wenn sie Ziele vertreten, die ganz offen gegen Recht und Sittlichkeit oder sonst gegen das Gemeinwohl sich wenden. Hat also der Staat das Recht, das Entstehen solcher Vereine zu verhindern und bestehende aufzulösen, so hat er doch andererseits die schwere Pflicht, alles zu unterlassen, was nach einem Eingriff in die Rechte der Bürger aussieht.

Unter dem Vorwand der notwendigen Sicherung öffentlicher Interessen darf er sich durchaus nicht zu Maßnahmen treiben lassen, die vor der Prüfung der Vernunft nicht standhalten. Nur die Übereinstimmung mit der vernünftigen Ordnung und damit mit dem ewigen Gesetze Gottes sichert dem Gesetz und den Anordnungen des Staates den inneren Gehorsam.

Hier ist auch der Ort auf die vielen Genossenschaften und religiösen Gemeinschaften die Aufmerksamkeit zu lenken, die ihr Dasein der Bevollmächtigung durch die Kirche und der frommen Gesinnung der Gläubigen verdanken; die Staatsgewalt besitzt kein Recht über sie und kann auch nicht die äußere Verwaltung dieser Vereinigungen an sich bringen; vielmehr ist es die Pflicht des Staates, den religiösen Verbänden mit Achtung zu begegnen, sie zu stützen und nötigenfalls auch zu schützen."

Christliche Arbeitervereine – mit dem Evangelium gegen die Sitten- und Maßlosigkeit der Arbeiterklasse

„In unserer Zeit tauchen die mannigfachsten Genossenschaften und Vereine in Arbeiterkreisen auf, und zwar in größerer Zahl als früher. Hier ist nicht der Ort, ihren Ursprung, ihre Zielsetzung und die Wege zu ihrer Entwicklung zu untersuchen. Es ist aber eine durch Tatsachen zu belegende Meinung, daß ihre Führung meistens völlig unkontrollierbar ist, und daß sie eine Art des Vorangehens haben, die weder christlich noch dem Wohl der Allgemeinheit zuträglich ist. Diese Vereinigungen erstreben in den Betrieben in Arbeitsstätten für ihre Leute das alleinige Recht auf Einstellung, um dann diejenigen, die ihrer Gruppe nicht beitreten wollen, dafür durch die Not der Arbeitslosigkeit büßen zu lassen. Diese Sachlage zwingt die christlich gesinnten Arbeiter zur Entscheidung, ob sie nämlich diesen für das religiöse Leben gefährlichen Verbänden beitreten, oder ob sie in ihren Reihen sich fester zusammenschließen wollen, um mit vereinten Kräften und fester Entschlossenheit sich von jeher ungerechten und unerträglichen Knechtung frei zu machen. Ganz gewiß ist das Letztere vorzuziehen. Wer kann da überhaupt noch Bedenken haben, wenn er den Nächsten nicht in seinen höchsten Gütern einer unmittelbaren Gefahr überliefern will?
"In lobenswerter Weise untersuchen katholische Männer, die einen klaren Blick für die Zeitforderungen haben, theoretisch und praktisch die Wege, um im Einklang mit den Normen des Sittengesetzes die Lage der Lohnarbeiterschaft zu heben. Sie haben es unternommen, sich ihrer anzunehmen, und sie bemühen sich, bei ihnen das Wohl der Familie wie auch das der Individuen zu fördern. Ferner wollen sie die Bande, die das Verhältnis von Arbeiter und Arbeitgeber knüpfen, nach den Normen der Rechtlichkeit gestalten. Sie wollen in beiden Schichten das Bewußtsein der Berufspflicht und die treue Beobachtung der Gebote des Evangeliums nähren und stärken. Die Gebote halten ja den Menschen in den Schranken der Maßhaltung und der Selbstbeherrschung und sichern somit einträchtig gesellschaftliche Beziehungen zwischen Menschen, die in so sehr verschiedener Lebenslage sind.

Was soll es denn auch dem Arbeiter einbringen, wenn er durch seine Vereinigung irdischen Wohlstand gesucht hat, wenn er aber dann wegen der materiellen Wünsche das Heil seiner Seele in Gefahr brächte: „was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber an seiner Seele Schaden leidet?" (Mt. 16,26)

Man möge den Arbeiter zur Gottesverehrung und zur eifrigen Pflege der Frömmigkeit namentlich zur Heilighaltung der religiösen Feiertage anregen. Er soll die Kirche als die gemeinsame Mutter aller mit Ehrfurcht und Liebe zu betrachten lernen; ebenso soll er ihre Gebote halten und häufig die heiligen Sakramente empfangen, da sie ja die von Gott gegebenen Mittel sind, um die Seele immer mehr zu reinigen und zu heiligen."

(Jostock, Die sozialen Rundschreiben, S.69 ff)

Christliche Liebe zur Überwindung des Klassenkampfes

„Statuten des Vereins Arbeiterschutz München (von 1895)
§ 1 ...
a) die geistige Ausbildung seiner Mitglieder zu pflegen und in allen wirtschaftli-

chen Fragen Aufklärung zu verschaffen; ganz besonders auf Abstellung von etwaigen bestehenden Mißständen in Fabriken, Werkstellen, auf Bau- und Zimmerplätzen etc. energisch zu dringen;
b) die Gründung von Fachsektionen zu fördern;
c) das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf den Boden des christlichen Rechts und der christlichen Liebe zu stellen und eine genossenschaftliche Gestaltung der einzelnen Gewerbe anzustreben;
d) in Rechtsstreitfragen, welche die Berufsangelegenheiten betreffen, Beistand zu gewähren;
e) wenn es die Mittel erlauben, zureisenden katholischen Arbietervereinsmitgliedern Reiseunterstützung zu geben, eventuell für deren billige Unterkunft zu sorgen."

(F.Prinz, Kirche und Arbeiterschaft, 1974, S.203)

Arbeiterkoalitionen gegen die Bourgeoisie

"Das Proletariat macht verschiedene Entwicklungsstufen durch. Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz.

Im Anfang kämpfen die Arbeiter eines Industriezweiges, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet.

Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse. Massenhaftes Zusammenhalten der der Arbeiter ist noch nicht die Folge ihrer eigenen Vereinigung, sondern die Folge der Vereinigung der Bourgeoisie, die zur Erreichung ihrer eigenen politischen Zwecke das ganze Proletariat in Bewegung setzen muß und es einstweilen noch kann.

Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat, es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr. Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt. Die wachsende Konkurrenz der Bourgeois unter sich und die daraus hervorgehenden Handelskrisen machen den Lohn der Arbeiter immer schwankender; die immer rascher sich entwickelnde, unaufhörliche Verbesserung der Maschinerie macht ihre ganze Lebensstellung immer unsicherer; immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. Die Arbeiter beginnen damit, Koalitonen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Stellenweis bricht der Kampf in Emeuten aus.

Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht unmittelbarer Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampfe zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf aber ist ein politischer Kampf. Um die Vereinigung, zu der die Bürger des Mittelalters mit ihren Vizinalwegen Jahrhunderte bedurften, bringen die modernen Proletarier mit den Eisenbahnen in wenigen Jahren zustande.

Diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie entsteht immer wieder, stärker, fester, mächtiger. Sie erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform, indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benutzt. So die Zehnstundenbill in England".

(Marx / Engels: Werke, Bd. 4, S.470-474)

CGB – Angriff auf die Einheitsgewerkschaft „Christlich-sozial, nicht sozialistisch

"Die Verabschiedung der Grundsätze des christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) auf einem außerordentlichen Bundeskongreß am 13. und 14. April 1964 in Bonn war eine eindrucksvolle Widerlegung der Gerüchte über die bevorstehende Fusion der christlichen Gewerkschaften mit dem DGB. Ungeachtet aller Identität der Arbeitnehmerinteressen in den praktischen Fragen der täglichen Gewerkschaftspolitik zeigt dieses Programm, daß die Politik der christlichen Gewerkschaften von einem anderen Ordnungsbild ausgeht als die der DGB-Gewerkschaften. Schon das Bekenntnis zu einer sozialpartnerschaftlichen Haltung und die Ablehnung des Klassenkampfes, wie sie im übrigen bereits in den Mainzer Leitsätzen der alten christlichen Gewerkschaften von 1899 verkündet wurden, unterscheidet den CDB von den DGB-Gewerkschaften. Unmißverständlich wird der politische Streik abgelehnt. Und während die DGB-Gewerkschaften sich als den ‚entscheidenden Integrationsfaktor der Demokratie' und als unentbehrliche Kraft für eine demokratische Fortentwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ansehen, erklären die christlichen Gewerkschaften, weder Gegenspieler des Staates noch Ersatz für Parteien und Parlament sein zu wollen. Die christlichen Gewerkschaften haben seit ihrer Neugründung die Politik der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von der CDU/CSU vertreten wird, mitgetragen. Auch damit stehen sie im Gegensatz zu den DGB-Gewerkschaften, deren neues Grundsatzprogramm nur ein widerwilliges Ja zur Marktwirtschaft sagt, das überdies durch die geforderten Planungs- und Lenkungsmaßnahmen weitgehend wieder aufgehoben wird. Anders als die DGB-Gewerkschaften lehnt der CGB jede Sozialisierung grundsätzlich ab. Von der Mitbestimmung wird gefordert, sie müsse betriebsnah sein und dürfe keine neuen Abhängigkeiten schaffen.

In den konkreten Fragen der Gewerkschaftspolitik geht der CGB von der Eigentums- und Familienpolitik aus, die in den Vorstellungen des DGB keine Rolle spielen. Während die DGB Gewerkschaften in einer „aktiven" Lohn- und Gehaltspolitik das Mittel zu einer breiteren Vermögensstreuung sehen, vertreten die christlichen Gewerkschaften die Auffassung, daß auf dem Weg über den Konsumlohn allein eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens und -vermögens nicht herbeigeführt werden könne. Eine Korrektur zugunsten der Arbeitnehmerschaft ließe sich nur in dem Maße verwirklichen, wie spezielle Teile des Lohneinkommens in die Spar- und Kapitalbildung fließen. Deshalb sollte es gesetzlich ermöglicht werden, daß die Tarifpartner vermögenswirksame Ertragsbeteiligungen der Arbeitnehmer, aber auch einen Investivlohn vereinbaren. Wenig durchdacht erscheint die Theese, daß sich die Tarifpolitik nicht allein am Produktivitätszuwachs orientieren könne, da der „gerechte Anteil am Sozialprodukt noch nicht erreicht" sei."

Die in der Zwischenzeit erreichte Zahl von etwa 230000 Mitgliedern hat manche hochgespannten Erwartungen enttäuscht. Der hohe Anteil der Jugendlichen an diesen Mitgliedern berechtigt jedoch ebenso wie die Aktivität der örtlichen Organisationen zur Hoffnung auf ein weiteres stetiges Wachstum. Der während der letzten Monate wieder sichtbar werdende aktive Einsatz der DGB Gewerkschaften zugunsten der SPD im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf 1965 wird ein übriges tun, Illusionen über einen neuen Weg der DGB Gewerkschaften und verbesserte Möglichkeiten für eine Mitarbeit christlich sozialer Kräfte in ihnen zu zerstören.

Selbständige christliche Gewerkschaften sind schon allein durch ihre Existenz, auch wenn ihre Mitgliederzahl an die des DGB noch nicht heranreicht, von beträchtlicher Bedeutung. Sie stellen eine „andere Möglichkeit" dar, die von der Einheitsgewerkschaft berücksichtigt werden muß."

(„Rheinischer Merkur", Köln 17.4. 1964; aus: CGB – Weg und Ziel, Leitsätze des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands, S. 90ff)

1931, Pius XI: Ersetzung der Gewerkschaften durch berufsständische Organisationen – für die faschistische Volksgemeinschaft

„In heißem Bemühen aber müssen Staatsmänner und gute Staatsbürger dahin trachten, aus der Auseinandersetzung der Klassen zu einträchtiger Zusammenarbeit der Stände uns emporzuarbeiten. Erneuerung einer ständischen Ordnung ist also das gesellschaftspolitische Ziel. Bis zur Stunde dauert ja der unnatürlichgewaltsame Zustand der Gesellschaft fort und ermangelt infolgedessen der Dauerhaftigkeit und Festigkeit, ist doch die heutige Gesellschaft geradezu aufgebaut auf der Gegensätzlichkeit der Interessenlagen der Klassen und damit auf dem Gegensatz der Klassen selbst, der allzuleicht in feindseligen Streit ausartet ... Die Notwendigkeit schleunigster Abhilfe gegenüber diesem Zustand, der eine Gefährdung der menschlichen Gesellschaft bedeutet, kann niemand verkennen.

Durchgreifende Abhilfe aber hat die Ausräumung dieses Gegensatzes zur Voraussetzung und erscheint kaum anders möglich als dadurch, daß wohlgefügte Glieder des Gesellschaftsorganismus sich bilden, als „Stände", denen man nicht nach der Zugehörigkeit zur einen oder anderen Arbeitsmarktpartei, sondern nach der verschiedenen gesellschaftlichen Funktion des einzelnen angehört. Denn genau, wie die nachbarschaftliche Verbundenheit die Menschen zur Gemeinde zusammenführt, so läßt die Zugehörigkeit zum gleichen Beruf – gleichviel ob wirtschaftlicher oder außerwirtschaftlicher Art – sie zu Berufsständen oder berufsständischen Körperschaften zusammenschließen. Das eine ist so natürlich wie das andere.."

(Quadragesimo Anno, 1931)

3. Ausdehung der Staatstätigkeit

Rerum Novarum: Der Staat als Hüter des Allgemeinwohls

"Daher mögen die verantwortlichen Staatslenker zuerst und vor allem durch den ganzen Aufbau der Gesetzgebung und der Verwaltung dahin streben, daß darauf von selbst das Wohlergehen der Allgemeinheit wie auch der Einzelnen erblühe.

Was aber vor allem die Völker im Staate emporblühen läßt, das ist der rechte Zustand der Sitten, ein wahres und ordentliches Familienleben, der Schutz des reli-

giösen Lebens und des Rechts, ein maßvolles und gerechtes Gebahren im Steuerwesen, der Fortschritt von Gewerbe und Handel, eine blühende Landwirtschaft und derartiges mehr.

Hinzu kommt die ungemein wichtige Feststellung, daß der Staat und der Staatszweck hoch und niedrig im Staatsvolk in gleicher Weise umfaßt. Von Natur aus sind also die Nichtbesitzenden, nicht minder Bürger wie die Besitzenden, d.h. wahre Teile und lebendige Glieder des aus der Gesamtheit der Familien bestehenden Staatskörpers; (...)

Unter den vielen und schweren Pflichten, die eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung zu erfüllen hat, ist mithin eine der ersten, daß sie alle Gruppen der Bürgerschaft in gleicher Weise schützt in peinlicher Wahrung der verteilenden Gerechtigkeit.

Papst Leo spricht der Arbeiterklasse die Fähigkeit ab, ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen

„Wenn auch alle Bürger ohne Ausnahme zur allgemeinen Wohlfahrt beitragen müssen, die dann irgendwie jedem einzelnen wieder zugute kommt, so sind dazu doch nicht alle in gleicher Weise imstande. Innerhalb jeder möglichen Staatsform werden immer Unterschiede in der öffentlichen Geltung der Bürger sein; man kann sogar eine Gesellschaft ohne derartige Unterschiede sich gar nicht vorstellen. Immer muß es Männer geben, die sich unmittelbar dem Staate zur Verfügung stellen, die in der Gesetzgebung, in der Rechtsprechung und auch mit ihrem Rat und ihrem Ansehen in der Verwaltung der Gemeinden oder des Militärwesens sich bestätigen. Jedermann sieht ein, daß diese Männer eine höhere Stellung einnehmen, daß sie bei jedem Volk sehr viel gelten, weil sie eben unmittelbar und in hervorragender Weise dem Gemeinwohl dienen. Die anderen aber, die in der Erzeugung der Güter arbeiten, sind nicht in derselben Weise wie jene und mit denselben Obliegenheiten dem Gemeinwesen dienstbar; dennoch freilich dienen auch sie, wenn auch weniger unmittelbar, dem gemeinen Besten."

Zur Sicherung der Ausbeuterordnung: Staatliche Unterdrückung der Arbeiterbewegung sowie „Humanisierung der Arbeitswelt."

„Friede und Ordnung liegen im öffentlichen wie im privaten Interesse ... Sollten also innere Unruhen drohen durch das Verhalten oppositioneller Arbeitergruppen oder durch gemeinsame Arbeitsniederlegungen, sollten die Familienbande innerhalb der Lohnarbeiterschaft sich lockern, sollte das religiöse Leben bei den Arbeitern leiden, weil man sie sich ihm nicht genügend widmen läßt, sollte in den Betrieben eine Gefahr für die Sittlichkeit drohen durch die gemeinsame Arbeit der Geschlechter oder durch andere zur Sünde verführende Gelegenheiten, sollten die Arbeitgeber die Arbeiter durch zu schwere Lasten bedrücken oder sie unter Arbeitsbedingungen stellen, die menschenunwürdig sind, sollte die Gesundheit leiden durch übermäßige Arbeit oder eine Arbeit, die dem Alter oder Geschlecht nicht angepaßt ist, so müßten in allen diesen Fällen in den gegebenen Grenzen die Macht und die Autorität der Gesetzgebung einschreiten. Die Ursache, die das Einschreiten der Gesetzgebung verlangt, bestimmt dann auch diese Grenzen, d.h. die Gesetzgebung soll nicht mehr auf sich nehmen und nicht weiter gehen, als die Abstellung von Schäden oder die Beseitigung einer Gefahr erfordern.

Die Rechte eines jeden, wer immer er auch sei, sind heilig zu halten. Die öffentliche Gewalt muß dafür sorgen, daß jedem das Seine bleibt, indem sie alle Ungerechtigkeiten abwehrt oder bestraft.

Auf einiges von großer Wichtigkeit müssen wir noch im Einzelnen eingehen. Grundlegend ist, daß öffentliche Gewalt und Gesetzgebung des Sondereigentum schützen. Vor allem ist niemals der Boden des Rechts zu verlassen, gerade wenn leidenschaftliche Wünsche im Volk aufflammen. Denn wenn es auch erlaubt ist, ohne Verletzung der Rechte anderer, nach einer Besserstellung zu streben, so ist es dennoch ein Unrecht, dem anderen das Seinige wegzunehmen und unter dem Vorwand einer unsinnigen Gleichmacherei in Hab und Gut des Nächsten einzudringen; dies kann auch nicht im Interesse aller liegen. Ganz gewiß will der bei weitem größte Teil der Arbeiterschaft in anständiger Arbeit seine Lage verbessern, ohne Rechtsverletzung gegenüber irgend jemand; dennoch aber suchen nicht wenige Menschen, die in falschen Ideen ganz befangen und einem neuerungssüchtigen Radikalismus verfallen sind, die Massen auf jede Weise zu verhetzen und auch die anderen zu Gewalttätigkeiten zu verleiten. Hier muß die Autorität des Staates eingreifen, die Hetzer in Schranken zu halten und so verhindern, daß verderbliche Machenschaften die anständige Gesinnung der Arbeiterschaft und daß die Gefahr der Beraubung den rechtmäßigen Besitz bedroht.

Oft schreiten die Arbeiter zu gemeinsamer Arbeitsniederlegung, weil ihnen die Arbeit zu schwer, die Arbeitsdauer zu lang und die Entlohnung zu niedrig scheint. Diesem Mißstand, der ziemlich häufig und schwerwiegend geworden ist, sollte man öffentlicherseits abhelfen, weil dieses Verfahren nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer schädigt, sondern auch ein Schaden für die Wirtschaft und das Allgemeinwohl ist. Ferner ist dies erfahrungsgemäß häufig Anlaß zu Gewalttaten und stört so den Frieden im Staate. Die erfolgreichste und beste Art der Abwehr der Schäden besteht darin, daß man durch entsprechende Verordnungen und Gesetze dem Übel zuvorkommt und sein Aufkommen durch Beseitigung jener Ursachen verhindert, die den Streit zwischen Unternehmerschaft und Arbeiterschaft hervorrufen.

Ferner ist der Staat noch hinsichtlich anderer Punkte den Arbeitern gegenüber zum Schutze verpflichtet, und zwar zunächst hinsichtlich ihrer geistigen Interessen. Ist nämlich auch das irdische Leben ein überaus wertvolles Gut, so liegt doch in ihm nicht unser höchstes Ziel. Man darf es nur als Weg, als Mittel zur Entfaltung des Lebens der Seele betrachten."

(Jostock, Die sozialen Rundschreiben, S. 48 ff.)

Engels über den Staat

„Der Staat", sagt Engels bei der Zusammenfassung seiner geschichtlichen Analyse, „ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebensowenig ist er ‚die Wirklichkeit der sittlichen Idee', ‚das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft', wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einem unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung' halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sie ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat."

(zit. nach Lenin, Staat und Revolution.)

Besuch Kaiser Wilhelms II. bei Papst Leo XIII. im Vatikan 1888

Bismarck: Solange der Staat dem Arbeiter nicht entgegenkommt ...

„Für den Arbeiter ist das immer eine Tatsache, daß der Armut und Armenpflege in einer großen Stadt zu verfallen gleichbedeutend ist mit Elend ... und solange

der Staat ihm da nicht entgegenkommt, oder solange er zu dem Entgegenkommen des Staates kein Vertrauen hat, da wird er, wo er es finden mag, immer zu dem sozialistischen Wunderdoktor laufen und ohne großes Nachdenken sich von ihm Dinge versprechen lassen, die nicht gehalten werden."

(Bismarck im Reichstag zu den Sozialgesetzen 1884, aus: Grundzüge der Geschichte, Ffm., 1973, Quellenband II, S. 80 ff.)

Unter dem Vorwand der Fürsorge verstärkte Einmischung in die Angelegenheiten des Volkes und Unterdrückung

„Wenn aber überhaupt alle Rechte der Staatsangehörigen sorgfältig beachtet werden müssen, und die öffentliche Gewalt darüber zu wachen hat, daß jedem das Seine bleibe, und daß alle Verletzung der Gerechtigkeit abgewehrt werde oder Strafe finde, so muß doch der Staat beim Rechtsschutze zugunsten der Privaten eine ganz besondere Fürsorge für die niedere, besitzlose Masse sich angelegen sein lassen. Die Wohlhabenden sind nämlich nicht in dem Maße auf den öffentlichen Schutz angewiesen, sie haben selbst die Hilfe eher zur Hand, dagegen hängen die Besitzlosen, ohne eigenen Boden unter den Füßen, fast ganz von der Fürsorge des Staates ab. Die Lohnarbeiter also, die ja zumeist die Besitzlosen bilden, müssen vom Staat in besondere Obhut genommen werden.

Doch es sind hier noch einzelne Momente besonders zu betonen. Das erste ist, daß die öffentliche Autorität durch entschiedne Maßregeln das Recht und die Sicherheit des privaten Besitzes gewährleisten muß. Die Bewegung der Masse, wenn in ihr die Gier nach fremder Habe erwacht, muß mit Kraft gezügelt werden. Ein Streben nach Verbesserung der eignen Lage tadelt niemand, aber auf Aneignung fremden Besitzes ausgehen, und dies unter dem törichten Vorgehen, es müsse eine Gleichmachung der Gesellschaft erfolgen, das ist ein Angriff auf die Gerechtigkeit und das Gemeinwohl zugleich. Ohne Zweifel zieht es der allergrößte Teil der Arbeiter vor, durch ehrliche Arbeit und ohne Beeinträchtigung des Nächsten sich zu einer besseren Stellung zu erschwingen. Aber zahlreich sind auch die Unruhestifter, die Verbreiter falscher Ideen, denen jedes Mittel recht ist, um einen Umsturz vorzubereiten und das Volk zur Gewalttätigkeit zu verleiten. Es muß also die Staatsgewalt dazwischentreten, dem Hetzen Einhalt bieten, die friedliche Arbeit vor der Verführung und Aufreizung schützen, den rechtmäßigen Besitz gegen den Raub sicherstellen."

(Rerum Novarum Nr 29 und 30)

Die Forderungen der Arbeiterklasse

„ . . . Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel . . .
Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages.
Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren.

Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
Verbot des Trucksystems.
Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
Sicherstellung des Koalitionsrechtes. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung."

(Erfurter Programm, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1964 S. 85/86)

„Inzwischen wurde um die Jahreswende 1880/81 der amtliche Entwurf zur Unfallversicherung durch den Baares ergänzt und umgearbietet. In den Motiven zur Vorlage hieß es, man müsse die Sozialpolitik, sowohl aus Gründen ‚der Humanität und des Christentums' als auch im Sinne staatserhaltender Politik ignorieren. Soweit sozialistische Elemente eingeführt seien, handle es sich um eine Weiterentwicklung der aus der christlichen Gesittung erwachsenden modernen Staatsidee."

Als Hauptredner der Sozialdemokratie sprach in der Reichstagsdebatte über die Unfallgesetzvorlage August Bebel. Entgegen der Regierungsvorlage forderte er die Ausdehnung der Haftpflicht auf alle Arbeiter, die im Dienst eines Unternehmers stehen, ferner die Bestimmung, daß der Unternehmer die Prämie voll und ganz bezahlen müsse."

(Deutschland 1871-97, Berlin 1967, S. 194)

Pius XI: Hand in Hand mit der faschistischen Bourgeoisie

„Weitaus das bedeutendste kirchenpolitische Ereignis der Regierung Pius XI., das seiner persönlichen Initiative und seinem Wagemut verdankt wird, ist aber die Lösung der Römischen Frage und die Aussöhnung des Papsttums mit dem Königreich Italien. Sie wurde dadurch ermöglicht, daß der Faschismus unter Führung des genialen ‚Duce' Benito Mussolini im Oktober 1922 die Regierungsgewalt an sich brachte und in Bälde alle anderen Parteien beseitigte. Der Faschismus wandte sich von Anfang an gegen die Freimaurerei und nahm eine freundliche Stellung zur Kirche ein, die er freilich in erster Linie als einen nationalen Kulturfaktor einschätzte. Der Religionsunterricht wurde in den Volksschulen wieder obligatorisch gemacht, die Kleriker erhielten die Befreiung vom Militärdienst, Militärgeistliche wurden ernannt, die Kruzifixe in den Schulen, Krankenhäusern und Gerichtsgebäuden wieder zu Ehren gebracht, profanierte Kirchen und Klöster wieder zurückgegeben, die katholischen Feiertage gesetzlich anerkannt. Mussolini erkannte sehr wohl auch die immense Bedeutung eines Ausgleichs der Differenzen mit dem Papsttum zur innenpolitischen Beruhigung und außenpolitischen Stärkung Italiens. Nach 2½ jährigen Verhandlungen kam der Lateranvertrag vom 11.2. 1929 zustande, der den Streit zwischen Vatikan und Quirinal nach über 60-jähriger Dauer beilegte. Er stellt die volle Souveränität des Papstes über einen kleinen Vatikanstaat wieder her, erklärt die Person des Papstes als heilig und unverletzlich, und gesteht ihm aktives und passives Gesandtschaftsrecht zu. Gleichzeitig mit dem Lateranvertrag wurde ein Konkordat zwischen dem Hl. Stuhl und dem italienischen Staat abgeschlossen. Er bestätigt die katholische Religion als die Staatsreligion Italiens."

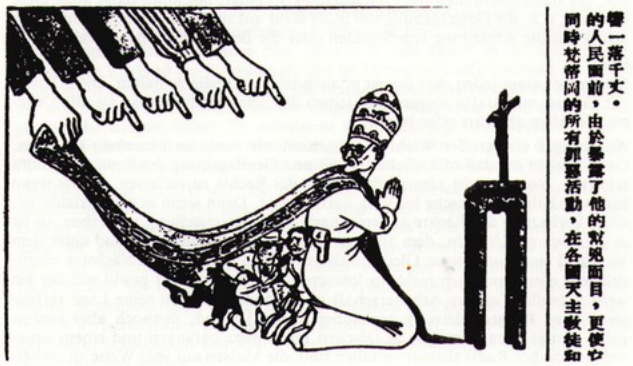
(Funk/Bihlmeyer, Kirchengeschichte, Teil III, S. 426/427, Paderborn 1934)

4. Gegen den Befreiungskampf der Völker der 3. Welt: Rechtfertigung des Kolonialbesitzes und der imperialistischen Ausbeutung.

Kolonialer Raub – als „Ordnung der Eigentumsverhältnisse" abgesegnet

„Daß aber Gott der Herr die Erde dem ganzen Menschengeschlecht zum Gebrauch und zur Nutznießung übergeben hat, dies steht durchaus nicht dem Sonderbesitz entgegen. Denn Gott hat die Erde nicht in dem Sinne der Gesamtheit überlassen, als sollten alle ohne Unterschied Herren über dieselbe sein, sondern insofern, als er selbst keinem Menschen einen besondern Teil derselben zum Besitze angewiesen, vielmehr dem Fleiß der Menschen und den von den Völkern zu treffenden Einrichtungen die Orndung der Eigentumsverhältnissse unter ihnen anheimgegeben hat."

(Rerum Novarum, Nr. 7)



Diese Karikatur haben wir in „Die Wege des Heils", Bildatlas zur Geschichte der Weltmission gefunden. Die Pfaffen haben in einer Anmerkung weinerlich dazu geschrieben:
„Kommunistische Karikatur, die den ‚Imperialismus' des Vatikans brandmarken will, aus einem Pamphlet."
Die Volksrepublik China hat das Land vollständig von den Missionaren gesäubert. 1959 verließ die letzte Missionarin das Land. Sie wurde abgeschoben. Die chinesischen Volksmassen haben alle ehemaligen Schulen der Kirche unter Volkskontrolle gestellt, haben ein Gesundheitswesen aufgebaut, auf dem ganzen Land wirken Barfußärzte, die Massen haben bewiesen, daß sie im Kampf um Unabhängigkeit den Einfluß des Imperialismus ausrotten können. Die „Hilfe" der Missionare, die Einmischung des Imperialismus wurde abgestellt.

Die imperialistische Eroberung in China ...

„... so sende ich Euch nun hinaus, um das Unrecht zu rächen, und ich werde nicht eher ruhen, als bis die deutschen Fahnen, vereint mit denen der anderen Mächte siegreich über den chinesischen wehen und, auf den Mauern Pekings aufgepflanzt, den Chinesen den Frieden diktieren. Russen, Engländer, Franzosen, wer es auch sei, sie fechten alle für die eine Sache, für die Zivilisation. Wir denken noch an etwas Höheres, an unsere Religion und die Verteidigung und den Schutz unserer Brüder da draußen, die zum Teil mit ihrem Leben für ihren Heiland eingetreten sind."

(Rede Wilhelms II. an das deutsche Expeditionskorps vor dessen Ausreise nach China)

Nach Gründung der UNO unabhängig gewordene ehemalige Kolonialstaaten und ihre Aufnahme in die UNO

Land	ehemalige Kolonialmacht	Bevölkerung* in Tsd	Unabhängigkeitsdatum	Aufnahme in die UNO
Philippinen	USA	18 786	4. Juli 1946	24. Oktober 1945
Indien	Großbritannien	345 085	15. August 1947	Gründungsmitglied
Pakistan	Großbritannien	73 600	15. August 1947	Gründungsmitglied
Burma	Großbritannien	18 119	4. Januar 1948	19. April 1948
Ceylon	Großbritannien	7 244	4. Februar 1948	19. April 1948
Indonesien	Niederlande	73 700	17. August 1945	28. September 1952
Libyen	Italien	1 086	24. Dezember 1951	14. Dezember 1955
Laos	Frankreich	2 200	11. Mai 1947	14. Dezember 1955
Kampuchea	Frankreich	4 400	9. November 1953	14. Dezember 1955
Sudan	Großbritannien	10 522	1. Januar 1956	12. November 1956
Marokko	Frankreich	10 396	2. März 1956	12. November 1956
Tunesien	Frankreich	3 963	20. März 1956	12. November 1956
Ghana	Großbritannien	6 250	6. März 1957	8. März 1957
Malaysia	Großbritannien	6 290	22. August 1957	17. September 1957
Guinea	Frankreich	2 896	2. Oktober 1958	12. Dezember 1958
Kamerun	Frankreich	4 700	1. Januar 1960	20. September 1960
Senegal	Frankreich	3 170	4. April 1960	28. September 1960
Togo	Frankreich	1 440	27. April 1960	20. September 1960
Madagaskar	Frankreich	5 393	26. Juni 1960	20. September 1960
D.R. Kongo	Belgien	14 139	30. Juni 1960	20. September 1960
Somalia	Großbritannien	2 010	1. Juli 1960	20. September 1960
Dahomey	Frankreich	2 050	1. August 1960	20. September 1960
Niger	Frankreich	2 876	3. August 1960	20. September 1960
Obervolta	Frankreich	4 340	5. August 1960	20. September 1960
Elfenbeinküste	Frankreich	3 230	7. August 1960	20. September 1960
Tschad	Frankreich	3 070	11. August 1960	20. September 1960
Zentr. Afr. Rep.	Frankreich	1 230	13. August 1960	20. September 1960
Kongo (Br.)	Frankreich	773	15. August 1960	20. September 1960
Zypern	Großbritannien	573	16. August 1960	20. September 1960
Gabun	Frankreich	446	17. August 1960	20. September 1960
Mali	Frankreich	4 140	22. September 1960	28. September 1960
Nigeria	Großbritannien	52 000	1. Oktober 1960	7. Oktober 1960
Mauritius	Frankreich	970	28. November 1960	27. Oktober 1960
Sierra Leone	Großbritannien	2 252	27. April 1961	27. September 1961
Tansania	Großbritannien	9 421	9. Dezember 1961	14. Dezember 1961
Algerien	Frankreich	11 206	5. Juli 1962	8. Oktober 1962
Burundi	Belgien	3 025	1. Juli 1962	18. Dezember 1962
Rwanda	Belgien	2 840	1. Juli 1962	18. Dezember 1962
Jamaika	Großbritannien	1 661	6. August 1962	18. Dezember 1962
Trinidad u. Tobago	Großbritannien	893	31. August 1962	18. September 1962
Uganda	Großbritannien	7 016	9. Oktober 1962	25. Oktober 1962
Kuwait	Großbritannien	322	19. Juni 1961	14. Mai 1963
Kenia	Großbritannien	8 847	12. Dezember 1963	16. Dezember 1963
Malawi	Großbritannien	3 845	6. August 1964	1. Dezember 1964
Malta	Großbritannien	324	21. September 1964	1. Dezember 1964
Sambia	Großbritannien	3 600	24. Oktober 1964	1. Dezember 1964
Gambia	Großbritannien	330	18. Februar 1965	21. September 1965
Malediven	Großbritannien	98	26. Juli 1965	21. September 1965
Singapur	Großbritannien	1 865	9. August 1965	21. September 1965
Guyana	Großbritannien	662	26. Mai 1966	20. September 1966
Botswana	Großbritannien	660	30. September 1966	17. Oktober 1966
Lesotho	Großbritannien	865	4. Oktober 1966	17. Oktober 1966
Barbados	Großbritannien	245	30. November 1966	9. Dezember 1966
Südjemen	Großbritannien	1 170	1. Dezember 1967	14. Dezember 1967
Mauritius	Großbritannien	795	12. März 1968	24. April 1968
Swaziland	Großbritannien	385	6. September 1968	24. September 1968
Aquatorial-Guinea	Frankreich	277	12. Oktober 1968	12. November 1968
Fidschi	Großbritannien	560	1970	13. Oktober 1970
Bahrain	Großbritannien	240	14. August 1971	9. Dezember 1971
Oman	Großbritannien	750	1951	7. Oktober 1971
Ver. Arab. Emirate	Großbritannien	225	2. Dezember 1971	9. Dezember 1971
Bahamas	Großbritannien	200	10. Juli 1973	18. September 1973
Guinea-Bissao	Portugal	515	10. September 1974	17. September 1974
Grenada	Großbritannien	105	1974	17. September 1974
Kap Verde	Portugal	290	5. Juli 1975	16. September 1975
Mosambik	Portugal	9 030	5. Juni 1975	16. September 1975
Papua-Neuguinea	Großbritannien	2 650	16. September 1975	10. Oktober 1975
Komoren	Frankreich	300	6. Juli 1975	12. November 1975
Surinam	Niederlande	410	25. November 1975	4. Dezember 1975
Seychellen	Großbritannien	60	1976	21. September 1976
Angola	Portugal	5 800	11. November 1975	1. Dezember 1976
Samoa	Großbritannien	160	1. Januar 1962	15. Dezember 1976
Vietnam	Frankreich	25 000	1945	20. September 1977
Dschibuti	Frankreich	210	27. Juni 1977	20. September 1977

* zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit

(Kommunismus und Klassenkampf 6/78)

... wird von einem „schönen Aufschwung der Mission" begleitet

„Das 480-Millionenreich China ist das wichtigste und aussichtsreichste Missionsfeld Asiens. Nach dem 2. Opiumkrieg (1857-60) mußte die chinesische Regierung mit Frieden von Peking (1860) die freie Religionsausübung und das missionarische Ansiedlungsrecht, Entschädigung für die Verluste und Rückerstattung der christlichen Anstalten zugestehen. Die Mission nahm einen schönen Aufschwung trotz der Freindseligkeit mancher Beamten und wiederholter Ausbrüche des Christen- und Fremdenhasses beim Volke, der in dem Blutbad von Tientsin (1970) und im Boxeraufstand (1900) vielen Missionaren und Tausenden von einheimischen Christen das Leben kosteten. Der jährliche Zuwachs an Neuchristen betrug in der neuesten Zeit etwa 100000 Seelen."

(Funk-Bihlmeyer, Kirchengeschichte, Bd. III, 1934, Paderborn, S. 382)

Das Privateigentum als Waffe gegen die Völker der Dritten Welt – Grenzen abgesteckt

„Deutlicher als je zuvor hat die katholische Kirche das Recht auf Privateigentum abgegrenzt. In einem Dokument, das sich nur vordergründig an die Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen wendet, warnt die Päpstliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (Justitia et Pax) vor einem Mißbrauch der kirchlichen Lehren vom Eigentum. Viele berufen sich nach Ansicht der Kommission irrigerweise auf die kirchliche Lehre wenn sie ihr Recht auf Privateigentum geltend machen. Wenn die katholische Kirche das Recht auf Eigentum der eigenen Persönlichkeit verteidige, heißt es, bedeute das doch nicht die unbegrenzte Verfügbarkeit über jedes Eigentum. Die Grenzen sind nach kirchlicher Auffassung dort erreicht, wo das Gemeinwohl unter den Privatinteressen leide.

Die Kommission fordert deshalb alle Katholiken auf, ‚mutig nach Lösungen zu suchen, mit denen die Grund- und Bodenspekulationen bekämpft werden können, und zwar in jenen Fällen, in denen irrige Vorstellungen von Besitztum Erneuerungen im Wege stehen'. Zu solchen irrigen Vorstellungen zählt der Vatikan auch die egoistischen nationalistische Nutzung der Weltmeere. In dem zitierten Dokument wird erläutert, daß es Grenzen des Eigentums sowohl für Einzelpersonen als auch für Unternehmen und den Staat gibt. Die Meere seien ein universales Gut, das allen zur Verfügung stehen müsse. Die zufällige geographische Lage solcher Naturschätze dürfe nicht über die Verteilung entscheiden."

(ÖTV-Magazin 9/77, S. 37)

Paul VI: Verharmlosung und Rechtfertigung des Kolonialismus

„Allerdings ist zuzugeben, daß jene Völker, die über andere im Kolonialstil herrschten, bisweilen nur ihre eigenen Vorteile, ihre Machtstellung, ihr Prestige gesucht und nach Beseitigung der Kolonialherrschaft dieser Länder in einem unausgeglichenen wirtschaftlichen Zustand zurückgelassen haben, der um ein Beispiel zu nennen, die Form einer Monokulturwirtschaft hatte, wo die Preise für die Erträgnisse größten und plötzlichen Schwankungen ausgeliefert sind. Wenn auch einzugestehen ist, daß aufgrund des sogenannten Kolonialismus mißliche Zustände eingetreten sind, aus denen sich dann noch andere Schäden ergaben, so muß man doch die lobwürdigen Leistungen von Kolonisatoren dankbaren Sinnes anerkennen, die durch Einsatz des Könnens von Gelehrten und Technikern in nicht wenige unwirtliche Länder wahre Wohltaten gebracht haben, deren großer Nutzen bis heute außer Frage steht. Wiewohl die industriellen Strukturen, welche diese Nationen dort hinderlassen haben, nicht als vollständig und unbedingt gültig anzusehen sind, so konnte doch durch sie erreicht werden, daß von diesem Zeitpunkt an Unwissenheit und Krankheit zurückgingen, daß jene Völkern günstige Handelsverbindungen eröffnet wurden und daß schließlich der Lebensstandard Fortschritte gemacht hat."

(Paul VI., Populorum Progressio, Über den Fortschritt der Völker, 1968, Nr. 7)

Vertreibung der Bauern von ihrem Lande und die Zerstörung der einheimischen Wirtschaft als „Generationenkonflikt"

„Da die überlieferte menschliche Kultur in Konflikt gerät mit dem Lebensstil, der jüngst zu einträglichen technischen Errungenschaften geführt hat, kommt es dazu, daß die modernen Erfordernissen nicht entsprechenden sozialen Strukturen so gut wie aufgelöst werden. Während nun die Älteren meinen, das Leben der einzelnen wie das der Familien müsse in jenem althergebrachten, wenn auch oft recht eingeengten Lebensbereich angesiedelt werden und davon dürfe man nicht abgehen, weist indes die Jugend eben diesen Stil ab, den sie als ein wertloses Hindernis betrachtet, das davon abhält, zu neuen Formen und Strukturen des gesellschaftlichen Lebens fortzuschreiten. Aus diesem Konflikt zwischen beiden Generationen ergibt sich für die Bürger nun freilich die trostlose Lage, daß sie entweder die Gebräuche und Auffassungen der Älteren bewahren und die Errungenschaften des gesellschaftlichen Lebens außer Acht lassen – oder daß sie sich den von außen eingeführten technischen Errungenschaften und den verfeinerten Lebensweisen in die Arme werfen und die an Menschlichem oft reichen Gebräuche der Vorfahren aufgeben. Wir sehen tatsächlich recht oft, daß die sittlichen, geistigen und religiösen Kräfte mancher Menschen vorgerückten Alters den Schwierigkeiten erliegen und es nicht fertigbringen, sich in dieser neuen Welt zurechtzufinden."

(ebd., Nr. 10)

Hetze gegen den Befreiungskampf

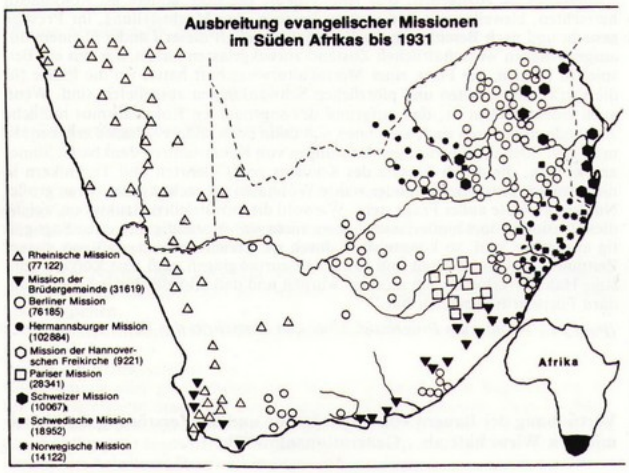
„In dieser so verwirrenden Lage lassen sich manche von den großtuerischen, aber trügerischen Versprechungen jener leicht fangen, die sich gleichsam als zweiter Messias anpreisen. Wer sieht nicht, wie viele Gefahren sich daraus ergeben, daß plötzliche Kehrtwendungen der Masse eintreten, daß aufrührerische Gruppen Auftrieb bekommen, daß auf Diktatur hinauslaufende Pläne (unterschwellig) um sich greifen. Das sind also verschiedene Seiten der hier behandelten Frage, deren Gewicht und Bedeutung – so meinen wir – wahrlich niemandem entgeht."

(Populorum Progressio, Nr. 11)

Die Begleiter der kolonialen Eroberer preisen sich noch nachträglich als Freunde und Helfer an

„Getreuest der Weisung und dem Beispiel ihres Stifters, der den ihm von Gott gegebenen Auftrag dadurch auswies, daß er „den Armen die frohe Botschaft verkündete", hat es die Katholische Kirche niemals unterlassen, auch die menschlichen Fortschritte jener Völker zu fördern, in die sie den christlichen Glauben gesät hatte. Katholische Missionare haben sich nämlich darum bemüht, mit Kirchen auch Krankenhäuser, Hospize, Schulen und Universitäten an Ort und Stelle zu errichten. Da sie die Eingeborenen unterrichteten, wie sie den größten Nutzen aus den Schätzen ihres eigenen Landes ziehen könnten, haben sie die Eingeborenen damit oft gegen die Gewinnsucht der Fremden gesichert. Wir wollen jedoch nicht in Abrede stellen, daß ihr Werk, weil das von Menschen, bisweilen mangelhaft erscheinen konnte; daß einige von ihnen manchmal ihre landeseigenen Lebens- und Denkformen mit der wahren Botschaft Christi vermengen konnten. Dennoch haben sie die Gebräuche und Sitten jener Völker nicht nur geachtet, gepflegt, sondern auch weiter gefördert, sodaß nicht wenige Missionare zu jenen ersten Männern zu zählen sind, die sehr viel zur Mehrung der Güter und des Wissens beigetragen haben."

(ebd., Nr. 12)



Revolutionen sind schädlich

„Es gibt zweifellos Verhältnisse, die, weil ungerecht, die Strafe Gottes herausfordern. Wenn nämlich ganze Völker, die des Lebensnotwendigen entbehren, so unter der Abhängigkeit anderer stehen, daß es ihnen verwehrt ist, etwas aus eigenen Stücken zu unternehmen, Ämter selbstverantwortlich zu bekleiden und zu höheren Stufen menschlicher Kultur aufzusteigen, am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilzunehmen, dann werden die Menschen leicht aufgewiegelt, das der menschlichen Würde zugefügte Unrecht gewaltsam zu beseitigen.

Es ist indes nur allzu bekannt, daß Aufstand und Unruhen neues Unrecht gebären, neue Unausgeglichenheiten bringen und die Menschen zu neuen Verheerungen aufstacheln – es handle sich denn um offensichtliche und anhaltende Gewaltherrschaft, durch die die Grundrechte der menschlichen Person verletzt werden und dem Gemeinwohl eines Staates schwerer Schaden zugefügt wird. Man darf aber ein bestehendes Unrecht nicht unter der Bedingung beseitigen, daß ein noch größeres Verhängnis herbeigeführt wird."

(ebd., Nr. 30 und 31)

Christliche Liebe als Deckmantel für imperialistische Ausplünderung

„In Bombay haben wir folgendes ausgesprochen: ‚Der Mensch muß dem Menschen begegnen; die Völker müssen einander begegnen als Brüder und Schwestern, als Kinder Gottes. Mit diesem gegenseitigen Wohlwollen und dieser Freundschaft, in dieser Eintracht der Geister müssen wir das Werk in Angriff nehmen, für die zukünftige gemeinsame Wohlfahrt des Menschengeschlechtes Anstalten treffen!' Wir schlagen vor, sichere und wirksame Hilfsmittel ausfindig zu machen, um durch richtig geplante Institutionen und gemeinsam durchgeführte Unternehmen die zur Verfügung stehende Kapazität mit anderen gemeinsam zu nutzen, damit so die wahre Verbindung unter den Völkern gefestigt wird."

(ebd., Nr. 43)

Über die Verschuldung Kontrolle der Länder der 3. Welt

„Als wir in Bombay waren ... baten wir die obersten Leiter der Staaten, einen Teil der Aufwendungen, die sie für militärische Rüstung machen, zur Begründung eines universalen Fonds abzuzweigen, damit den mittellosen Völkern Hilfe gewährt wird. Was aber zuerst für die Bekämpfung des Elends gilt, das gilt auch für die Förderung des Fortschritts der Völker. Denn eine einmütige Aktion aller Völker, deren allgemeiner Fonds sowohl Symbol als auch Mittel wäre, daß einmal die nutzlosen Rivalitäten beseitigt und zum andern endlich gegenseitige wahrhaft fruchtbare und friedliche Gespräche zwischen allen Völkern ihren Anfang nehmen würden. ...

... Beide Partner werden natürlich gemeinsam den Zinssatz und die Zeit vereinbaren, in der die geliehenen Gelder zurückzuzahlen sind, freilich zu Bedingungen, die von beiden Partnern verkraftet werden können – und zwar durch einen Ausgleich der unentgeltlichen Gaben, der zinslos oder nur zu niederen Zinsen aufgenommenen Gelder und der Jahre, in denen die Kredite nach und nach zurückgezahlt werden. Zweifellos wird man denen, die die Hilfe gewähren, für die Verwendung des geliehenen Geldes garantieren müssen: daß diese Verwendung nämlich nach Vereinbarung und mit angemessenen Gewinnen geschieht. Tagediebe und Ausbeuter nämlich sollen nicht begünstigt werden.

Der „Nationalismus und „Rassenwahn" der Länder der 3. Welt blockiert den Fortschritt

„Aber auch noch anderes steht im Wege und verhindert, daß die gegenwärtige lebende menschliche Gesellschaft gerechter gestaltet wird und daß diese fester, voller in der gegenseitigen Verbundenheit der Menschen insgesamt Bestand gewinnt: Es stehen dem nämlich im Wege sowohl die Verherrlichung des eigenen Staates als auch der Kult der eigenen Rasse. Es ist ja bekannt, daß Völker, die erst jüngst in der Führung des Staatswesens eignen Rechtes geworden sind, überaus zäh an der eben erlangten, aber noch nicht gefestigten Einheit ihres Volkes festhalten und diese mit allen Kräften schützen. Es ist ebenfalls bekannt, daß Nationen, die durch eine altehrwürdige Kultur hervorragen, sich der von ihren Vätern gleichsam als Erbe überkommenen Einrichtungen rühmen. Wiewohl diese Gefühle keinesfalls zu verwerfen sind, müssen sie doch zu einer Höhe von Vollkommenheit gebracht werden, und zwar durch eine Liebe, die das gesamte Menschengeschlecht umfaßt. Verherrlichung der eigenen Nation aber trennt die Völker voneinander und steht deren eigentlichem Interesse im Wege. Sie verursacht dagegen schwerste Schäden vor allem dort, wo die Schwäche der Volkswirtschaft die Anstrengungen der Kräfte, Sachkenntnisse und finanzielle Hilfen zusammenzulegen fordert, damit die Planung über das Wirtschaftswachstum zum Erfolg gebracht werden, damit die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen wachsen und verfestigt werden.

Nun ist der Fanatismus für den eigenen Stamm nicht allein jenen Nationen eigentümlich, die jüngst zu ihrem Recht gekommen (souverän geworden) sind, wo sich solcher Wahn hinter der Gehässigkeit von Stämmen oder politischen Parteien verbirgt und sowohl der Gerechtigkeit in höchstem Maße schadet als auch Ruhe und Wohlfahrt der Bürger gefährdet. Als die koloniale Oberherrschaft noch bestand, hat dieser Fanatismus oft Zwistigkeiten zwischen den Kolonisatoren und den Eingeborenen entfacht, indem er einerseits gegenseitige und fruchtbare seelisch-geistige Eintracht verhinderte und andererseits die Gemüter wegen der tatsächlich erfahrenen Ungerechtigkeiten zu bitterem Haß entflammte. Eben derselbe Fanatismus verhindert vor allem, daß die mittellosen Völker sich bei den Unternehmungen gegenseitig willig unter die Arme greifen; er sät den Samen der Zwietracht und Feindschaft mitten unter die Staaten, wenn die einzelnen oder die Familien merken, daß sie unter Mißachtung der unaufgebbaren Menschenrechte der Rasse oder Farbe wegen ungerechterweise von den wichtigsten Rechten der übrigen Bürger ausgeschlossen werden."

(Populorum Progressio, Nr. 62 und 63)

Umfassende Einmischungsmöglichkeiten durch Schaffung einer „Weltautorität"

„Die(se) Zusammenarbeit zwischen den Völkern über den ganzen Erdkreis hin erfordert allerdings Institutionen, die sie vorbereiteten, aufeinander abstimmen und leiten, bis eine neue Rechtsordnung gesetzt ist, die jedermann allüberall für rechtsgültig und unumstößlich erachtet. Wir unterstützen bereitwilligst die öffentlichen Ausschüsse, die sich schon längst darum mühen, den kulturellen Fortschritt der Völker zu erreichen. Wir wünschen dringend, daß sie immer größere Autorität gewinnen mögen. Als Wir Uns in New York befanden und vor den Delegierten der Vereinten Nationen eine Rede hielten, sagen Wir zu diesem Thema unter anderem: ‚Es ist in der Tat Ihre Aufgabe, nicht nur den einen oder anderen Teil der Völker durch brüderliche Bande zu verknüpfen, sondern alle zur Einheit zu bringen. Wer möchte denn nicht die Notwendigkeit einsehen, daß man allmählich dahin kommen muß, eine die gesamte Welt betreffende Autorität zu schaffen, die sowohl in rechtlichen als auch in politischen Belangen wirksam handeln könnte?'"

(Popularum progressio, Nr. 78)

Johannes Paul II: Die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern ist schuld an der Lage der Länder der 3. Welt

„Die Situation des Menschen in unserer Epoche ist sicher nicht einförmig, sie ist auf vielfältige Weise differenziert. Diese Differenzen haben ihre geschichtlichen Gründe, aber auch eine starke ethische Komponente. Allgemein bekannt ist das Bild der Konsumgesellschaft, die einen gewissen Überfluß an den für den Menschen und die ganze Gesellschaft notwendigen Gütern besitzt – gemeint sind die reichen und weit fortgeschrittenen Gesellschaften –, während die übrigen, zumindest in weiten Schichten, Hunger leiden und viele Personen in ihnen täglich an Hunger und Unterernährung sterben. Hand in Hand damit geht für die einen ein bestimmter Mißbrauch der Freiheit, der mit einer konsumistischen Verhaltensweise verbunden ist, die nicht von der Ethik gezügelt wird; gleichzeitig wird schon dadurch die Freiheit der anderen beschränkt, die schon großen Mangel leiden und ins Elend getrieben werden."

(Enzyklika „Redemptor Hominis" – der Erlöser des Menschen – 1979, Nr. 16)

Angriffe auf die Unabhängigkeit der Länder der 3. Welt

„... Diese Worte erhalten eine noch dringlichere Mahnung, wenn wir daran denken, daß anstelle von Brot und kultureller Hilfe den neuen Staaten und Nationen, die zur Unabhängigkeit erwachen, mitunter große Mengen von modernen Waffen und Zerstörungsmitteln angeboten werden, die bewaffneten Auseinandersetzungen dienen sollen, welche in diesen Ländern nicht so sehr für die Verteidigung ihrer legitimen Rechte oder ihrer Souveränität notwendig sind, sondern vielmehr eine Form des Chauvinismus, des Imperialismus, des Neokolonialismus verschiedenster Art darstellen. Wir alle wissen, daß die Gebiete, in denen auf der Erde Elend und Hunger herrschen, in kurzer Zeit hätten fruchtbar gemacht werden können, wenn die ungeheuren Geldsummen anstatt für Waffen, die dem Krieg und der Zerstörung dienen, zur Nahrungsmittelproduktion eingesetzt worden wären, die dem Leben dient."

(ebd.)

Mit der Predigt von den Menschenrechten Vorwand für jederzeitige Intervention...

„Wir dürfen es in jedem Fall nicht unterlassen, mit Achtung und großer Hoffnung für die Zukunft an die großartigen Anstrengungen zu erinnern, mit denen man die Organisation der Vereinten Nationen ins Leben gerufen hat; Anstrengungen, die darauf abzielen, die objektiven und unverletzlichen Menschenrechte zu umschreiben und festzusetzen, wobei sich die Mitgliedstaaten gegenseitig verpflichteten, diese genau zu beachten. Die Verpflichtung ist von fast allen heutigen Staaten übernommen und ratifiziert worden; das sollte eine Garantie dafür sein, daß die Menschenrechte in der ganzen Welt zum Grundprinzip aller Bemühungen um das Wohl des Menschen werden...

Wenn nun aber trotz dieser Voraussetzungen die Menschenrechte auf verschiedene Weise verletzt werden, wenn wir Zeuge von Konzentrationslagern, von Gewalt und Torturen, von Terrorismus und vielfältigen Diskriminierungen sind, so muß das eine Folge anderer Vorbedingungen sein, die die Wirksamkeit der humanistischen Voraussetzungen in jenen modernen Programmen bedrohen oder oft auch zunichte machen. Somit drängt sich notwendig die Pflicht auf, diese Programme unter dem Gesichtspunkt der objektiven und unverletzlichen Menschenrechte einer ständigen Revision zu unterziehen. Die Menschenrechtserklärung... sollte auch eine solche Grundlage für eine solche ständige Revision der Programme, Systeme und Regime schaffen, die unter diesem einzigem grundlegenden Gesichtspunkt zu geschehen hat, dem Wohl des Menschen, das heißt der Person in der Gesellschaft; dieses muß als Grundfaktor des Gemeinwohls das wesentliche Kriterium für alle Programme, Systeme und Regime bilden."

(ebd., Nr. 17)

... besonders, wenn die freie Religionsausübung sichergestellt werden muß

„Die Einschränkung der religiösen Freiheit von Personen und Gemeinschaften ist gewiß nicht nur eine schmerzliche Erfahrung, sondern trifft vor allem auch die Würde des Menschen unabhängig von der Religion, die einer bekennt, oder vom Weltverständnis, das er hat. ... Denn sogar das Phänomen der Ungläubigkeit, der Religionslosigkeit und des Atheismus versteht man als menschliches Phänomen nur in bezug zum Phänomen der Religion und des Glaubens. Es ist deshalb schwierig, auch schon vom ‚rein menschlichen' Gesichtspunkt eine Position einzunehmen, nach der nur der Atheismus das Bürgerrecht im öffentlichen und sozialen Leben besitzt.

... möchte ich mich kraft meines Amtes im Namen aller Gläubigen der ganzen Welt an diejenigen wenden, von denen in irgendeiner Weise die Gestaltung des sozialen und öffentlichen Lebens abhängt. Wir fordern von ihnen dringend die Achtung der Rechte der Religion und des Wirkens der Kirche. Wir beanspruchen kein Privileg, sondern die Achtung eines elementaren Rechtes. Die Verwirklichung dieses Rechtes ist eine der grundlegenden Proben für den wahren Fortschritt des Menschen, in jedem System und in jeder Lage."

(ebd.)

Das Ahlener Programm der CDU – Christlich-Soziales nach dem Zusammenbruch

Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945

„Schaffendes Volk in Stadt und Land

Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jod und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens."

Die Produktionsmittel zerstört

Gruppe und Ware	Stand 1947 (1936 = 100)
Erdöl (nur britische Zone)	126
Kohle (nur britische Zone)	61
Eisenerz	57
Schuhe	39
Wollgarn	30
Baumwollgarn	29
Produktionsmittel (nur britische Zone)	39
Konsumgüter (nur britische Zone)	24

(Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd. 7a S. 47)

Warenzuteilung 1935 und 1947

Ware	1935	1947	
Fleisch	3700 g	400 g	
Käse	370 g	125 g	
Fisch	760 g	500 g	
Fett	1930 g	150 g	
Kartoffeln	13400 g	6000 g	
Brot	10500 g	9500 g	
Zucker	1670 g	500 g	
Malzkaffee	200 g	125 g	(Ersatz)
Vollmilch	9 l	1 l	(Magermilch)
Nährmittel	30 g	1250 g	(Ohne Gries)
Gemüse	3400 g	588 g	(Konserven)
Obst	2300 g	unbestimmbar	
Bier	4 l	unbestimmbar	

(Kuczynski, Die Lage der Arbeiter Bd 7a S. 130)

Winter 46/47 – Berlin. Frauen beseitigen die Folgen des imperialistischen Krieges.

Die Arbeiterklasse organisiert sich zum Aufbau der gesellschaftlichen Produktion ...

Die alten Kräfte der Arbeiterbewegung organisierten sich auf Betriebsebene, noch ehe die Besatzungsmächte eingreifen konnten, besonders in der Schwerindustrie und im Bergbau, wo sie stark konzentriert waren und auf eine lange Tradition zurückblickten. Betriebsausschüsse und Betriebsräte füllten den machtfreien Raum aus, der durch die Internierung belasteter Unternehmer und leitender Angestellter in der Produktionssphäre entstanden war. In einigen Fällen gelang es den Betriebsausschüssen, die Leitung der Betriebe zu übernehmen und die Abrechnung mit den ehemaligen NS-Mitgliedern selbst einzuleiten. Im Ruhrgebiet zum Beispiel wurden die Schachtanlagen „Nordstern", „Bergmannsglück", „Bismarck" und „Auguste Viktoria" durch das Eingreifen illegaler Betriebszellen vor der Sprengung durch die zurückflutende Wehrmacht und SS gerettet und sofort wieder in Betrieb genommen. Am 19. April 1945 fand eine illegale Zusammenkunft der Betriebsräte aus Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop, Recklingshausen, Wattenscheid und Wanne-Eickel statt, auf der einstimmig die Wiederaufnahme der Produktion unter der Anleitung der Betriebsausschüsse beschlossen wurde.

(Quelle: „Der erzwungene Kapitalismus Ute Schmidt Tilmann Fichter Berlin 1971)

12. August 1948 – 20000 Arbeiter und Angestellte in Frankfurt/Main gegen die imperialistischen Besatzermächte

....zum Kampf gegen die imperialistischen Besatzungsmächte und die deutschen Imperialisten

An einer zweiten Konferenz am 23. April 1945 in Gelsenkirchen Buer nahmen 350 Delegierte von 55 Schachtanlagen, 14 Metall-, 8 Chemie- und verschiedenen anderen Betrieben teil. Die Konferenz beschloß, Industriegewerkschaften aufzubauen und in einem freien deutschen Gewerkschaftsbund zusammenzufassen. Auch in anderen Orten Westdeutschlands entstanden auf Initiative fortschrittlicher Gewerkschafter Einheitsgewerkschaften beziehungsweise Organisationskomitees, wie zum Beispiel in Hamburg."

(Quelle: Restauration in Westdeutschland 1945 – 1949 Rolf Badstübner Dietz Verlag Berlin 1965)

Die Zahlen, die für den Zeitpunkt der Gründung der Ländergewerkschaften in der amerikanischen und französischen Besatzungszone und der Zonengewerkschaft in der britischen Zone für August 1946 bis Mai 1947 vorliegen, lauten: DGB britische Zone: 2105695 (April 1947) Hessen 269000 (August 1946), Württemberg Baden 300000 (August 1946), Bayern über 400000 (März 1947); Süd-Württemberg -Hohenzollern 35000 (Februar 1947); Baden 60000 (März 1947), Rheinland-Pfalz 167565 (Mai 1947)

(Quelle: Rolf Badstübner ebenda)

Die Arbeiterbewegung zwingt SPD und CDU in die Aktionseinheit

In den großen Konzernbetrieben fanden sich 1945 die Mitglieder von KPD und SPD zum gemeinsamen Kampf zur Entmachtung der kriegsverbrecherischen Konzernherren zusammen. So zum Beispiel im Krupp Konzern in Essen, wo die Arbeiter dieses Konzerns gemeinsam mit der Stadtverwaltung – Oberbürgermeister war zu dieser Zeit der Kommunist Heinz Renner – am 16. November 1945 in einem Memorandum von der Militärregierung die Enteignung des Kriegsverbrechers Krupp, die Überführung der Konzernbetriebe in das Eigentum der Stadt Essen und die Umstellung auf Friedensproduktion forderten. Im Hoesch Konzern Dortmund, in der Dortmunder Union, bei Mannesmann in Duisburg, im Bochumer Verein und anderswo formulierten die Arbeiter und die Mitglieder von SPD und KPD gemeinsam ähnliche Forderungen. Auch in anderen Fragen, wie Betriebsrätewahlen, Gewerkschaftsfragen, der kommunalen Politik, kam es vielfach zu Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen. An den Orten, wo sich gute Verständigung und Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD entwickelt hatte, konnte es zu gemeinsamen Aktionen mit den anderen Parteien kommen. So riefen im Dezember 1945 KPD, SPD und CDU von Wanne-Eickel gemeinsam zur Sicherung der demokratischen Entwicklung gegen alle reaktionären Machenschaften auf.

In Duisburg richteten KPD, SPD und CDU am 28. Dezember 1945 auf Initiative der Kommunistischen Partei eine gemeinsame Eingabe an die britische Militärregierung, in der es hieß: „Die Generaldirektoren und Hauptaktionäre des Ruhrkohlebergbaus und der Ruhrschwerindustrie haben nicht nur die NAZI-Partei finanziert, sondern ihr auch 1933 zur politischen Macht verholfen. Sie sind voll verantwortlich für den Kriegsausbruch, sie gehören zu den schlimmsten deutschen Imperialisten und Kriegsverbrechern." Damit begründeten die Stadtverordneten Duisburgs ihre Forderung nach Enteignung dieser Monopolherren und Übergabe der Betriebe an Kommunal- und Provinzialbehörden."

(Quelle: Rolf Badstübner, Dietz Verlag Berlin 1965)

Unter der Obhut der Besatzer: Das Finanzkapital in der Führung der CDU

„In dem siebenköpfigen Rat der Vorsitzenden der am 2. September 1945 gegründeten Christlichen Demokratischen Partei des Rheinlands saßen: Konrad Adenauer, Johannes Albers (ehemals Christlicher Gewerkschaftsführer), Anne Franken (Oberstudiendirektorin), Deselaers (Bauer), Robert Lehr, Robert Pferdmenges und Leo Schwering."

8.5. 1949 – US-General Clay zeichnet das Grundgesetz ab. Hinter ihm der britische Hochkommissar

„Wir bekennen uns zu einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage und zwar in folgender Form: Wir erstreben die Überführung gewisser Urproduktion, Großindustrien und Großbanken in Gemeineigentum. Wir wollen ferner, daß die Wirtschaft im großen einheitlich und planvoll gelenkt werde, weil nur dadurch Fehlanzeigen und Verschwendung volkswirtschaftlichen Gutes verhindert und ein Wiederaufbau nach sozialen und gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgesichtspunkten und nicht nur nach privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgrundsätzen gesichert werden kann. Deshalb wollen wir vor allem eine öffentliche Kontrolle und Lenkung der Kapitalanlage, soweit ein Interesse der Allgemeinheit daran vorliegt. Solange die Rohstoffe in Folge des Krieges besonders knapp sind, halten wir aus sozialen Gründen auch eine Weiterführung der Rohstoffbewirtschaftung für notwendig.

Sinn und Zweck aller sozialistischen Maßnahmen ist nicht die Verstärkung der Macht des Staates oder gar seiner Kriegsmacht, wie es in den nationalsozialistischen und anderen Wirtschaften der Fall war, sondern ihr unmittelbares Ziel ist die Schaffung eines nach dem Stande der Technik und der besonderen Lage Deutschlands möglichst hohen Wohlstandes der breiten Massen unseres Volkes, auf die Dauer auch die Schaffung neuen Eigentums für die besitzlosen Schichten, weil nur auf Grundlage dieses Eigentums ein gesundes Familienleben wachsen kann.

Wie in seinen Zielen, so soll auch in seinen Methoden der Sozialismus demokratisch und nicht diktatorisch sein. Er muß also getragen werden vom Volk und seinen Organen selbst und muß innerhalb seines Rahmens genügend Platz lassen für die Entfaltung persönlicher Initiative und für den Wettbewerb der besten Leistung. Überhaupt muß das neue System planvoller Wirtschaftslenkung mit der alten abendländischen Idee der freien und verantwortlichen Persönlichkeit ausgefüllt und belebt werden. Es ist daher unser sozialistisches Ziel, einer möglichst großen Zahl von Menschen ein Leben in Freiheit von Not, in menschlicher Würde und Selbstverantwortung zu sichern."

(Quelle: Frankfurter Leitsätze vom Sept. 1945, in: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung seit 1945, Flechtheim, Berlin 1963)

Stutz nennt unter den früh führenden meist Gründungsmitgliedern der CDU: „Robert Pferdemenges, einer der einflußreichsten Männer, sowohl im Bank- und Versicherungswesen als auch in der Industrie, wobwohl er auf einer amerikanischen Kriegsverbrecherliste stand, bereits 1945 wieder zum Präsidenten der Industrie und Handelskammer Köln ernannt.

Heinrich Kost ehemaliger Wehrwirtschaftsführer, Aufsichtsratsmitglied zahlreicher Konzerne und Hauptexponent der Steinkohlemagnaten des Ruhrgebiets, seit 1947 Generaldirektor der deutschen Kohlebergbauleitung und damit im Besitz einer der entscheidenden Schlüsselpositionen der westdeutschen Wirtschaft. Dr. Dinkelbach, ebenfalls ehemaliger Wehrwirtschaftsführer und Direktor des Stahlvereins, nach dem Kriege Treuhandverwalter der Eisen und Stahlindustrie der britischen Zone und damit an entscheidender Stelle, um die Entflechtung der Stahlkonzerne zu sabotieren. ... Hermann Abs vor und nach 1945 einer der einflußreichsten Leute der Deutschen Bank, und Zeitweiliger Finanzberater des britischen Oberkommandierenden Sir Douglas; Dr. Robert Lehr, langjähriges Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank..., schließlich Konrad Adenauer selbst, bereits in den 20er Jahren in über 15 Aufsichtsräten vertreten, Verbindungsmann zum katholischen Klerus und zu den rheinisch westfälischen Industriellen und Finanzherren und durch verwandschaftliche Beziehungen mit den bedeutendsten Konzernen des USA-Imperialismus Morgan und Rockefeller, verbunden. Zu diesem nordrhein-westfälischen Führungskern stießen aus anderen Teilen Westdeutschlands Personen, deren Namen nicht weniger für reaktionäre Gesinnung bürgen als die eben aufgeführten: Schäffer... der Bankier Scharnberg aus Hamburg, Schlange Schöningen, der Vertreter der ostelbischen Junker und seit 1946 Direktor des Ernährungsamtes der britischen und später der Bizone; Dibelius vom reaktionärsten Flügel der evangelischen Kirche, der ehemalige Rittergutsbesitzer und fanatische Gegner einer Bodenreform, Dr. Schreiber aus Berlin und viele andere."

Steigende Aktien, bei fallender Steuer auf den Profit und Ausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit in den Fabriken.

Unter einem sehr charakteristischen Aspekt schildert Winzer die Bedeutung der schon im Jahre 1946 getroffenen Maßnahmen, einschließlich des ‚Zwei-Zonen Abkommens', so: Doch noch wichtiger ist, wie die Vertreter des Großkapitals selbst das Abkommen bewerten, und zwar nicht in Artikeln und Reden, sondern in ihren Geschäften, in ihrer Börsenspekulation. Während das Volk hungert, während die Betriebe zum Erliegen kommen, sind dennoch die Aktien gestiegen. Zum Beweis seien die Kurse einiger Aktien angeführt, die an den Börsen in Frankfurt Main, München, Stuttgart, Hamburg und Düsseldorf gehandelt werden. Es notierten:

Aktienkurse (Prozent des Nominalwertes)

Zeit	Insgesamt	Grundindustrien	Eisen- u. Metallbearbeitung	Handel u. Verkehr
Juli 1948	34	28	35	31
Januar 1949	31	23	31	28
Januar 1950	66	61	65	61

	Ende Juni	Ende November	Ende Dezember
AEG	78	126,5	131,5
BMW	78	121	121,5
Klöcknerwerke	116	170	170
Mannesmann	127	164,5	164,5
Siemens-Halske	99,5	127	129,5
Vereinigte Stahl	78	137	142,5
Rheinmetall-Borsig	71	112	135

Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in der Industrie

Zeit	Stunden
1936	45,5
1939	46,8
1946	39,7
1947	39,9
1948	43,3
1949	47,3
1950	49,2

Anteil am Steueraufkommen

Finanzjahr April bis März	„Werktätigen" Steuer (1) (in %)	Andere Steuern (2)
1946-1947	51,3	48,7
1947-1948	53,3	46,7
1948-1949	58,3	41,7
1949-1950	68,1	31,9
1950-1951, 1. Fvj	67,2	32,8
2. Fvj	71,5	28,5
3. Fvj	72,5	27,5

Die Kohlengruben dem deutschen Volk

„Zur Beseitigung des Mißbrauchs der wirtschaftlichen Macht der Konzerne und Trusts zum Schaden des deutschen Volkes, im Interesse der Sicherung eines wirklich demokratischen Staatswesens und eines dauerhaften Friedens hat der Landtag für Nordrhein-Westfalen die Aufhebung des Privaten monopolkapitalistischen Eigentums und der sonstigen dringlichen Rechte an dem für das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes notwendigen Rohstoff – Kohle folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1: Alle Bergbaubetriebe, die der Stein- und Braunkohlegewinnung dienen, einschließlich aller Neben- und Veredelungsanlagen mit allem dazugehörigem Vermögen, Vermögenswerten und Rechten, im Land Nordrhein-Westfalen gelegen, werden zugunsten des deutschen Volkes enteignet. Unter dieses Gesetz fallen auch alle noch nicht in Betrieb genommenen Kohlefelder.

Anlagen oder Vermögenswerte, die nach dem 1. April 1945 aus dem Vermögen dieser Betriebe herausgelöst wurden, unterliegen ebenfalls der Enteignung.

§ 2 Die Enteignung erfolgt ohne Entschädigung.

§ 3 Bis zur Bildung einer Reichsregierung übernimmt das Land „Nordrhein-Westfalen" unverzüglich die Treuhänderschaft über die enteigneten Betriebe und Vermögenswerte.

Anlagen, Bergbaurechte, Immobilien, Patentrechte und ähnliche Rechte dürfen nicht veräußert werden.

§ 4 Die nach dem § 1 enteigneten Bergbaubetriebe bilden das staatliche Sondervermögen „Rheinisch Westfälischer Bergbau". Das staatliche Sondervermögen „RWB" ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts.

§ 5 Zur Durchführung der Enteignung wird bei der Landesregierung ein Enteignungsausschuß gebildet, der sich zur Hälfte aus Gewerkschaftsvertretern und zur anderen Hälfte aus Landtagsabgeordneten aller Parteien zusammensetzt.

§ 6 Die Verwaltung des staatlichen Sondervermögens wird einem rheinisch-westfälischen Kohlenrat übertragen.

§ 7 Der Rheinisch Westfälische Kohlenrat besteht aus 36 Mitgliedern
a) 6 Delegierte des Industrieverbandes Bergbau, die aus dem Lande Nordrhein-Westfalen gewählt sein müssen.
b) 6 vom Vorstand des Industrieverbandes Bergbau bestimmte Bergbautechniker.

c) 6 Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes.

d) 6 Vertreter des Wirtschaftsministeriums, die vom Landtag zu bestätigen sind.
e) 6 vom Wirtschaftsministerium bestimmte, im Kohlenbergbau Tätige, die vom Landtag zu bestätigen sind.

f) 6 vom Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen gewählte Abgeordnete aller Parteien.

Der Kohlenrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und zwei Stellvertreter. Alle Beschlüsse müssen mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt werden.
§ 8 Der Kohlenrat wird alle 3 Jahre gewählt. Wiederwahl und Wiederernennung ist zulässig.

§ 9 Der Landtag erläßt ein Verwaltungsgesetz für das staatliche Sondervermögen „RWB" in dem die Verwaltungsorganisation, das Recht der Betriebsräte und des Industrieverbandes Bergbau auf Mitbestimmung festgelegt und durch das die Lenkung, Entwicklung und Betreuung der Arbeitskräfte in den Händen von Vertrauensleuten des Industrieverbandes Bergbau gelegt wird.

§ 10 Der Kohlenrat hat mindestens vierteljährlich einmal zu tagen. Er ist für die sachgemäße Verwaltung der Bergbaubetriebe, die volkswirtschaftliche Verwendung der Maschinen, Roh- und Hilfsstoffe, der Arbeitskraft und die Erfüllung der Produktionsplanung der Regierung verantwortlich.

§ 11 Der Kohlenrat hat die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergleute so zu gestalten, daß sie an der Spitze der Industriearbeiter stehen.

§ 12 Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Erster Gesetzentwurf der Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen der KPD zur Enteignung der Stein- und Braunkohlegruben. Januar 1947

(Quelle: Dokumente der KPD, Berlin 1973, Verlag KPD-Literatur)

Streikbewegung der Arbeiterklasse für Enteignung der Kohlebarone und gegen die Sonderschichten.

„Mit der Forderung nach Enteignung im Bergbau eröffnete die KPD den Kampf gegen die britische Militärregierung genau dort, wo diese ihre Interessen am stärksten gefährdet sah. Im Herbst und Winter 1946/47 war die Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet fast völlig zusammengebrochen, trotz des Hungers, der schlechten Wohnverhältnisse und der völlig unzureichenden Arbeitsausrüstung befahl die britische Militärregierung weitere Sonderschichten zur Steigerung des Kohleoutputs für Reparationszwecke. Bei einer, von den Betriebsräten gegen den Widerstand der Böckler-Gruppe organisierten Urabstimmung, sprachen sich im November 1946, 89,9 % der betroffenen Bergleute gegen die Sonderschichten aus und machten ihre eventuelle Zustimmung von der Sozialisierung der Kohlegruben und von der Volkskontrolle über die Nahrungsmittelversorgung abhängig.

Zum 15. Jahrestag der Düsseldorfer Industriellentagung mit Adolf Hitler am 27. Januar kam es im Düsseldorfer Raum zu zahlreichen Streiks und Protestaktionen, in der Folge wurde der Betriebsratsvorsitzende der Firma Sollner fristlos entlassen, aber bald darauf wieder eingestellt, weil die Arbeiter der Firma bis zur Rücknahme der Kündigung in den Streik getreten waren. Mit den Forderungen nach einer besseren Lebensmittelversorgung und der Überführung der Kohle und Stahlindustrie in Gemeineigentum streikten am 3. Februar 1947 die meisten Betriebe im Raum Essen.

Am Montag vormittag waren bereits 30000 Menschen vor dem Rathaus aufmarschiert, die stürmisch die Forderung auf Schaffung von Kontrollausschüssen verlangten. Am Montag Nachmittag marschierte die Belegschaft der Firma Krupp auf dem Rathausplatz auf, so daß ungefähr 10000 Menschen versammelt waren, die die sofortige Beseitigung der Ernährungskrise verlangten.

Am 4.2. legten 5000 Arbeiter der Gute Hoffnung Hütte in Oberhausen die Arbeit nieder, in Mülheim waren es 12000. Am 10.2. streikten in Oberhausen 10000 Arbeiter. In den nächsten Tagen folgten Streiks in Recklinghausen, Duisburg und anderen Industriestädten. Der Betriebsratsvorsitzende der Klöckner Werke erklärte auf einer Kundgebung: ‚Es ist die Pflicht der Arbeiterschaft dagegen zu protestieren, daß die Herren noch einmal Gelegenheit bekommen, dieselbe Macht zu entfalten, die sie vor 1933 gehabt haben.'

(Frankfurter Rundschau, 4.2.1947, S. 4)

Schachtanlage	Abstimmungsberechtigte	für die Enteignung
Bismarck ¼, Gelsenkirchen Erle	1377	1310
Rheinbaden, Bottrop	1897	1750
Prosper 2, Bottrop	2147	1873
Westfalen, Ahlen	2650	2520
Rosenblumdelle, Essen	1033	895
Bruchstraße, Bochum	1674	1601
De Wendel, Hamm	1132	1024

Im Februar organisierten Betriebsräte in den Schachtanlagen Abstimmungen über die entschädigungslose Enteignung der Grubenbesitzer; die Abstimmungsergebnisse zeigen, wie stark das Klassenbewußtsein der Grubenarbeiter durch die Kampagne zur Sozialisierung entwickelt war.

In anderen Industriezweigen kündigten die Arbeiter Unterstützungsstreiks an, so z.B. in Wuppertal, wo der Industrieverband Bau einen Solidaritätsstreik beschloß. Etwa zur gleichen Zeit, am 4. und 6. März 1947 wurden im Landtag von Nordrhein-Westfalen mehrere Dringlichkeitsanträge der KPD-Fraktion diskutiert, in denen die entschädigungslose Enteignung aller Bergbaubetriebe und Grubenanlagen sowie aller Werke der Eisen-, Stahl- und Chemieindustrie, die Konzernen angehören, gefordert wurde. Einige Stunden vor der Parlamentssitzung erschienen 95 Delegationen, die von über 100000 Bergarbeitern und Angestellten gewählt worden waren und überbrachten die Forderung nach „entschädigungsloser Enteignung der kriegsverbrecherischen Kohlebarone an Rhein und Ruhr." Mit den Stimmen der CDU, der LDP, der Zentrums- und der SPD-Fraktion wurden die KPD-Anträge abgelehnt. Die Antwort der Arbeiter war eine neue Streik- und Demonstrationswelle im Ruhrgebiet. Am 25. März streikten 85000 Arbeiter in Wuppertal, 80000 in Düsseldorf am 28. März. Am 1. April in Dortmund 30000 und in Hagen 25000. Höhepunkt dieser Streikwelle war ein zweitägiger Streik von insgesamt 334000 Arbeitern und Angestellten. Die Arbeiter verließen die Fabriken und zogen unter der Hauptlosung „Die Gruben in des Volkes Hand, Schlange-Schöningen muß gehn" in die Stadtzentren."

„Die CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus Das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU"

„Der Zonenausschuß der CDU für die britische Zone erließ in seiner Tagung vom 1. bis 3. Februar 1947 in Ahlen folgende programmatische Erklärung:

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.

In dieser Erkenntnis hat das Parteiprogramm der CDU vom März 1946 folgende Grundsätze aufgestellt:

Ziel aller Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes

Die Wirtschaft hat der Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft zu dienen. Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit. Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die Gestaltung und Führung der Wirtschaft darf dem einzelnen nicht die Freiheit seiner Person nehmen. Daher ist notwendig:

Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des einzelnen; Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährdet werden könnte. Kohle ist das entscheidende Produkt der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke.

In Verfolgung dieser Grundsätze ist nun mehr von der CDU folgendes Programm für die Neuordnung der Wirtschaft beschlossen worden:

I. Die deutsche industrielle Wirtschaft in der Vergangenheit

1. Die deutsche industrielle Wirtschaft war technisch und wissenschaftlich in der Zeit von 1918 bis 1945 im allgemeinen auf der Höhe. Sie konnte jeden Vergleich mit der Wirtschaft anderer Länder nach dieser Richtung aushalten. Das gilt auch vom Bergbau. Den klarsten Beweis für die technische und wissenschaftliche Höhe der deutschen Industrie liefern die Erklärungen ausländischer Staatsmänner und Zeitungen über den ungeheuren Wert der von ihnen beschlagnahmten deutschen Patente und Geheimverfahren. Sie erklären, daß die deutsche Wissenschaft, Technik und Industrie in vielen Beziehungen voraus gewesen sei.

2. Das Verhältnis zwischen der deutschen industriellen Wirtschaft und dem Staate, der Gesamtheit des Volkes und dem einzelnen Arbeitnehmer zeigte in vieler Hinsicht schwere Mängel. Es darf auch hier nicht verkannt werden, daß in Deutschland, ehe es 1933 zum getarnten Staatssozialismus überging, erhebliche Teile der industriellen Wirtschaft in Gemeindebesitz waren: Bahnen fast restlos, einschließlich der Kleinbahnen und Straßenbahnen, Post, Telegraf, Rundfunk, Gas- und Wasserversorgung, der größte Teil der Erzeugung elektrischer Kraft, ein erheblicher Teil des Bergbaus in der britischen Zone, der Saarbergbau ganz.

Auch das Genossenschaftswesen war in Deutschland auf allen Gebieten einschließlich dem des Geldwesens sehr stark entwickelt. Auf dem Gebiete des Geld- und Bankwesens war der gemeinwirtschaftliche Einfluß durch Reichsbank, Staatsbanken, Giroverbände der Sparkassen, Landesbanken, Sparkassen sehr groß. Dasselbe gilt vom Versicherungswesen durch die staatlichen und provinziellen Versicherungen.

Aber auf den wichtigsten Gebieten des Bergbaus und der Schlüsselindustrien waren schwere Schäden vorhanden. Die Zeit von 1933 hat zu große Zusammenballungen industrieller Unternehmungen gebracht. Diese bekamen dadurch einen monopolartigen Charakter. Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar. Wenn der Aktienbesitz der großenindustriellen Unternehmungen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, wie z.B. Krupp, auch stark gestreut war, so wurde doch die Zusammensetzung des Aufsichtsrats und Vorstands infolge der Vertretung der zahlreichen Aktionäre durch wenige Banken von einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Personen bestimmt. Die zu dem engen Kreis gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht.

Das Verhältnis des Arbeitnehmers zu seinem Betriebe war vor 1933 im Beginn einer die Interessen des Arbeitnehmers berücksichtigenden Entwicklung. Diese Entwicklung war aber 1933 noch nicht zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Während der Jahre 1933 bis 1945 waren auch die größeren industriellen Unternehmungen der Sache nach, wenn auch nicht dem Namen nach, Staatsbetriebe. Der nationasozialistische Staat nahm sich das Recht, jede leitende Persönlichkeit, wenn sie ihm politisch oder wirtschaftlich widerstrebte, ohne weiteres zu entfernen; er vergab Aufträge, er setzte Preise, Löhne usw. fest. Der Arbeitnehmer war gegenüber seinem Betriebe machtlos. Es gab keine Lohnbewegungen, keine Lohnerhöhungen, keinen Wechsel des Arbeitsplatzes, kein Mitspracherecht bei der Führung der Betriebe. Es herrschte in vollem Umfange ein getarnter Staatssozialismus.

II. Neue Struktur der deutschen industriellen Wirtschaft

Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muß davon ausgehen, daß die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist. Es muß aber ebenso vermieden werden,daß der private Kapitalismus durch den Staatskapitalismus ersetzt wird, der noch gefährlicher für die politische und wirtschaftliche Freiheit des einzelnen sein würde. Es muß eine neue Struktur der Wirtschaft gesucht werden, die die Mängel der Vergangenheit vermeidet und die Möglichkeit zu technischem Fortschritt und zur schöpferischen Initiative des einzelnen läßt.

1. Konzern und ähnliche wirtschafltiche Gebilde, die nicht technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, sind zu entflechten und in selbständige Einzelunternehmen zu überführen. Die technische Entwicklung verlangt bei gewissen Unternehmungen eine bestimmte Mindestgröße, namentlich auch, um gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig zu sein. Diese Mindestgröße muß derartigen Unternehmungen unbedingt belassen werden.

2. Unternehmungen monopolartigen Charakters, Unternehmungen, die eine bestimmte Größe überschreiten müssen, verleihen eine wirtschafltiche und damit eine politische Macht, die die Freiheit im Staate gefährden kann. Dieser Gefahr muß dadurch vorgebeugt werden, daß entsprechende Kartellgesetze erlassen werden. (Siehe Antrag der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.) Darüberhinaus soll bei diesen Unternehmungen das machtverteilende Prinzip eingeführt werden, damit jede mit dem Gemeinwohl unverträglich Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch den Staat, Privatpersonen oder Gruppen ausgeschlossen wird.

a) Zu diesem Zweck sollen öffentliche Körperschaften wie Staat, Land, Gemeindeverbände, ferner Genossenschaften und die im Betrieb tätigen Arbeitnehmer an diesen Unternehmungen beteiligt werden: der dringend notwendigen Unternehmerinitiative ist der erforderliche Spielraum zu belassen.

b) Weiter soll bei solchen Unternehmungen der private Aktienbesitz, der in einer Hand dem Eigentum oder dem Stimmrecht nach vereinigt ist, in der Höhe gesetzlich begrenzt werden.

3. Bergbau. Monopolartigen Charakter haben die Kohlenbergwerke schlechthin wegen des von ihnen geförderten, für das gesamte Volk lebenswichtigen Urproduktes. Daher ist die Anwendung der in Ziffer II/2 aufgestellten Grundsätze auf sie vordringlich; sie sind somit zu vergesellschaften.

Wenn in besonderen Fällen die Form des Staatsbetriebes zweckmäßiger erscheint, so sollen die vorstehenden Grundsätze der Anwendung dieser Form nicht entgegenstehen.

4.Eisenschaffende Großindustrie. Auch bei der eisenschaffenden Großindustrie ist der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten. (Antrag 2 der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.)

5. Das Genossenschaftswesen ist mit aller Kraft auszubauen und die Rechtsform der Stiftungen auch in wirtschaftlichem Bereich nachdrücklich zu fördern.

6. Die schon vor 1933 begonnene gesetzliche Kontrolle des Geld- und Bankwesens sowie des Versicherungswesens muß weiter ausgebaut werden.

7. Leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe sind um ihres volkswirtschaftlichen Wertes und ihrer sozialen Aufstiegsmöglichkeiten willen zu fördern. In Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe ist die private Unternehmertätigkeit zu erhalten und zu entwickeln.

8. Rechtmäßig erworbenes Eigentum, mit dem politischer Mißbrauch nicht getrieben wurde, ist im übrigen bei der Durchführung dieser wirtschaftlichen Neuordnung im Rahmen der allgemeinen Gesetze zu achten.

III. Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Betriebe

In den Betrieben, in denen wegen ihrer Größe das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer nicht mehr auf einer persönlichen Grundlage beruht, ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung sicherzustellen. Dies muß zunächst dadurch geschehen, daß die Arbeitnehmer des Betriebes in den Aufsichtsorganen, z.B. im Aufsichtsrat des Unternehmens, die ihnen zustehende Vertretung haben. Zu diesem Zweck bedarf es einer Reform des Gesellschaftsrechts. Insbesondere ist dem Aufsichtsrat eine stärkere Stellung gegenüber der Verwaltung zu verleihen.

Bei Großbetrieben mit mehrköpfigem Vorstand sollte Betriebsangehörigen, die in langjähriger Betriebszugehörigkeit sich um den Betrieb verdient gemacht haben, Mitwirkung in der Leitung des Unternehmens durch Berufung in den Vorstand gewährt werden. Die Berufung erfolgt auf Vorschlag der Betriebsangehörigen, die dem Aufsichtsrat mindestens drei Vorschläge zu unterbreiten haben.

Dem von der Belegschaft gewählten Vorsitzenden des Betriebsrates ist Gelegenheit zur Mitwirkung in allen Fragen zu geben, welche die sozialen Interessen der Betriebsangehörigen berühren. Darüber hinaus hat die Betriebsleitung in jedem

Fall dem Betriebsrat einmal monatlich Bericht über die Lage des Unternehmens zu erstatten, und den Betriebsratsangehörigen ist ein Anspruch auf Auskunftserteilung in diesen Besprechungen zuzubilligen.

Durch geeignete Maßnahmen soll den Arbeitnehmern eine Beteiligung am Ertrage gesichert werden. Die Formen dieser Beteiligung können verschiedenartig sein und unterliegen besonderer Vereinbarung. (Siehe Antrag 3 der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.)

VI. Planung und Lenkung der Wirtschaft

wird auf lange Zeit hinaus in erheblichem Umfange notwendig sein; es ist aber ein Unterschied, ob die Planung und Lenkung im Hinblick auf die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage erfolgt oder von Fall zu Fall als notwendig betrachtet wird, oder ob die Planung und Lenkung der Wirtschaft als Selbstzweck angesehen wird. Planung und Lenkung wird auch in normalen Zeiten der Wirtschaft in gewissem Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat.

Diese Planungs- und Lenkungsaufgaben sollen von Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft und Wirtschaftskammern wahrgenommen werden. Ob diese Wirtschaftskammern identisch sein werden mit den Industrie- und Handelskammern, ist eine Frage von sekundärer Bedeutung. Notwendig ist auf jeden Fall, daß die breiten Massen der Arbeitnehmer und Konsumenten an dieser Planung und Lenkung innerhalb der wirtschaftlichen Selbstverwaltung neben den Unternehmern gleichberechtigt teilnehmen. In ihren letzten Entscheidungen unterliegen auch die Selbstverwaltungsköprerschaften der parlamentarischen Kontrolle. (Siehe Antrag 4 der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.)

Bei allen Reformen der deutschen Wirtschaft

mag es sich um Bodenreform, Neuaufbau der industriellen Wirtschaft oder Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Betrieb handeln, ist das erste und vornehmste Ziel das Wohl des gesamten Volkes. Die deutsche Wirtschaft hat weder in erster Linie dem Wohle einer bestimmten Schicht zu dienen noch dem Auslande. Die Alliierten insbesonders haben ein Recht und ein Interesse an der Beseitigung der ausgesprochenen Kriegsindustrie und an Wiedergutmachungsleistungen nach Befriedigung der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Sie haben aber kein Recht, unter Hintansetzung der notwendigen Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes, die deutsche Industrie so zu beschneiden oder so zu gestalten, wie es das Exportbedürfnis ihrer eigenen Industrien verlangt. Demontage nicht kriegsindustrieller Werke dient ebenso diesem Zweck wie die Übertragung des Eigentums an den Grundindustrien auf den deutschen Staat, da sich dann jede gewollte wirtschaftliche Maßnahme durch politischen Druck auf den politisch schwachen Staat erreichen läßt.

Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die deutsche Wirtschaft nicht nur industriell ist; sie umfaßt als wesentliche Teile: die industrielle Wirtschaft, die bäuerliche Wirtschaft, das Handwerk, Handel, Gewerbe und Verkehr, Geld- und Bankwesen.

Alle Teile der Wirtschaft greifen ineinander und stehen in Wechselwirkung. Kein Teil darf losgelöst vom anderen betrachtet werden. Bei der Gestaltung der industriellen Wirtschaft muß deshalb der Zusammenhang mit den übrigen Wirtschaftsteilen berücksichtigt werden.

Ebenso einstimmig, wie das Ahlener Programm von der CDU proklamiert worden ist, formulierte die CDU-Fraktion des Landtages für Nordrhein-Westfalen sofort die sich daraus ergebenden nachstehenden sechs Anträge:

1. Betrifft: Entflechtung von Bergbau, eisenschaffender Großindustrie
2. Betrifft: Änderung der Besitz- und Machtverhältnisse in der Wirtschaft
3. Betrifft: Neuordnung der Verhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern
4. Betrifft: Planung und Lenkung der Wirtschaft
5. Betrifft: Offenlegung der Besitzverhältnisse im Bergbau, in eisenschaffender und chemischer Großindustrie ...

Aus der Präambel des am 1. März 1946 in Neheim Hüsten verabschiedeten Programms der CDU der britischen Zone.

„Die CDU will ein anderes, ein neues Deutschland aufbauen. Die Epoche in der die materialistsche Weltanschauung in Deutschland die geistige Grundlage wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, soll zu Ende sein. Auch der Nationalsozialismus wurzelt in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entstammenden Grundsätze bis zur äußersten Konsequenz durch ... Nur eine weltanschauliche Änderung des Volkes kann eine Besserung bringen ... An die Stelle der materialistischen muß wieder die christliche Weltanschauung treten, an die Stelle der sich aus dem Materialismus ergebenden Grundsätze die Grundsätze der christlichen Ethik. Sie müssen bestimmend werden für den Wiederaufbau des Staates und die Abgrenzung seiner Macht, für die Rechte und die Pflichten der Einzelperson, für das wirtschaftliche und soziale Leben, für unsere Kultur, für das Verhältnis der Völker zueinander."

„Mit dem Rechtsgedanken im engeren Sinne muß sich gerade in der heutigen Zeit mehr denn je der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit verbinden. Es entspricht meiner innersten Überzeugung, wenn ich sage, das neue Deutschland muß ein soziales Deutschland sein, sonst wird es nichts sein. Das bedeutet nicht, daß ein Trennungstrich zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft zu ziehen ist. Es muß vielmehr insbesondere angesichts der Notlage, in der wir uns befinden, versucht werden, mit allseitigem guten Willen über die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Tempos und der Methode der sozialen Neugestaltung hinwegzukommen und eine gemeinschaftliche Grundlage zu finden, die das Volksganze im Auge hat.

In dieser Beziehung stehen sich namentlich zwei Auffassungen gegenüber. Der einen entspricht die mehr autoritäre Methode, für die die Schaffung der neuen Gesellschaftsordnung der absolute Zweck ist, hinter den das Individuum und seine Freiheit zurückzutreten haben. Die andere Auffassung hat zwar auch die soziale Neugestaltung zum Endziel, ohne daß aber das Ziel auf Kosten des Individuums und der freien Willensentscheidung erreicht werden soll.

Für die gegenwärtige Situation halte ich den zweiten Weg für den richtigen und zwar schon deshalb, weil nach der Dialektik der Weltgeschichte auf eine Zeit des Zwanges und der unerträglichen Unfreiheit, wie wir sie hinter uns haben, zunächst eine Periode der Wiederherstellung der indiviuellen Freiheit folgen muß, ehe zu einer neuen, wenn auch andersartigen Einschränkung der persönlichen Freiheit geschritten wird. Ich bekenne mich gerade auch in dieser Beziehung zu dem Freiheitsgedanken der Demokratie und damit auch zu einer demokratischen Durchführung des sozialen Gedankens.

Wirklich politischer Wille entsteht nur aus der Freiheit, und so glaube ich, das deutsche Volk und damit auch das hessische Volk richtig zu verstehen, wenn ich sage: Das deutsche Volk hat genug von dem Zellenleiter und Blockwart. Es will in Freiheit seiner Arbeit nachgehen. Nach meiner Auffassung muß die soziale Umgestaltung auf demokratischem Wege erreicht werden. Dabei muß jedem Aufkommen eines neuen asozialen Kapitalismus energisch entgegengetreten werden, falls eine solche Entwicklung in einem solch verelendeten Land wie dem unsrigen, überhaupt noch denkbar ist. Auch müssen Konjunktur- und Spekulationsgewinne, soweit sie überhaupt noch möglich sind, voll weggesteuert werden.

Nach der weitgehenden Herstellun einer sozialen Gerechtigkeit tut vor allen Dingen auch geistige Freiheit not. Gerade in dieser Hinsicht muß aber unser Volk noch sehr viel lernen."

(Quelle: Karl Geiler, Geistige Freiheit und soziale Gerechtigkeit im neuen Deutschland, Verlag der Greif, März 1947, Seite 18)

„Die geschichtliche Einordnung des Ahlener Programms ist nicht möglich ohne Hinweis auf die Scheidung, die Konrad Adenauer bereits im Sommer 1945 zwischen ‚Sozialismus' und ‚Sozialer Verantwortung' gezogen hat. Dieser Graben ist deutlich und tief. Das Ahlener Programm überwindet in seiner Forderung, den Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen, „Plan" und „Sozialismus". Es leitet eine neue Entwicklung in den Beziehungen der Sozialpartner ein, auch wenn diese einen anderen Verlauf nimmt, als in den Überlegungen angenommen und festgelegt ist. Im Ahlener Programm wird vor allem eine neue Wirtschaftsordnung konzipiert.

Mit der Verkündung des Ahlener Programms durch die CDU der britischen Besatzungszone, deren industrielle Gegebenheiten dabei durchschlugen, erreichte die Diskussion um den "Sozialismus aus christlicher Verantwortung" ihren Höhepunkt. Die Formel erhielt in Berlin ihre besondere Akzentuierung während die Vorsitzenden der CDU/CSU der britischen und amerikanischen Besatzungszone, die am 3. April 1946 in Stuttgart zusammenkamen, Ausdrücke wie „christlicher Sozialismus" für unpassend hielten und als „Schlagworte ohne besonderen Inhalt", die geeignet seien, „Verwirrung und tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten hervorzurufen" bezeichneten. Die Strömungen, die sowohl Wunschbild der Tage des Hungers, als auch Vorstellungen eines gesellschaftlichen Neubaus auf den Trümmern der untergehenden bürgerlichen Ordnung waren, ergriffen auch die CDU/CSU, zumal sich die Meinung verbreitete, der Sozialismus sei die gerechteste Form der Verteilung des Mangels und des Elends. Es blieb nicht aus, daß die Vorstellungen über den gleißnerischen Begriff des „christlichen Sozialismus" von der „Skala dieser gemäßigten Töne hinüber bis zur radikalen Erinnerung an das Ethos urchristlicher Eigentumslosigkeit reichte."

Ahlen versuchte, dise Unsicherheit zu beenden. Das Land wartete zwar auf Konsumgüter, glaubte jedoch auch, mittels Pläne und Programm in ihren Besitz zu kommen. Die Möglichkeiten einer freien, jedoch in sozialer Pflicht gegenüber dem ganzen genommenen Wirtschaft schien angesichts der Zersplitterungen und Beschränkungen gering zu sein. Ein Vertreter der CDU der britischen Besatzungszone erklärte auf dem 2. Parteitag des CDU-Landesverbandes Nordbaden im Juni 1947 zu dem Vorwurf, daß der Begriff des christlichen Sozialismus aufgegeben worden sei, daß die CDU in einem ernsten Kampf mit der Sozialdemokratie stehe und fuhr fort: ‚Wir haben gespürt, daß wir unsere eigenen Leute, unsere eigene christliche Arbeiterschaft mit diesem Begriff nur verwirren, während doch in der Gegenwart Klarheit die unbedingte Forderung der Stunde ist. Deswegen haben wir das Ahlener Programm ganz bewußt auf dem alten Christlich Sozialen Erbgut aufgebaut und wir führen andererseits die Sozialausschüsse ... ganz bewußt in dem alten christlich sozialen Geist. Wir wollen unsere Arbeiterschaft erfüllen mit dem Ideengut eines Freiherr v. Stein, eines Görres, eines Kolping, Ketteler, Wichern, Stöcker, Stahl usw. Wir wollen ihnen ... zeigen, was ei-

gentlich christliche Demokratie, was eigentlich christliche Sozialreform im Gegensatz zur sozialistischen Sozialreform ist."

(Quelle: Ernst Deuerlein, CDU/CSU 1945 – 1957, Beiträge zur Zeitgeschichte 1957, Seite 77 – 82)

„Obwohl das Programm zwar eindeutig das private Eigentum, die Wettbewerbs- und die Unternehmerinitiative bejaht, fordert es andererseits die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisenschaffenden Großindustrie sowie die Planung und Lenkung in der Wirtschaft: Gedanken, die aus der Situation verständlich sind und zur damaligen Zeit selbst konservativen Kreisen durchaus nicht fremd waren. Eugen Gerstenmaier bekannte, daß zwischen 1940 und 1944 der Kreisauer Kreis sich eine deutsche Nachkriegswirtschaft nur vorstellen konnte in der Gestalt einer moderierten Planwirtschaft auf der Grundlage der sozialisierten Grund- und Schlüsselindustrie. Mit dem Ahlener Programm versucht somit die vom christlichen Sozialismus beeinflußte CDU der britischen Zone eine Antwort auf die Irrtümer des Sozialismus zu geben, erteilt aber auch dem Kapitalismus eine Absage."

(H. Geißler zum Ahlener Programm)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter

– Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten. –

Ein entscheidender Sieg über den US-Imperialismus

Mit der Gründung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik fand das koreanische Volk eine noch mächtigere Waffe im Kampf für die konsequente Verwirklichung der großen Sache des Sozialismus und Kommunismus in Korea. Da es seinen souveränen, unabhängigen und sozialistischen Staat hatte, war unser Volk in der Lage, die entscheidende Überlegenheit der revolutionären Kräfte im gesamtnationalen Maßstab zu sichern, die Anschläge der Imperialisten und aller Reaktionäre entschieden zum Scheitern zu bringen sowie seinen revolutionären Kampf und seine Aufbauarbeit erfolgreich weiterzuführen.

Der dreijährige Krieg, der uns vom USA-Imperialismus aufgezwungen wurde, war eine Entscheidungsschlacht, von der das Schicksal des Vaterlandes abhängig war, und die härteste Bewährungsprobe für unsere Republik und unser Volk. Die USA-Imperialisten unternahmen verzweifelte Anstrengungen, unsere Republik schon bei ihrem Entstehen zu vernichten. Die Feinde konnten jedoch unser heldenhaftes Volk, das sich mit glühendem Haß gegen die Aggressoren wie ein Mann zum gerechten Widerstandskrieg erhob, nicht bezwingen.

Durch die Erringung des großen Sieges im Vaterländischen Befreiungskrieg trieb unser Volk den USA-Imperialisten den Hochmut aus, sich für die „Allmächtigsten" der Welt auszugeben, schlug den Mythos ihrer „Stärke" kurz und klein und leitete den Beginn des Niedergangs des USA-Imperialismus ein. Im Vaterländischen Befreiungskrieg vereitelte das koreanische Volk die aggressive Absicht der USA-Imperialisten, die Länder des sozialistischen Lagers zu bedrohen, verteidigte fest den östlichen Vorposten des sozialistischen Lagers und leistete einen großen Beitrag zum Schutz des Friedens und der Sicherheit in der Welt."

Adenauer am 3.12.1949: *„In der Öffentlichkeit muß ein für allemal klargestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland bin."*

Adenauer am 7.8.1950: *„Bis jetzt hat das deutsche Volk seine Haltung gegen die Drohung des Kommunismus durch sein Vertrauen auf die bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten bewahrt. Die Ereignisse in Korea haben aber eine unheimliche Auswirkung gehabt, und es besteht ein Gefühl der Hilflosigkeit, daß die Russen eines Tages die Macht ergreifen werden. ... Wir müssen die Notwendigkeit einer Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen."*

„Gotterfülltheit" durch „noch mehr Arbeit und Dienst"

Rede zur Übernahme des Rektorats des Orangeriehauses in Darmstadt durch den neugewählten Rektor Prof. Dr. R. Viehweg.

„Voran steht wie ich glaube die Notwendigkeit der Erkenntnis, daß dieses bedrückende äußere Geschehen, daß sicher nicht ohne unser eigenes Verschulden über uns hereingebrochen ist und diese so schwere Lage, in die wir dadurch hineingeraten sind, nicht das Ganze unseres Lebens ist. Dieses Heutige, Diesseitige, wie es Rilke nennt, ist ja nur ein Teil unseres Gesamtdaseins, das auch die geistig seelische Welt und damit sowohl das Vergangene wie in gewissem Sinne auch das Künftige mit umfaßt.

Je mehr wir uns der Ganzheit unseres Daseins in diesem Sinne bewußt sind, desto weniger kann das Heutige, niederdrückende Gewalt über uns gewinnen, desto freier vermögen Geist und Seele in uns ihre Schwingen zu entfalten, desto stärker sind unsere Beziehungen zum Überzeitlichen, Ewigen, Göttlichen. Und wir kommen dann von selbst zu der lebensformenden Erkenntnis, daß am Anfang nicht die Materie steht, sonder der Geist, aber nicht der menschliche Geist, sondern der von uns nur zu ahnende, aber nicht zu fassende schöpferische Geist, und daß dieser göttliche Geist der Urgrund ist, in dem alles wurzelt."

(Quelle: Karl Geiler „Geistige Freiheit und soziale Gerechtigkeit" im neuen Deutschland, Verlag der Greif, März 1947, S. 18)

„Organisation der Weltsicherheit und soziale Neuordnung – das sind die Aufgaben der bestimmenden Großmächte. Aber auch die vollkommenste Organisation kann im Ernstfall versagen, wenn der Mensch, der Träger der Organisation, dem privaten oder dem kollektiven Egoismus ausgeliefert ist. Notwendig ist also die Erziehung des Menschen zu Gerechtigkeit, Güte und Liebe. Diese Erziehung führt nicht zum Ziel, wenn nur Vernunft und Humanität. Nein, diese Erziehung muß Umkehr des Menschen bedeuten, Rückkehr zu den tiefsten Quellen, Bindung an die Furcht, die höher ist als alle menschlichen Gedanken. Befreit von der Last und der Verantwortung der Machtpolitik können wir Deutschen uns dieser Aufgabe widmen. Wir wollen versuchen unsern kranken Sinn zu heilen durch Selbsterkenntnis, noch mehr aber durch Arbeit und Dienst."

(Quelle: Wir fangen an. Ein Ruf an die Jugend und ein Wort auf den Weg. Arbeitshefte der christlichen Jugend, Heft 1, Stuttgart, 1946, S. 77)

Ansprache über den Rundfunk – Radio Frankfurt am 1. Weihnachtstag 1945

„Aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Er braucht mehr, gerade in der Zeit und Not und Bedrängnis. Nun haben die Nationalsozialisten neben vielem, was sie wirklich totgeschlagen haben, auch versucht, Gott totzuschlagen. Denn die Barbareien und Unmenschlichkeiten, die sie begangen haben, sind überhaupt nur aus einer völligen Gottlosigkeit zu erklären. Aber sie haben, und das war einer ihrer größten zahlreichen Irrtümer, dabei übersehen, daß Gott sich nicht totschlagen läßt. Und sie haben nur erreicht, daß das religiöse Bedürfnis gerade heute wieder besonders stark im deutschen Volk hervortritt. An die Stelle der Entgöttlichung, die schon durch Aufklärung und Rationalismus vorbereitet war, tritt in zunehmendem Maße eine neue Gotterfülltheit und eine dem mittelalterlichen Geist sich nähernde Gottbezogenheit. Dieses neu erstarkte Gefühl des Volkes werden wir pflegen und hegen in enger Verbundenheit mit der Kirche und den religiösen Gemeinschaften, auf das Gott wieder in der deutschen Welt sei, wie er es früher war."

(Quelle: Karl Geiler, „Geistige Freiheit und soziale Gerechtigkeit" im neuen Deutschland Verlag der Greif, März 1947, S. 18)

Christlich soziales gegen die Theorie der Arbeiterklasse

„Das deutsche Volk weiß, daß seine nächste Zukunft schwer sein wird, aber es muß auf bessere Zeiten hoffen dürfen. Es will keinen Krieg mehr und ist zu dauerner Abrüstung bereit, es wird sogar zu einer dauernden völkerrechtlichen Neutralisierung bereit sein..."

(Adenauer in der Westfalen-Zeitung am 31. Dezember 1946, Quelle: Zitiert nach Rolf Badstübner Restauration in Westdeutschland 1945 - 1949 Dietz-Verlag Berlin 1956, Seite 156)

Westdeutsche Kapitalanlagen nach Ländern mit mehr als 15 Mio DM, Stand Dez. 1956

Entwickelte Länder		schwach entwickelte Länder	
Kanada	163,0	Brasilien	299,3
USA	125,3	Argentinien	77,0
Franc-Zone	120,7	Südafrikanische Länder	40,9
Schweiz	79,5	Spanien	40,6
Niederlande	51,8	Ägypten	19,8
Italien	24,3	Türkei	17,7
Großbritannien	20,3	Indien	17,6

„Zwischen den Generalstäben der USA, Großbritanniens und Frankreichs fanden im Sommer 1947 erste Gespräche statt, in denen allerdings noch in sehr allgemeiner Form die Möglichkeit einer westlichen Verteidigung gegen die Sowjetunion erörtert wurden. ... Schon im Juni 1948 hatte General Speidel auf Wunsch Carlo Schmids das Problem der deutschen Sicherheit analysiert. (...) In seiner Antwort hält Speidel eine Neutralität auf Grund der geopolitischen Lage Deutschlands für undurchführbar und hegte an der Effektivität eines eventuell bewaffneten Schutzes durch die UN erhebliche Zweifel. Die beste Sicherheit sah er in einer Lösung, wie sie in Japan getroffen worden war, wo die Grenzen eines

unbewaffneten Landes durch die Besatzungsmacht garantiert worden waren. (...) Mitte November 1948 hatte Adenauer General a.D. Speidel mit der Erstellung eines Gutachtens über die Möglichkeit der Verteidigung des Gebietes der Westzone beauftragt. Dabei kam Speidel zu einer skeptischen Beurteilung westlicher Bereitschaft, deutsches Territorium zu schützen."

(Quelle: F. Thelen Zur Wiederbewaffnung der BRD 1950 - 1955 Erlangen 1974, S.14, 34, Zitiert nach Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitsheft 4)

„In einem deutschen Förderativsystem muß dem Rheinland und Westfalen eine besondere Rolle zufallen. Die rheinisch-westfälischen Länder haben unter der bischöflichen Herrschaft des ausgehenden Mittelalters und unter der darauffolgenden preußischen Tradition kein landmannschaftliches Selbstbewußtsein entwickeln können. Ihre geschichtliche Überlieferung ist durch den Einfluß geprägt, den die Antike und die Blütezeit des christlichen Abendlandes ausgeübt haben. Es finden sich hier die Grundlagen, die wir für die Erneuerung des naturrechtlichen Denkens, für eine Verbindung von Sitten, Gesetz und Politik, für die Gesamtschau eines christlich universalen Weltbildes benötigen.

Zwischen Loire und Weser schlug einst das Herz des christlichen Abendlandes. ... Eine Erneuerung des abendländischen Gedankens kann nur das Ergebnis einer fruchtbaren Begegnung zwischen Deutschland und Frankreich sein. Ein starkes und gesundes rheinisch-westfälisches Land würde Träger dieser Bewegung werden, es würde weit über seine deutsche Aufgabe hinaus Funktionen europäischen Ausmaßes vollziehen können."

(Rheinischer Merkur 21. Febr. 1948 (Konrad Adenauer))

Kohls Mannschaft stellt die „neue soziale Frage" und gibt die alte Antwort: Zerschlagung der Arbeiterbewegung – Das Mannheimer Programm der CDU

Christliche Ideologie, um das Grundrecht auf Ausbeutung „mehrheitlichen Zugriff der Gesellschaft zu entziehen"

„Wer den Menschen primär als gesellschaftliches Wesen begreift, vermag im Zweifel sein Recht und seine Freiheit nicht gegen die Übergriffe der Gesellschaft zu schützen. Es genügt nicht zu sagen, daß der Staat die Grundwerte nicht geschaffen habe, sondern sie vorfinde. Er findet sie vor – aber nicht empirisch in der Gesellschaft, sondern in der Natur des Menschen.

Anders als von dieser Ebene her lassen sich die Grundrechte dem mehrheitlichen Zugriff der Gesellschaft nicht entziehen, läßt sich die Gefahr einer normativen Verabsolutierung der Gesellschaft nicht bannen. Deshalb beschreibt unser Entwurf für ein Grundsatzprogramm zu Beginn in einfachen und klaren Worten unser Verständnis vom Menschen: „Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes Programm ableiten. Aber er gibt uns das Verständnis vom Menschen. Darauf beruht unsere Politik."

Der Mensch kann weder als Individuum noch als Kollektiv über den Menschen verfügen. Für den Christen verdankt der Mensch Ursprung und Ziel seines Lebens nicht sich selbst: „Verantwortliche Politik hat vor allem die unantastbare Würde der Person zu schützen. Die Würde des Menschen bleibt unabhängig von seinem Erfolg oder Mißerfolg und unberührt vom Urteil der anderen."

Aus unserem Verständnis vom Menschen leiten wir die Grundwerte unseres Handelns ab. Diese Grundwerte sind für uns christlich begründet, aber es sind deshalb keine christlichen, sondern allgemein-menschliche Grundwerte. Die Grundwerte dienen nicht der Politik einer Partei, sondern dem Gemeinwesen im ganzen."

(aus: Helmut Kohl, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Rede vor der Katholischen Akademie Hamburg, 13. Juni 1976)

Christliche Freiheit ... Das Recht, ausgebeutet zu werden

„Der Mensch hat seine Würde vor jeder Leistung. Aber seine Freiheit erfordert auch, daß wir ihm Möglichkeiten zur Leistung schaffen und diese dann anerkennen. Im Leistungsprinzip erkennen wir nicht allein und primär seine ökonomische Bedeutung, sondern die Chance auf Selbstverwirklichung. Dieses Verständnis von Leistung erfordert aber auch, jenen solidarisch zur Seite zu stehen, die nicht die Freiheit, die Möglichkeit haben, so viel wie andere zu leisten."

(aus: Ludwigshafener Programm)

Christliches Bekenntnis zum Privateigentum

„Die soziale Marktwirtschaft hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft wurde erdacht und geschaffen, um diese Freiheit auch im Zeitalter von Industrialisierung und Arbeitsteilung für jedermann zu schaffen und das Bewußtsein für Selbstverantwortung ebenso wie die Bereitschaft zur Mitverantwortung für den Mitmenschen und für das Allgemeinwohl zu wecken und wirksam zu machen."

(Ludwigshafener Programm)

Auf der Suche nach Spaltungslinien – Die „Neue Soziale Frage"

„Die großen gesellschaftlichen Gruppen und Verbände: Unternehmensverbände und Gewerkschaften, Großunternehmen, Interessenverbände und Selbstverwaltungsorganisationen verfügen, wenn sie wirksam sind, über gesellschaftliche Macht. Diese Macht ist notwendig, wenn die Gruppe ihre legitime Aufgabe erfüllen soll. Sie kann jedoch den gesellschaftlichen Machthaushalt auch nachhaltig stören und die Funktionsfähigkeit des Staates in bestimmten Teilbereichen beeinträchtigen. Dies gilt für die Auseinandersetzungen organisierter Gruppeninteressen untereinander, ebenso wie für das Verhältnis der Gruppen zum Staat oder zur Allgemeinheit. Der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist dafür ebenso ein Beispiel wie der Ausstand organisierter Spezialisten zum Nachteil der Allgemeinheit.

... Mehr denn je gewinnt dabei die Aufgabe des Staates an Bedeutung, seine Gesamtverantwortung gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen durchzusetzen und die Interessen der Allgemeinheit zu wahren."

(Mannheimer Programm)

„99. Seit dem 19. Jahrhundert stand die Sozialpolitik im Banne des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit. Ihre Aufgabe bestand darin, die Lebenslage der Arbeitnehmer zu verbessern. Die soziale Frage war eine Arbeiterfrage. Die traditionelle Sozialpolitik war erfolgreich. Sie hat viel dazu beigetragen, den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu entschärfen. Den Konflikt gibt es noch; es sind aber neue soziale Probleme und Konfliktfelder entstanden.

100. Die CDU hat als erste politische Kraft erkannt: Zu dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit sind Konflikte zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen, Erwerbstätigen und nicht im Berufsleben Stehenden, Mehrheiten und Minderheiten getreten. Die Nichtorganisierten, alte Menschen, Mütter mit Kindern, Behinderte, nicht mehr Arbeitsfähige, sind den organisierten Verbänden im Verteilungskampf um das Bruttosozialprodukt in der Regel unterlegen. Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere Gruppen sind heute in mächtigen Verbänden organisiert. Sie treten nicht nur gegeneinander an, sondern behaupten ebenso wirkungsvoll ihre Sonderinteressen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Der demokratische Staat läuft Gefahr, sich nur nach organisierten Mehrheiten zu richten. Der Staat als Anwalt des Gemeinwohls hat aber die Aufgabe, die Machtlosen und Minderheiten in der Gesellschaft im Wettstreit um die materiellen und immateriellen Güter zu schützen. Hier stellt sich die Neue soziale Frage.

...

107. Die Neue Soziale Frage erfordert eine neue soziale Politik. Sie ist soziale Ordnungspolitik. Ihre Handlungsprinzipien sind:

- Die sozialen Leistungen müssen auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentriert werden.
- Durch eigene Leistung oder Aufopferung für die Gemeinschaft erworbene Rechtsansprüche verdienen besonderen Schutz.
- Die sozialen Leistungen müssen humaner und wirtschaftlicher erbracht und so geordnet werden, daß ihre soziale Wirksamkeit erhöht wird.
- Es ist besser die Entstehung sozialer Übel zu verhindern, als sie nachträglich zu beseitigen. Deshalb müssen bereits in den Planungen die wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

108. Die Gesellschaft orientiert sich an hergebrachten Maßstäben. Nach diesen neigt sie zu beurteilen, was sozial ist. Soziale Ansprüche, die bei ihrer Entstehung geboten waren, müssen aber einer laufenden Überprüfung standhalten. Dies gilt für die Besitzstände aller sozialen Gruppen, auch im Bereich der Steuervergünstigungen und Subventionen. Soziale Ordnungspolitik wird in Zukunft verstärkt von uns fordern, Prioritäten zu setzen, Gruppen und Verbände schulden eine Begründung, ob ihre Ziele weiterhin die frühere soziale Berechtigung besitzen. Sonst bleiben die Notstände anderer ungelöst."

(aus: Ludwigshafener Programm)

Die „Neue soziale Frage" ist die alte

„1976 leben in der Bundesrepublik rund 62 Millionen Menschen. Darunter werden von der bürgerlichen Statistik rund 26½ Millionen als Erwerbspersonen gezählt. Das sind rund 43 Prozent der Wohnbevölkerung. Erwerbspersonen, das sind Kapitalisten auf der einen Seite, Arbeiter und die übrigen Lohnabhängigen auf der anderen Seite. Von diesen rund 26½ Millionen Erwerbspersonen kommen gegenwärtig etwa 25½ Millionen einem „Erwerb" nach. Die einen erwerben sich einen Profit durch die Ausbeutung fremder Arbeitskraft, die anderen erwerben sich einen Lohn durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Zu letzteren kommen die mehr als 1 Millionen Arbeitslosen hinzu, die gegenwärtig ihre Arbeitskraft vergeblich anbieten und auf die Arbeitslosenversicherung oder die Sozialhilfe an-

gewiesen sind. Rund 22½ Millionen der 26½ Millionen sind Lohnabhängige. Unter ihnen waren 1975 etwa 2 Millionen Ausländer. 15,7 Prozent der Erwerbstätigen, das sind die Erwerbspersonen abzüglich der Arbeitslosen, wurden in der Statistik als Selbständige gezählt. 84,3 Prozent der Erwerbstätigen waren Abhängige. Unter den Selbständigen finden sich so verschiedene Leute wie kleine Bauern, Handwerker und Großkapitalisten. Unter den Abhängigen werden Industriearbeiter und Beamte, kleine Angestellte, Manager und Regierungsdirektoren zusammengezählt. Große Unterschiede gibt es in der „Selbständigkeit" und in der Abhängigkeit. Insgesamt jedoch zeigt die bürgerliche Statistik, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in zwei Teile zerfällt, in die besitzenden Klassen und die besitzlosen Klassen, und daß die besitzlosen Klassen die übergroße Mehrheit der Gesellschaft bilden. Die besitzlosen Klassen werden gebildet durch das moderne Proletariat mit einem Kern von rund 9 Millionen Industriearbeitern und die übrigen lohnabhängigen Schichten, die wie das Proletariat vom Verkauf der Arbeitskraft leben, jedoch nicht unmittelbar an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums in der Mehrwertproduktion teilnehmen. Wenn auch verzerrt, so spiegelt die bürgerliche Statisktik doch die Klassenspaltung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft wieder.

Die Klassenspaltung bewirkt, daß sich auf dem einen Pol der Gesellschaft immer neu die Lohnabhängigkeit reproduziert, während sich auf dem anderen Pol immer größere Teile des gesellschaftlichen Reichtums als Kapital anhäufen. Diese Klassenspaltung hat sich in den dreißig Jahren seit der Niederschlagung des Hitler Faschismus durch die Alliierten und die Völker der Welt vertieft und kann nur durch die proletarische Revolution beseitigt werden."

KUK, Arbeitsheft 1, S. 6)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Rheinland Pfalz Programm der CDU: Mobilisierung von Arbeitskraft und Kapital für die imperialistische Expansion
Schwarz-rot-goldenes-Programm zur schärferen Schweißauspressung!

„Diese Gesellschaft beruht auf der Warenproduktion. In ihr sind die Produktionsmittel in den Händen weniger Kapitaleigentümer konzentriert.

Die Arbeiter sind von den Produktionsmitteln getrennt und als besitzlose Proletarier gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die Lohnarbeit schafft das Kapital, welches die Lohnarbeit ausbeutet. Das Kapital kann sich nur unter der Bedingung vermehren, daß es neue Lohnarbeit ausbeutet. Der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital ist die Grundlage des unversöhnlichen Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist in dieser Gesellschaft Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit.

Die soziale Revolution hebt das Privateigentum an den Produktionsmitteln auf, und schreitet fort zur Ablösung der Warenproduktion durch die unmittelbar gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, die mit Willen und Bewußtsein von dem frei assoziierten Arbeitsvolk vollzogen wird. Mit der Aufhebung des kapitalistischen Eigentums beseitigt die soziale Revolution die Grundlage für die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und bereitet so den Boden für die Befreiung der ganzen geknechteten Menschheit, indem sie der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzt. Indem sie im Laufe ihrer eine ganze geschichtliche Epoche dauernden Entfaltung den Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit sowie den zwischen Stadt und Land aufhebt, führt sie schließlich zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist und worin die Produktion und Verteilung ausschließlich nach dem Grundsatz geregelt wird: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen'."

(Programm des KBW)

Der Bauplan der Spaltung

„Natürlich gibt es heftigen Streit unter den Tarifparteien um Prozente und Rahmenbedingungen. Am Ende siegen doch nicht die Kapitalisten gegen die Arbeitnehmer oder umgekehrt. Gewinner sind vielmehr die Tarifpartner zusammen, und zwar in starken Branchen und Regionen.

Die Mächtigen diktieren praktisch gemeinsam dem Rest der Gesellschaft die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen. Und heute siegen letztlich nicht selten die Beschäftigten gegen die Unbeschäftigten. Dieser Rest, die Schwachen der Gesellschaft, ist eine gewaltige Zahl, vielleicht die Mehrheit. Aber sie lassen sich nicht organisieren wie große Tarifparteien. In ihrem Alter, in ihrem Geschlecht, in ihren Aufgaben, in ihren Interessen und Beschwerden sind sie nicht auf einen Nenner zu bringen. Was sie eint, ist, daß sie zusammen die Klasse der Abhängigen bilden:

Rentner, ältere Arbeitnehmer; Angelernte und Ungelernte, vor allem in der jungen Generation, die den psychosozialen Gefahren der Arbeitslosigkeit mehr als alle anderen ausgesetzt sind; die auf Teilzeitarbeit angewiesenen Frauen, die sich besonders schwer tun in der Beschäftigungskrise; die Hausfrauen, jene letzten Idealisten der Nation, von denen wir kostenlose Dienste und Betreuung erwarten, große Teile der Selbständigen im Handwerk, im Handel und in der Industrie, die von der Wirtschaftspolitik dieser Regierung besonders schwer getroffen sind, schließlich die Bewohner zurückgebliebener Regionen."

(aus: Heiner Geißler)

Vom „Allgemeinwohl" zur Arbeitspflicht

„Die Aufgabe staatlicher Ordnungspolitik ist es, Eigeninteresse und Gemeinwohl in Einklang zu bringen, damit Leistung für sich auch Leistung für andere ist. Dazu setzt der Staat den Rahmen des Wettbewerbs, er garantiert Vertragsfreiheit, Eigentum und die Grenzen dieser Rechte, er bestimmt in den Grundzügen das Recht der Arbeitsverhältnisse. Ziel ist dabei das Gemeinwohl. Wer Leistung verweigert, obwohl er leisten könnte, handelt unsozial. Wer Leistung erbringt, muß in jedem Fall besser gestellt werden als derjenige, der Leistung verweigert."

(Ludwigshafener Programm)

Lohnpolitik – „Verzicht heute" und Rationalisierungen zur Erhöhung der Profite

„Unverzichtbare Voraussetzungen einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik sind eine bedarfsgerechte Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und eine solidarische Lohnpolitik unter Einschluß der Vermögensbildung...

Durch Strukturpolitik soll die Fähigkeit der Wirtschaft gestärkt werden, sich neuen Entwicklungen anzupassen und sie sozial erträglich zu gestalten. Zu hohe Produktionskosten im Vergleich zu anderen Ländern, knapper und teurer werdende Energieträger und Rohstoffe, die Erfordernisse des Umweltschutzes sowie die wachsende Bedeutung von Dienstleistungen erfordern einschneidende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die staatliche Wirtschaftspolitik muß den Strukturwandel fördern und darf keine veralteten Strukturen künstlich bewahren."

(Ludwigshafener Programm)

„Investitionen sind die notwendige Voraussetzung für neue Arbeitsplätze. Jede verdiente Mark kann nur einmal ausgegeben werden. Entweder wird sie zum Kauf von Gebrauchsgütern, also für Konsumzwecke verwandt, oder sie wird gespart. Nur dann steht sie für Investitionszwecke zur Verfügung. Investieren heißt: Wohlstand morgen. Der Preis heißt allerdings: Verzicht heute – und dies wird um so leichter gehen, je mehr Arbeitnehmer wir durch die Vermögensbildung am Investieren interessieren.

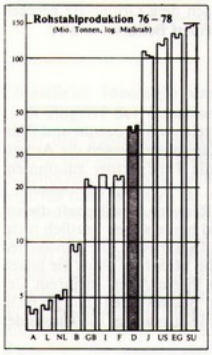
Konsum heißt zwar Wohlstand heute, der Preis: Verzicht morgen. Hier das richtige Gleichgewicht zu finden, ist eine besonders wichtige Aufgabe unserer Politik."

(Heiner Geißler, Neue Herausforderungen an die CDU, Rede auf dem 25. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf)

„Der Preis für ungelernte Arbeit ist in unserem Land zu hoch".

(Biedenkopf, CDU – FAZ vom 27.9.78)

Konkurrenzschlacht der Stahlbarone – Streiks der Arbeiter



Unverändert heftig ist die Konkurrenz auf dem Weltstahlmarkt, das zeigen die für das Jahr 1978 hochgerechneten Produktionszahlen. Insbesondere in der EG wird um die Führung gekämpft: Wie ihre größten Konkurrenten, die westdeutschen Stahlkapitalisten, bekommen aber auch die französischen Stahlbarone mit ihren Expansionsplänen Schwierigkeiten. 27000 Arbeiter wollen sie in den nächsten zwei Jahren entlassen, und die Schichtarbeit soll ausgedehnt werden. 33 % der Arbeiter im Departement Lorraine würden arbeitslos. Unser Bild zeigt einen Vollstreik der Eisenminen-Arbeiter in Longwy in der letzten Woche zur Unterstützung der Stahlarbeiter.

Mit „Sozialpflichtigkeit" gegen Streikrecht

„Wir bejahen die Freiheit der gesellschaftlichen Vereinigungen und Verbände auch dann, wenn sie, wie die Tarifpartner, tief in die Belange des ganzen Volkes eingreifen. Aber in einem demokratischen Gemeinwesen gibt es kein Recht ohne Pflicht und keine Freiheit ohne Verantwortung, weder für den einzelnen Bürger noch für Gruppen. Alle von der Verfassung garantierte Autonomie gesellschaftlicher Organisationen und Gruppen ist den Anforderungen der Gemeinwohlverträglichkeit unterworfen. Mit der Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips wird das Prinzip der Sozialpflichtigkeit auf alle Formen gesellschaftlicher Machtpositionen erstreckt. Die Sozialpflichtigkeit aller gesellschaftlichen Kräfte zu gewährleisten, ist eine Aufgabe des demokratischen Staates. Ihm obliegt es, die nichtorganisierten Interessen zu schützen."

(Ludwigshafener Programm)

Entrechtung in kirchlichen Betrieben – Modell für den Angriff auf die gesamte Arbeiterbewegung

Gesetzliche Grundlagen

„Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig. ... Religionsgemeinschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts."

(Weimarer Verfassung Art. 137, gültig durch Art. 147 GG)

„Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf Religionsgemeinschaften und ihre karitativen und erzieherischen Einrichtungen unbeschadet deren Rechtsform."

(Betriebsverfassungsgesetz § 118)

Allgemeine Pflichten

„Sein (des Mitarbeiters) Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes muß der Verantwortung entsprechen, die er als Mitarbeiter im kirchlichen Dienst übernommen hat. ... Er hat die Kirchengesetze, Verordnungen und sonstigen allgemeinen Regelungen zu beachten."

(Kirchliche Dienstverordnung der evangelischen Kirche in Hessen Nassau (KDVert.O) § 7)

„Ihr (der Mitarbeiter) ganzes Verhalten muß der Verantwortung entsprechen, die sie als Mitarbeiter im Dienste der Caritas übernommen haben. Es wird vorausgesetzt, daß sie den christlichen Grundsätzen bei der Erfüllung dieser dienstlichen Pflichten Rechnung tragen."

(Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des deutschen Caritas-Verbandes (AVR) § 1)

„Das Gebot der Verschwiegenheit in allen dienstlichen Angelegenheiten gilt nicht nur während des Dienstverhältnisses, sondern auch nach dessen Beendigung."

(AVR § 5)

„Er (der Angestellte) muß sich durch sein gesamtes Verhalten zu den Grundsätzen der evangelischen Kirche und ihrer Ordnung bekennen und darf nicht in Widerspruch stehen zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes."

(Kirchlicher Angestelltentarifvertrag zwischen der evangelischen-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holstein und der Gewerkschaft ÖTV, der DAG und dem Verband der kirchlichen Arbeitnehmer Schleswig-Holstein, § 8)

Kündigung

„Ein wichtiger Grund ist der Austritt aus der evangelischen Kirche oder ein Verhalten, das eine grobe Mißachtung der evangelischen Kirche oder ihrer Ordnung darstellt."

(KDVert.O § 18)

„Als wichtiger Grund für eine fristlose Kündigung gilt insbesondere ein schwerwiegender Verstoß in der persönlichen Lebensführung gegen die Grundsätze der katholischen Glaubens- und Sittenlehre und gegen die kirchliche Ordnung. ... Was als Verstoß... zu betrachten ist, bestimmt ausschließlich die Oberhirtliche Stelle."

(Beschäftigungsordnung des Erzbischöflichen Ordinariats München)

Arbeitszeit

„Die regelmäßige Arbeitszeit kann bis zu 10 Stunden täglich und durchschnittlich 50 Stunden in der Woche verlängert werden, wenn Vor- und Abschlußarbeiten erforderlich sind. In Einrichtungen, die in bestimmten Zeiten des Jahres regelmäßig zu saisonbedingt erheblich verstärkter Tätigkeit genötigt sind, kann für diese Zeit die regelmäßige Arbeitszeit bis zu 10 Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich verlängert werden. ..."

(AVR § 1)

„Ein Anspruch auf Überstundenabgeltung für Arbeitsstunden, die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet werden, ohne daß sie als Überstunden ... angeordnet waren, besteht nicht."

(AVR § 1 Überstundenregelung)

„Auf Anordnung des Dienstgebers haben die Mitarbeiter außerhalb der dienstplanmäßigen Arbeit Dienstleistungen in der Form des Bereitschaftsdienstes oder Rufbereitschaft zu erbringen."

(AVR § 7 Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft)

Lohn und Gehalt

„Angestelle der im BAT genannten Vergütungsordnung gilt für die Eingruppierung der Vergütungsgruppenplan für die Mitarbeiter im kirchlichen und diakonischen Dienst."

(KDVert.O § 11 Vergütungsgruppenplan)

Vertretungsorgane

„Die Mitarbeitervertretung hat insbesondere die beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Mitarbeiter zu fördern und in ihrer Mitverantwortung für die Aufgaben der Dienststelle das Bewußtsein für die Besonderheit des kirchlichen Dienstes zu stärken sowie für den Arbeitsfrieden und ein gutes Zusammenarbeiten aller Mitarbeiter einzutreten. Sie kann Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung... anregen. ... Die Mitarbeitervertretung und die Dienststellenleitung sollen vertrauensvoll zusammenarbeiten und sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gegenseitig unterstützen. Fristlose Entlassungen bedürfen nicht der Mitentscheidung der Mitarbeitervertretung. Sie ist aber in diesem Fall unverzüglich zu verständigen."

(Kirchengesetz über die Mitarbeitervertretung in kirchlichen Dienststellen, §§ 18, 19, 22)

„Nicht wählbar sind ... Mitarbeiter, die infolge staatlichen Richterspruchs nicht die Fähigkeit besitzen, Rechte auf öffentlichen Wahlen zu erlangen, oder aufgrund kirchenrechtlicher Bestimmungen kein kirchliches Wahlamt einnehmen können. Für Mitarbeiter, die nicht der katholischen Kirche angehören, gilt Absatz 2, Nr. 3, letzer Halbsatz entsprechend."

(Mitarbeitervertreterordnung für den Bereich des Bistums Essen § 8 Passives Wahlrecht)

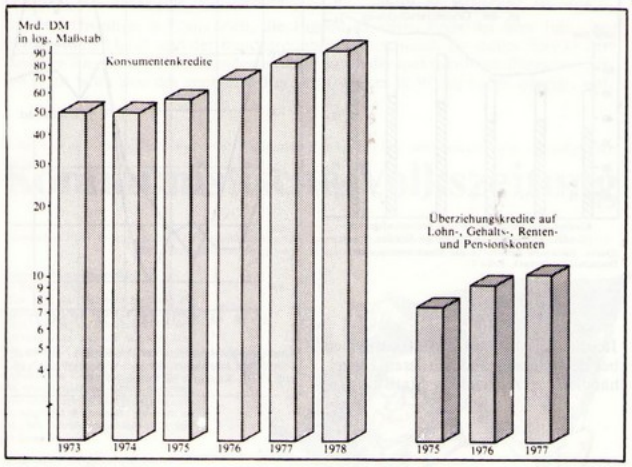
Vermögensbildung: „Anstelle entsprechender Erhöhungen des festen Nomialentgeltes"

„Die CDU hält an der Auffassung fest, daß der Gewinn wichtige Funktionen in der Sozialen Marktwirtschaft erfüllt. Für die Wirtschaft gibt es kein wirksameres Instrument des Leistungsanreizes, der Lenkung und der Leistungsmessung als den Gewinn. Die Unternehmensgewinne müssen zu einem für Wachstum und Vollbeschäftigung erforderlichen Teil investiert werden und gleichzeitig das Eigenkapital der Unternehmen stärken. Unter diesen Bedingungen ist eine andere als die bisherige Zuordnung von Gewinnen und Eigentumstiteln möglich.

Wer Risiko übernimmt, hat Anspruch auf Beteiligung am Gewinn. Ebenso wie die Kapitaleigner sollen auch die Arbeitnehmer neben ihrem Lohneinkommen ertragsabhängige Entgelte beziehen. Entsprechend dieser Risikoübernahme erhalten sie einen Teil der Risikoprämie und zusätzliche gesellschaftsrechtliche Entscheidungsrechte.

Die Vereinbarung von ganz oder teilweise ertragsabhängigem Arbeitsentgelt oder derartige Erhöhungen des Arbeitsentgelts anstelle entsprechender Erhöhungen des festen Nominalentgeltes sind auf individueller, einzelbetrieblicher und tarifvertraglicher Basis zu fördern. Dadurch erhalten alle Arbeitnehmer die Chance, nicht erst mit Verzögerung am wirtschaftlichen Aufschwung teilzunehmen. Gleichzeitig wird dadurch ein Beitrag zu konjunkturgerechter Entwicklung von Arbeitnehmereinkommen geleistet. Darüberhinaus wird den Arbeitnehmern der Zugang zur Übernahme von Haftung im Unternehmen mit den sich daraus ergebenden Folgerechten eröffnet.

(Auszüge aus den Beschlüssen des Hamburger Bundesparteitages vom 18. – 20.11.73)



Familienpolitik: „Verbesserter Einsatz finanzieller Mittel" und Angriff auf Versicherungsleistungen

„Zu den Bereichen, in denen ein verbesserter Einsatz finanzieller Mittel möglich ist, gehört die Familie. Die Familie ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung. Ihre Funktionsfähigkeit wird gegenwärtig geschwächt. Dazu gehört auch der Versuch, Aufgaben der Familie auf Staat und Gesellschaft zu verlegen. Die abnehmende Funktionsfähigkeit der Familie führt zu einer ständigen Zunahme von körperlichen und geistigen Störungen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Ziel unserer Politik ist deshalb die Stärkung der Familie und – wo erforderlich – ihre Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Durch die Förderung der Entfaltung des Menschen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen in der Familie, beugen wir zerstörerischen Entwicklungen vor, wie sie in Alkoholismus, Drogenkonsum und Kriminalität zum Ausdruck kommen. Die nachträgliche Beseitigung bereits eingetretener Schäden ist nicht nur inhuman, sondern auch unwirtschaftlich."

(Mannheimer Erklärung)

Partnerrente: Verwendung von 5,4 Mrd. Versicherungsgeldern in Kapital

Die „Partnerrente" ist mit Ausnahme der Kosten für die Erziehungsjahre kostenneutral konzipiert. Sie ist in ihren Einzelheiten ausreichend flexibel angelegt, um nach ausführlichen versicherungsmathematischen Berechnungen eine Kostenneutralität zu gewährleisten.

Die Zweifel an der Möglichkeit der Kostenneutralität der „Partnerrente" sind im wesentlichen dadurch bedingt, daß die im Modell der „Partnerrente" vorgesehenen Möglichkeiten der Kosteneinsparungen unterschätzt werden.
Unter den Entlastungen sind von besonderem Gewicht:

1. Übergang von der „unbedingten" zur „bedingten" Witwenrente.
2. Mann, dessen Frau keine Beiträge gezahlt hat, erhält als Witwer z.B. 75 v.H. statt heute 100 v.H.
3. Die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten werden bei Erwerbsfähigkeit des Partners in der Regel niedriger sein als heute.

Die quantifizierbaren Entlastungen können größenordnungsmäßig auf

zu 1	3,2 Mrd. DM
zu 2	0,8 Mrd. DM
zu 3	1,4 Mrd. DM
zus.	5,4 Mrd. DM

veranschlagt werden. Hierbei ist indirekt eine Erwerbsquote der Frauen von größenordnungsmäßig etwa 50% unterstellt worden.
worden.

...Die mit der Partnerrente verbundene Verbesserung der finanziellen Situation der Witwen wird zu erheblichen Entlastungen im Bereich des Wohngeldes und der Sozialhilfe führen."

(Geißler: Die neue soziale Frage)

„Aufhebung der Familie! Selbst die Radikalsten ereifern sich über diese schändliche Absicht der Kommunsiten.

Worauf beruht die gegenwärtige, die bürgerliche Familie? Auf dem Kapital, auf dem Privaterwerb. Vollständig entwickelt existiert sie nur für die Bourgeoisie; aber sie findet ihre Ergänzung in der erzwungenen Familienlosigkeit der Proletarier und der öffentlichen Prostitution.

Die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg mit dem Wegfallen dieser ihrer Ergänzung, und beide verschwinden mit dem Verschwinden des Kapitals.

Werft ihr uns vor, daß wir die Ausbeutung der Kinder durch ihre Eltern aufheben wollen? Wir gestehen dieses Verbrechen ein.

Aber sagt ihr, wir heben die trautesten Verhältnisse auf, indem wir an die Stelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen. Und ist nicht auch eure Erziehung durch die Gesellschaft bestimmt?

Durch die gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb derer ihr erzieht, durch die direktere oder indirektere Einmischung der Gesellschaft, vermittelst der Schule usw. Die Kommunisten erfinden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung; sie verändern nur ihren Charakter, sie entreißen die Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse.

Die bürgerlichen Redensarten über Familie und Erziehung, über das traute Verhältnis von Eltern und Kindern werden um so ekelhafter, je mehr infolge der großen Industrie alle Familienbande für die Proletarier zerrissen und die Kinder in einfache Handelsartikel und Arbeitsinstrumente verwandelt werden."

(K.Marx: Kommunistisches Manifest)

Prinzip der „Subsidiarität" – mit christlicher Nächstenliebe gegen erkämpfte Versicherungsleistungen und Angriff auf eine einheitliche Versicherung

„Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität. Deshalb muß der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die der einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften erfüllen können. Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebensogut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben.
Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch zwischen kleineren und größeren Gemeinschaften, sowie zwischen freien Verbänden und staatlichen Einrichtungen."

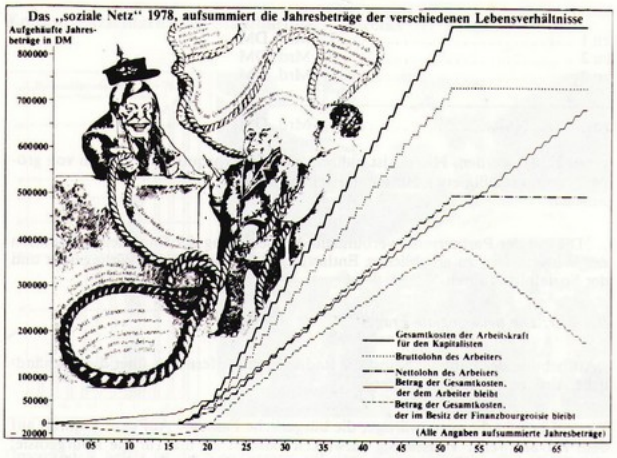
„Solidarität und Subsidiarität gehören zusammen. Der Staat soll dem Bürger eigene Initiative und verantwortlichen Selbsthilfe im Rahmen des Möglichen erleichtern und zumuten. Denn zur Solidarität gehört die persönliche Zuwendung von Mensch zu Mensch. In einer Zeit, die von Technik und materiellen Leistungsmaßstäben geprägt ist, leiden immer mehr Bürger an einem Mangel men-

schlicher Gemeinschaft und Hilfe. Nur persönlich geleistete soziale Dienste helfen dieser Not ab. Der Wert sozialer Dienste ist für den Gebenden nicht geringer als für den Empfänger."

„Die Tendenz zur Einheitsversicherung lehnen wir ab. In einer freiheitlichen Sozialordnung muß der einzelne auch auf dem Gebiet der sozialen Sicherung möglichst viele Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten haben. Deshalb halten wir an der gegliederten sozialen Sicherung fest."

(Ludwigshafener Programm)

Der Ausbau des „Netzes der sozialen Sicherheit" heißt für die Besitzlosen selbst zahlen und „besser ... gar nicht erst krank werden".



„Im Bereich des Gesundheitswesens ist ein besserer Einsatz der finanziellen Mittel besonders dringend erforderlich. In diesem Bereich steigen Kosten und Ansprüche außerordentlich schnell an. Künftig müssen wir Erwartungen, Leistungsvermögen und Leistungsbereitschaft besser als bisher miteinander in Einklang bringen, wenn unser Gesundheitswesen nicht schon in Kürze wegen finanzieller Schwierigkeiten zusammenbrechen soll. Unser Ziel ist die Bewahrung und der Ausbau der sozialen Sicherheit, insbesondere auch im Gesundheitswesen. Gerade deshalb können wir aber in unserer Gesundheitspolitik nicht auf den Gedanken der Wirtschaftlichkeit verzichten.

Um die soziale Wirksamkeit der Aufwendungen im Bereich des Gesundheitswesens zu erhöhen, müssen seine Strukturen verbessert werden. Alle Beteiligten, also Ärzte, Krankenhäuser, die Pharma- und medizinisch-technische Industrie und nicht zuletzt die Patienten müssen zusammenwirken, um den rasch wachsenden Abstand zwischen den Ansprüchen, die sie an das System stellen, und seinen realen Möglichkeiten wieder zu verringern. Darüberhinaus muß der Einzelne stärker als bisher bereit sein, Verantwortung für sich selbst und seine Umwelt zu tragen. Kein Gesundheitswesen der Welt kann auf die Dauer Patienten helfen, die sich für ihre Gesundheit nicht verantwortlich fühlen."

(Mannheimer Erklärung)

„Meine Damen und Herren, wie fast jede Sache hat auch die Gesundheitspolitik zwei Seiten. Die eine Seite, das sind die Anbieter, die 150000 Ärzte und Zahnärzte, die 1000 Arzneimittelhersteller und die 23000 Apotheker und die 3500 Krankenhäuser. Die andere Seite, das sind die 60 Millionen Bürger in der Bundesrepublik Deutschland – wenn Sie so wollen, die Nachfrager – die jährlich insgesamt rund 100 Milliarden DM ausgeben und dafür Heilung ihrer Krankheiten und Sicherung im Krankheitsfall erwarten.

Aus dieser Aufteilung ergeben sich die beiden vorrangigen gesundheitspolitischen Aufgaben: einmal die Gesundheitsleistungen besser und preiswerter anzubieten, zweitens dafür zu sorgen, daß weniger Nachfrage nach medizinischer Leistung notwendig und dementsprechend gleichzeitig auch das Angebot verringert wird. Beides muß zusammen geleistet werden. Die Verringerung der Nachfrage nach gesundheitlichen Leistungen ist daher nicht mit Leistungsabbau gleichzusetzen, sondern mit dem Ziel, den Gesundheitszustand der Bürger insgesamt zu verbessern. Gerade in einer sogenannten übermedikalisierten Gesellschaft ist es notwendig, wieder an die simple Wahrheit zu erinnern, daß es – medizinischer Fortschritt hin und medizinischer Fortschritt her – allemal besser ist, gar nicht erst krank zu werden."

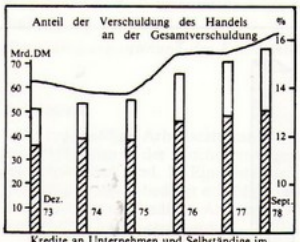
(Geißler: Die neue soziale Frage)

„Könnten die Ausgaben für Gesundheitsleistungen auch in der Bundesrepublik Deutschland auf 6,5 % des Bruttosozialprodukts beschränkt werden, so würde dies – auf der Basis von 1974 – Einsparungsmöglichkeiten von jährlich 11 Milliarden DM eröffnen ...

Wenn die durchschnittliche Verweildauer für die 8,7 Millionen Patienten, die zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland in den Akutkrankenhäusern durchschnittlich 17,3 Tage stationär versorgt werden, um 1 Tag gesenkt werden könnte, könnten jährlich 1,1 Milliarden DM eingespart werden.

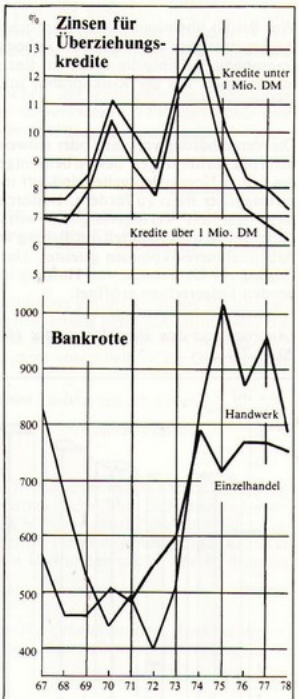
Wenn es gelänge, den Aufwand für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel sowohl durch eine stärkere mengenmäßige Beschränkung als auch durch eine schärfere Preiskalkulation wie in den Niederlanden auf 7 bis 8 v.H. der gesetzlichen Krankenversicherung zu begrenzen, so wären Einsparungen in der Größenordnung von jährlich rd. 4 Milliarden DM möglich."

(Geißler, s.o.)



Kredite an Unternehmen und Selbständige im Handel. Schraffiert: Kurzfristige Kredite
(Quelle: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 1)

Jährlich ca. 10000 Geschäftsaufgaben bei den kleinen und mittleren Einzelhändlern verzeichnet die Statistik.



Quellen: Monatsberichte der Bundesbank, div. Nrn.; Statistische Jahrbücher, div. Jg.; Wirtschaft und Statistik 12/78. Konkurse bis Oktober 1978.

CDU-„Mittelstandspolitik" – Förderung der Konzentration

„Um den Wettbewerb zu fördern, muß die Wettbewerbsgesetzgebung weiter entwickelt werden. Dabei sollte Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft entgegengewirkt werden, der unlautere Wettbewerb unterbunden sowie neuen Produkten und Unternehmen der Zugang zum Markt offengehalten werden.

...Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft ist eine ausgewogene Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben. ...

Wie keine andere Marktform bietet die Soziale Marktwirtschaft leistungsbewußten und risikobereiten mutigen Menschen die Chance zur Selbständigkeit. Eine konsequente Mittelstandspolitik ist Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung."

(Ludwigshafener Programm)

„Unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung braucht eine leistungs- und wettbewerbsfähige Land-, Forst-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft. Sie haben die Aufgabe, gesunde und hochwertige Nahrungsmittel zu erzeugen und angesichts verschärfter weltweiter Auseinandersetzungen, eine angemessene Nahrungsmittelversorgung aus eigener Produktion zu sichern. Wir setzen uns für Produkte und Produktionsmethoden ein, die eine Schädigung des Naturhaushaltes vermeiden helfen. Die Land- und Forstwirtschaft erhalten eine schöne und gesunde Umwelt und gewährleisten ein breitgestreutes Eigentum. Wichtige Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit ländlicher Räume ist eine wirtschaftlich gesunde und bäuerlich strukturierte Landwirtschaft mit Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben."

(Ludwigshafener Programm)

„Säuberung" des Öffentlichen Dienstes

„Der Staat braucht einen leistungsfähigen und verfassungstreuen Öffentlichen Dienst. Im Öffentlichen Dienst darf nur tätig sein, wer bereit ist, sich jederzeit für den Bestand und den Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung einzusetzen."

(Ludwigshafener Programm)

Die „prärevolutionäre Situation" macht die rasche Zerschlagung der Arbeiterbewegung notwendig.

1. Gemeinsamkeiten mit der „Neuen Linken"

„Helmut Klages, Soziologieprofessor und Mitglied des Club of Rome, kommt aufgrund seiner umfassenden sozialpsychologischen Untersuchung, die eine Weiterführung der Revolutionstheorie von J.C. Davies darstellt, zum Ergebnis, daß wir uns in einem prärevolutionären Stadium befinden. Die Erwartungshorizonte der Menschen und die realen Möglichkeiten seien bereits so weit auseinander, daß die Situation des „Nullwachstums" im Verein beispielsweise mit einer Steigerung der Organisations- und Konfliktfähigkeit bisher unorganisierter und artikulationsscheuer Gruppen die Gefahr des gesellschaftspolitischen Umsturzes heraufbeschwören könne.

Das Unruhepotential, über dessen kritische Entwicklung die Studien von Klages berichten, wird regelmäßig durch auslösende Faktoren aktualisiert. Die Eintrittswahrscheinlichkeit von ‚kritischen Perioden' durch vermittelnde Faktoren eskaliert. Wirtschaftliche Einbrüche, große Streiks, Regierungswechsel, öffentliche Korruptionsskandale gehören zu den auslösenden Faktoren. Unter den vermittelnden Faktoren sind vor allem diejenigen zu nennen, die zu einer Steigerung der Organisations- und Konfliktfähigkeit unorganisierter und artikulationsscheuer Gruppen von Menschen beitragen.

Die Mai-Unruhen in Frankreich, die Jugend-Revolten Ende der 60er Jahre besonders in den USA und der Bundesrepublik Deutschland, die wilden Streiks Anfang der 70er Jahre in der Bundesrepublik sowie die spektakulären Bürgerinitiativen (z.B. beim Bau des geplanten Kernkraftwerkes in Wyhl) haben gezeigt, welche Kraft plötzlich Gruppen entwickeln können, die bis dahin als Machtfaktor nicht in Erscheinung getreten sind. Das Unruhepotential der einzelnen Gruppen wird fast immer zu spät erkannt.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Rheinland Pfalz Programm der CDU: Mobilisierung von Arbeitskraft und Kapital für die imperialistische Expansion
Schwarz-rot-goldenes-Programm zur schärferen Schweißauspressung!

Unterdrückungsprogramm

Dr. Helmut Kohl

„Der Weg zur Vermenschlichung der Gesellschaft liegt nicht in der totalen Kritik. Er liegt im Verständnis für ihre Notwendigkeit und für das, was konkret geändert werden kann. Es gibt keine Alternative zum demokratisch-freiheitlichen Rechtsstaat und wir werden leidenschaftlich darum kämpfen, daß immer mehr Bürger in diesem Lande, möglichst die meisten, ebenfalls sagen: Wir wollen diese Republik und gar keine andere."

Dr. hc Peter Altmeyer, 1951:

„Wenn heute in unserem Lande ... wieder geordnete Rechts- und Lebensbedingungen geschaffen wurden, wenn hier manche wertvolle Vorarbeit für die Begründung unserer Bundesrepublik geleistet werden konnte, so ist das nicht zuletzt den Männern zu danken, die sich damals ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Belastungen oder gar auf ihre Gesundheit zur Verfügung stellten, um die erste und damit schwerste Arbeit zu tun..."

Dr. hc Peter Altmeyer, 1951:

„Besonders schwierig war der Neuaufbau unsere Polizei nach 1949 und doch hat der neugebildete Polizeikörper sich gefestigt und seine Leistungsprobe bestanden."

Expansionsprogramm, Kriegsprogramm

Dr. Helmut Kohl, 1976:

„Jeder von uns steht in der Pflicht, die Menschenrechte zu verwirklichen, nicht nur bei uns, besonders auch anderswo."

Dr. Bernhard Vogel,

„Die schwarz-rot-goldene Fahne von Hambach ist das Symbol dafür, diesem Ziel zu dienen."

Dr. Helmut Kohl, 1976:

„Und deswegen lassen uns Geschehnisse in anderen Teilen der Welt – sei es in der DDR, sei es in der CSSR, sei es in Ungarn oder der Sowjetunion, sei es in Chile oder anderswo nicht unbeteiligt.
Es ist unsere Welt und unsere Verantwortung."

Von der Notwendigkeit einer systematischen Sozialismuskritik

Zum besseren Verständnis des theoretischen Ansatzes der Neuen Sozialen Frage erscheint es angebracht, deren Standort in den modernen Sozialwissenschaften zu umreißen. Die Theorie von der Neuen Sozialen Frage hat starke Berührungspunkte zu den neuen kritischen Arbeiten zum Problem der Verbände – wie etwa den Arbeiten von Mancur Olson jr. – aber auch zum Problem der politischen Willensbildung.

Stark sind die Berührungspunkte zur sogenannten ‚Disparitätstheorie'. Diese Theorie wurde erstmals auf dem Frankfurter Soziologentag 1968 vorgetragen, und zwar von den Vertretern der ‚Neuen Linken' aus dem Umkreis der ‚Frankfurter Schule'. Claus Offe hat sie zu einer Theorie der Entstehung gesellschaftlicher Disparitäten im Spätkapitalismus ausgebaut. Manche Kritiker der Neuen Sozialen Frage sehen so starke Gemeinsamkeiten – sogar eine ‚strukturelle Identität' – zwischen der Theorie der ‚Neuen Linken' und der Neuen Sozialen Frage, daß sie die Auffassung vertreten, die eine könne nicht ohne Berücksichtigung der anderen kritisiert werden (z.B. Himmelmann, Gewerkschaftliche Monatshefte 2/76). Ein Mißverständnis, das trotz einiger bemerkenswerter Gemeinsamkeiten dennoch größer kaum sein könnte. Zwar ist richtig, daß die Vertreter der Neuen Sozialen Frage ebenso wie die Vertreter der Disparitätentheorie der Auffassung sind, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit unmittelbar nur noch wenig zur Erklärung der konkreten gesellschaftlichen Ungleichgewichte und Verzerrungen unserer Zeit hergibt. Ebenfalls stimmen die beiden Richtungen darin überein, daß neue Formen sozialer Ungleichheiten entstanden sind. Beide vertreten die Auffassung, daß heute die Lebensbereiche und Menschen schlecht abschneiden, die kein wirksames Leistungsverweigerungspotential als Droh- und Störpotential einsetzen können und hinter denen keine mächtige Interessenvertretungen stehen.

Der Graben zwischen den beiden Positionen öffnet sich jedoch dort, wo die ‚Neue Linke' diese Formen sozialer Unterprivilegierung zum integralen Bestandteil eines nach wie vor von Klassenherrschaft geprägten Spätkapitalismus erklärt.

Die Vertreter der Neuen Sozialen Frage leugnen die Verbindung zwischen der ökonomischen Produktionsweise und den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht, allerdings sind sie nicht auf einem Auge blind. Für sie sind die Ursachen der neuen sozialen Probleme weniger eine Frage der Produktionsweise als eine Frage nach dem Menschenbild und der daraus abgeleiteten Politik. Wer den Menschen, wie die Marxisten, als produzierendes Wesen definiert, muß zwangsläufig in seiner Politik für alle, die nicht produzieren, zu untragbaren Ergebnissen kommen. Wer den Wert eines Menschen jedoch nicht von seiner Leistung im Produktionsprozeß abhängig macht, wird Politik nicht nur als Resultat der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern als Ergebnis des Bewußtseins und der freien Entscheidung des Menschen auffassen und soziale Gerechtigkeit entsprechend diesem Bewußtsein realisieren.

Dies zeigt, wie notwendig es ist, die vorherrschende Kapitalismuskritik durch eine systematische Sozialismuskritik zu ergänzen. Der Kampf um die Interpretation dessen, was sozial ist, muß offensiv geführt werden. Nicht länger darf das Feld der Gesellschaftswissenschaften ausschließlich der Kapitalismuskritik überlassen werden. Der Sozialismus gehört auf den Prüfstand.

„Politik zugunsten des sozial Schwachen", die weniger, aber „solidarisch" empfangen sollen: Offene Drohung Kohls

Wir wollen einen Staat mit Autorität, der die Ziele unserer Gemeinschaft durchsetzt, sie nach den gemeinsamen Grundsätzen von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit gestaltet und weiterentwickelt.

Wir werden entschlossen jener Ansicht entgegentreten, die unseren Staat begreifen, als ob er ein Selbstbedienungsladen sei. Wir werden es verhindern, daß diejenigen – einzelne oder Gruppen – die stark und mächtig sind, Druck ausüben können, weitgehende Zugriffsmöglichkeiten auf staatliche Leistungen gewinnen. Gerade wenn der Staat, gerade wenn die öffentliche Hand weniger Geld hat, ist es notwendig, an jene im Lande zu denken, die keine machtvollen Interessengruppen hinter sich haben, die nicht der Allgemeinheit drohen können, die aber von einem gerechten Staat solidarische Unterstützung erfahren müssen."

Parteienverbot überprüfen, um „Unsicherheiten zu beseitigen".

Der rechtspolitische Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Hugo Klein, hat sich dafür ausgesprochen, die seiner Ansicht nach zurückhaltende und nur scheinbar liberale Verbotspraxis gegenüber Parteien zu überprüfen, die verfassungswidrige Ziele verfolgen. Die Unterstützung von solchen Parteien und Organisationen bringe dem Bürger Nachteile ein, zum Beispiel wenn er in den öffentlichen Dienst will. Daraus erwachsene Unsicherheiten ließen sich dadurch ausräumen, meinte Klein, daß sich „Parteien und Vereinigungen, die sich kämpferisch gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland wenden, verboten werden."

(Informationen der CDU 38/78, 9. Nov. 78)

Christliches Menschenbild – Ausgangspunkt imperialistischer Expansion

„II.Grundwerte.
12. Wir treten ein für die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei ist unser Verständnis vom Menschen Grundlage und Maßstab zugleich."
„Persönliches Eigentum erweitert den Freiheitsraum des einzelnen für eine persönliche und eigenverantwotliche Lebensgestaltung."

(Ludwigshafener Grundsatzprogramm)

„Die Grundwerte dienen nicht der Politik einer Partei, sondern dem Menschen und dem Gemeinwesen im ganzen. Sie sind auch nicht auf nationale Grenzen beschränkt und sind verpflichtende Grundlage für unsere Außenpolitik."

(Ludwigshafener Programm)

„20. Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, sie nach außen und innen zu schützen und für sie zu kämpfen, denn der freie Bürger und sein Gemeinwesen beugen sich nicht wehrlos der Unfreiheit. Wir bekennen uns zum Prinzip der wehrhaften Demokratie."

(Ludwigshafener Programm)

„Wir bestimmen unsere Politik aus einem Menschenbild, das von christlichen Grundwerten geprägt ist. Es findet seinen Ausdruck in der unveräußerlichen unantastbaren Würde, Freiheit und Verantwortlichkeit des Menschen; das schließt ein die Gleichwertigkeit in der Verschiedenartigkeit, das Streben nach Selbstverwirklichung und das Bewußtsein der Fehlbarkeit des Menschen."

„Europa darf sich nicht mit einer Wahrung seiner Partikularinteressen zufriedengeben. Seine Geschichte, seine kulturelle und geistige Berufung und seine Wirtschaftskraft bürden ihm Verantwortung für andere auf."

„II.1.
1.1.1. Diese Verantwortung empfinden wir für die Verteidigung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten des einzelnen, wie auch der Rechte der Völker. Ohne deren Achtung gibt es keinen wahren Frieden. Menschenrechte und Grundrechte stehen in aller Welt höher als das Souveränitätsprinzip. Deshalb kann ihre Verteidigung auch nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten interpretiert werden; schon gar nicht, wo Staaten ihre Respektierung feierlich durch Unterschrift als Pflicht anerkannt haben. In diesem Geiste wollen wir Gewaltherrschaften entgegenwirken.

1.1.2. Wir tragen moralische und menschliche Verantwortung für die Länder Osteuropas, die uns aus gemeinsamer Geschichte verbunden sind. Wir wollen die Spaltung Europas in Frieden überwinden. Das Recht auf Selbstbestimmung aller europäischen Völker, einschließlich des deutschen Volkes, bleibt für uns ein Grundsatz europäischer Politik.
1.1.3. Europa muß Verantwortung für die Dritte Welt auf sich nehmen. Mitarbeit an einem besseren Interessensausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im Sinne einer gerechten Wirtschaftsordnung und der Einsatz höherer Mittel für die Entwicklungshilfe sind vorrangige Aufgaben.

1.1.4. Verantwortung für Europa schließlich dafür, den Frieden in der Welt bewahren zu helfen. Wir wollen deshalb zur friedlichen Lösung von Konflikten beitragen. Wir müssen aber auch unsere Bereitschaft zu gemeinsamer Selbstbehauptung deutlich machen..."

(Politisches Programm der Europäischen Volkspartei, CDU-Dokumentation 8, 23.2.1978)
(KUK 4/78 Europäische Hausmacht des BRD-Imperialismus bei der christlichen Reaktion)

Europa „mehr als ein geographischer Begriff"

„135. Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Die Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auf dem geistigen und politischen Boden Europas gewachsen. Die Gemeinsamkeiten der Überlieferung und der Zukunftsaufgaben sind größer als das, was die europäischen Völker heute noch voneinander trennt.
Es gilt, die europäische Kultur in der Vielfalt seiner Völker überzeugend zu verwirklichen, in der Welt zu behaupten und fruchtbar zu machen."

(Ludwigshafener Programm)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

„Eine Sammlung, die nach innerstaatlichem Recht nur mit behördlicher Erlaubnis durchgeführt werden kann – dieses ist hier der Fall –, darf nicht zu außenpolitischen Schwierigkeiten mit der Regierung eines anderen Staates führen. Dieses resultiert aus dem in der Bundesrepublik Deutschland mehrheitlich anerkannten, das zwischenmenschliche Verhalten bestimmende Friedensgebot. Hiernach ist jede Gewalt, insbesondere die kriegerischer Art, als Mittel der Veränderung bestehender Rechtsordnungen ausgeschlossen. . . . Der Sammlungszweck einer Unterstützung der ZANU . . . gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung und beeinträchtigt deren außenpolitische Belange."
Kuhlow – Dezernat für Ordnung und Verkehr, Kreisverwaltung Mayen-Koblenz –

„Menschenrechte" Vorrang vor dem Souveränitätsprinzip – Interventionsrecht

„131. Der Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung der Völker ist Grundlage unserer Deutschland- und Außenpolitik. Unsere Hauptziele sind: Überwindung der Teilung Deutschlands, Einigung Europas, verantwortungsbewußte Mitarbeit im Atlantischen Bündnis und am Aufbau einer stabilen und menschenwürdigen internationalen Ordnung, die allen Menschen die Chance der Freiheit geben soll. In unserer Außen- und Deutschlandpolitik treten wir für die Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen Welt ein. Ein international anerkanntes Volksgruppenrecht soll das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur gewährleisten. Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen in aller Welt gegenüber dem Souveränitätsprinzip Vorrang haben.."

Einverleibung der DDR

„Solange das Recht auf Selbstbestimmung nicht durch alle Deutschen ausgeübt werden kann, ist die Bundesrepublik Deutschland Treuhändler für eine freiheitliche Ordnung aller Deutschen. Sie nimmt die Schutzpflicht für die Grund- und Menschenrechte der Deutschen wahr. Wir halten an der einen, ungeteilten deutschen Staatsangehörigkeit fest."

(Ludwigshafener Programm)

„Entwicklungspolitik" – Einsatz für „unsere Werte in der Welt"

„Entwicklungspolitik ist nicht wertneutral. In unseren auswärtigen Beziehungen haben wir nicht nur die Aufgabe, die eigene, an den Grundwerten und Menschenrechten orientierte politische Ordnung zu schützen, sondern uns auch für unsere Werte in der Welt einzusetzen. Maßstab für unsere Entwicklungpolitik ist es deshalb, ob unsere Leistungen der Bevölkerung unmittelbar zugute kommen, ob sie die Kräfte zur Selbsthilfe stärken und ob sie der Förderung einer sozial gerechten und freiheitlichen Ordnung dienen."

„Zur Kriegsverhinderung und Freiheitssicherung bleibt das Nordatlantische Bündnis unentbehrlich. Wir treten für eine umfassende und enge Zusammenarbeit der Partnerstaaten unseres Bündnisses ein. Gemeinsame Sicherheitspolitik erfordert die Zusammenarbeit über den militärischen Bereich hinaus. Soll die Abschreckung durch das Bündnis wirksam bleiben, so bedarf es eines überzeugenden Verteidigungsbeitrages der Europäer, der ungeschmälerten militärischen Präsenz der Nordamerikaner in Europa und ihres nuklearen Schutzes. Unsere

Verteidigungsleistungen im Bündnis zielen darauf ab, das Gleichgewicht der Kräfte sicherzustellen und damit Androhung oder Anwendung von Gewalt zu verhindern. Die Verteidigungsmaßnahmen müssen mit der Bedrohung durch den Warschauer Pakt Schritt halten. Unser Ziel ist ein geeintes Europa mit gemeinsamen Streitkräften im Rahmen der Allianz. Das Bündnis beruht auf der Partnerschaft der freien Völker Nordamerikas und Europas, die in ihren grundlegenden Werten und Zielen, wie Menschenwürde und freiheitlicher Demokratie, übereinstimmen. Auf diesem Fundament ist das Bündnis entstanden, auf ihm wird die Allianz von Dauer sein."

(Ludwigshafener Programm)

Quellenverzeichnis

I. Bischofs Kettelers „Unmäßigkeit der Arbeiter" – Sozialchristliche Ideologie zur Durchsetzung der schärferen Schweißauspressung

W.E.v. Ketteler Schriften Band I-III

W.E.v. Ketteler: Die Arbeiterfrage und das Christentum

Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4

K. Marx, Kapital Bd. I

Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865-1890, hrsg. Heinrich Bürger, Berlin 1972

Hans Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1972
Marx-Engels Werke, Band 5
Neue Rheinische Zeitung, Nr. 1 vom 1.6. 1848
Marx/Engels, Ausgewählte Schriften Band II
Ketteler, Die großen Sozialen Fragen der Gegenwart, Mainz 1848
Lassalle, Ronsdorfer Rede vom 23.5. 1864 in: Gesammelte Schriften, Bd. IV
Das ÖTV-Magazin Nr. 7/77

„Rerum Novarum" – Päpstliche Antwort auf die „Soziale Frage"

Jostock – Die sozialen Rundschreiben
D. Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 – 1914, Berlin 1976
Rerum Novarum Nr. 7, 29, 30
F. Prinz, Kirche und Arbeiterschaft, 1974
CGB – Weg und Ziel, Leitsätze des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands
Quadragesimo Anno, 1931
Lenin, Staat und Revolution
Grundzüge der Geschichte, Frankfurt/Main, 1973, Quellenband II
Revolutionäre Deutsche Parteiprogramme, Berlin 1964
Deutschland 1871-97, Berlin 1967
Funk/Billmeyer, Kirchengeschichte, Band II, Paderborn 1934
Popularum Progressio, Nr. 78
Enzyklika „Redemptor Hominis", der Erlöser des Menschen
ÖTV-Magazin 9/77
Paul VI – Popolum Progressio – über den Fortschritt der Völker, 1968, Nr. 16,17

Das Ahlener Programm der CDU – Christlich-Soziales nach dem Zusammenbruch

Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 7a
Der erzwungene Kapitalismus (Ute Schmidt/Tilmann Fichter), Berlin 1971
Rolf Badstübner, Restauration in Westdeutschland 1945-1949, Dietz-Verlag Berlin 1965
Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung seit 1945, Berlin 1963
Dokumente der KPD, Verlag KPD-Literatur, Berlin 1973
Frankfurter Rundschau vom 4.2. 1947

Karl Geiler, Geistige Freiheit und soziale Gerechtigkeit im neuen Deutschland, Verlag de Greif, März 1947
Heiner Geißler zum Ahlener Programm
Ernst Deuerlein, CDU/CSU 1945-1957
Beiträge zur Zeitgeschichte 1957
Wir fangen an. Ein Ruf an die Jugend und ein Wort auf den Weg. Arbeitshefte der christlichen Jugend, Heft 1, Stuttgart 1946
F. Thelen: Zur Wiederbewaffnung der BRD 1950-1955, Erlangen 1974

Kohls Mannschaft stellt die „neue soziale Frage" und gibt die alte Antwort: Zerschlagung der Arbeiterbewegung – das Mannheimer Programm der CDU

Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitsheft 1
Programm des KBW
Heiner Geißler, Neue Herausforderungen an die CDU, Rede auf dem 25. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.9. 78
Weimarer Verfassung
Betriebsverfassungsgesetz
Kirchliche Dienstverordnung der evangelischen Kirche in Hessen-Nassau
Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des deutschen Caritasverbandes
Beschäftigungsordnung des Erzbischöflichen Ordinariats, München
Kirchengesetz über die Mitarbeitervertretung in kirchlichen Dienststellen
Mitarbeitervertreterordnung für den Bereich des Bistums Essen
Beschlüsse des Hamburger Bundesparteitags der CDU, 18.-20. 11. 1973
Geißler, Die neue soziale Frage
In: Informationen der CDU 38/78
Politisches Programm der Europäischen Volkspartei, CDU-Dokumentation Nr. 8 vom 23.2. 78
Kommunismus und Klassenkampf Nr. 4/78

perialisten gegen die Sowjetunion verschaffen dem Faschismus außenpolitisch Spielraum. An der Seite der Völker leistet die Sowjetunion schließlich den entscheidenden Beitrag für die Zerschlagung des Faschismus.

6.10. Nach der Zerschlagung des NAZI-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag. · a) Für die Restauration ihrer Herrschaft brauchte die deutsche Finanzbourgeoisie nicht Demokratie und Frieden, sondern imperialistischen Besatzerschutz und Kalten Krieg. · b) Die Imperialisten, allen voran die US-Imperialisten, waren von vornherein auf die Spaltung Deutschlands aus, um ihre Positionen bei der Beherrschung der Welt auszubauen. Die revolutionäre Sowjetunion hat dagegen den Kampf unterstützt. · c) Gegen den heftigen Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Deutschland bauen die US-Imperialisten Westdeutschland zu einem Brückenkopf gegen die SU aus. Gründung der BRD. · d) Mit dem Farbwechsel der SU wird Deutschland zu einem Zentrum der Rivalität der Supermächte um die Weltherrschaft. Die DDR wird zum Aufmarschgebiet der Truppen der Sozialimperialisten. Die US-Truppen in Westdeutschland bleiben Besatzertruppen. · e) Immer noch ist die Verwirklichung des demokratischen Friedensvertrages eine entscheidende Kampfaufgabe. Im Kampf gegen die Vorherrschaft der beiden Supermächte und im Kampf gegen die Kriegsgefahr kann es Einheit der Volksmassen in beiden deutschen Staaten und in Westberlin geben. Aber nicht „Einheit der Nation", sondern Volkssouveränität in beiden deutschen Staaten und Westberlin ist das Ziel.

7. Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition: 7.01. Die Ministerien des Inneren, der Justiz, der Finanzen und der Wirtschaft · a) Das Bundesministerium des Inneren. „Wehrhafte Demokratie" gegen demokratische Massenbewegungen und die soziale Revolution des Proletariats. Notstandsgesetze, Polizeigesetz, Bundesgrenzschutz, Innere Sicherheit. · b) Das Bundesministerium der Justiz. Justizreform. Auch Zuckerbrot, aber die Peitsche ist die Hauptsache. Ein Jahrhundertwerk der kleinlichen Reaktion. Betriebsverfassungsgesetz zwecks Ausschaltung der Arbeiterklasse aus der Politik. · c) Das Bundesministerium der Finanzen. Mobilisierung und Sammlung aller Gelder der Werktätigen für die Finanzbourgeoisie. Finanzreform, Staatshaushaltssicherungsgesetz, Steuerreform. Der Finanzminister immer an der Strippe der Banken. · d) Das Bundesministerium für Wirtschaft. „Konzertierte Aktion" für kapitalistische Rationalisierung und Lohnsenkung. Weltwirtschaftspolitik ist Voraussetzung für Weltpolitik. Aber die „Ruhe an der Heimatfront" ist der Ausgangspunkt für alles weitere.

7.02. Die Ministerien für Arbeit, Verkehr, Post, Forschung · a) Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Das Arbeitsministerium organisiert die industrielle Reservearmee und bringt sie zum Einsatz. Wer noch schwitzen kann, soll auf den Arbeitsmarkt drücken, wer völlig ausgelaugt ist, soll ins Grab. Arbeitsgesetze und Rentenreform. Das läßt den Mehrwert anschwellen und bringt Geld. · b) Das Bundesministerium für Verkehr. Transportpolitik ist Profitpolitik. Straßen- und Schienennetzausbau für den Handelskrieg und den Krieg mit den Waffen. Der imperialistische Staat braucht Marine und Lufthansa. · c) Das Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen. Mit allen Mitteln das Monopol der Bourgeoisie über die Kommunikationsmittel sichern. Die Postarbeiter sollen wirbeln und die Massen zahlen. · d) Das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Ohne Datentechnik und Energiewirtschaft ist weder der Handelskrieg noch der Krieg mit Waffen zu führen. Die Forschungsprogramme der Bundesregierung zwecks kapitalistischer Rationalisierung.

7.03. Die Ministerien für Bildung, Jugend und Familie, Raumordnung und Ernährung · a) Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bildungsreform. Mobilmachung unqualifizierter Arbeitskraft. Rekrutierung von Unteroffizieren und Offizieren des Finanzkapitals. · b) Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Das alles soll der Kontrolle des imperialistischen Staates unterworfen sein. Mit dem Elend wächst die Unterdrückung. Das will organisiert sein. · c) Das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Die Millionenmassen müssen dem Kapital zugriffig bleiben. Raumordnung und Städtebau für Profite und andere Schlachten ... · d) Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Ministerium für Bauernlegen im EG-Maßstab und für Entwertung der Arbeitskraft durch Lebensmittelverschlechterung.

7.04. Die Ministerien für Auswärtiges, Innerdeutsches, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verteidigung · a) Das Auswärtige Amt. Der BRD-Imperialismus braucht die EG als erweiterte Basis, aber es geht um die Welt. Die ist schon aufgeteilt, vor allem unter die Supermächte. Bündnis mit den USA, liebäugeln mit der SU und stets gegen die Völker. Das diplomatische Korps ist eine Sondertruppe der Finanzbourgeoisie, das Auswärtige Amt der Stab. Neue Ostpolitik, Nord-Süd-Konflikt, Mehrpolarität – ob da nicht was zu holen ist? · b) Das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen. Wer will schon auf Millionen Arbeitskräfte verzichten, gar qualifizierte? Das innerdeutsche Ministerium hat seinen guten Sinn. Laut Verfassungsgericht darf die DDR niemals als souveräner Staat anerkannt werden. Deutsch-deutsche Abkommen. · c) Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Kapitalexport will koordiniert und gesichert sein. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit steht in der Tradition des Kolonialministeriums. · d) Das Bundesministerium für Verteidigung. Was wäre die Bourgeoisie ohne Armee. Das Privateigentum will geschützt sein. Große Truppenmassen aus den besitzlosen Klassen sind notwendig. Wie sich gegen die schützen? Wehrpflichtgesetz, Wehrstruktur und Ausbau des Militärapparates. Vorbereitung auf Krieg und Bürgerkrieg.

8. Reihe Europäische Gemeinschaft · a) Die Europäische Gemeinschaft – Ein Treibhaus zur Bauernvernichtung und der Entwicklung des Kapitalismus auf dem Land. · b) „Europa der Menschen". Ein mobiler Arbeitsmarkt und ein finsteres Völkergefängnis. · c) Europäische Rohstoffe und Energiepolitik. · d) Die EG in der imperialistischen Konkurrenz und im Kampf um Einflußsphären. Fortsetzung der Kolonialpolitik mit neuen Mitteln und gegen mächtigere Rivalen.

9. Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales · a) Recht auf Arbeit. Die Gesetzesmaßnahmen des Arbeitsministeriums organisieren das „Recht" der Kapitalistenklasse auf schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft. · b) Mit den Versicherungsgeldern der Arbeiterklasse werden die Arbeitslosen unter Druck gesetzt, um die Lebenshaltung der gesamten Klasse zu senken. · c) Die Sozialversicherungsgesetzgebung: Wer durch die kapitalistische Produktion ruiniert ist, soll sehen, wo er bleibt. So werden die Kassen „saniert". · d) Die Rentensanierung trifft den schwächsten Teil der Arbeiterklasse. Sie soll gespalten und dieser Teil vernichtend geschlagen werden. · e) Der Zivile Ersatzdienst – ausgerichtet nach dem Vorbild des Reichsarbeitsdienstes.

10. Lohnsumme und Lohnsummenverteilung · a) Spalten Festgeldforderungen? Warum die Gesamtlohnsumme zum Ausgangspunkt für die Berechnung einer Lohnforderung genommen werden muß. Methode der Berechnung: Potenzen, Logarithmen, Darstellung einer Lohnverteilung im logarithmischen Maßstab. · b) Es bleibt nichts übrig! Ausgabefähiges Einkommen von Arbeiterhaushalten und ihre Wirkung auf die Lohnverteilung. · c) Die Kapitalisten versuchen zu spalten! Der Dreh mit der Teilzeitarbeit. Entlassungen und Höhergruppierungen. Tariflohn. Tatsächlicher Lohn. Zulagen für Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit. · d) Was vom Bruttolohn übrig bleibt! Das System der Lohnabzüge: Lohnsteuer, Steuerklassen, Freibeträge, Sozialversicherungsbeiträge. · e) Der größtmögliche Betrug! Kombinierte Wirkung von Lohnerhöhung und „kleiner Steuererhöhung". Mit „schräger Spaltung" geht die Regierungssozialdemokratie auf Lohnsenkung. · Anhang: Einführung in die benötigte Mathematik. · 1. Wie erstellt man eine Lohnsummenverteilung. · 2. Abzüge vom Lohn. · 3. Lohnpreiskontenberechnung.

11. Reihe zur Kritik am Reformismus · a) Lassalles „ehernes Lohngesetz" und seine „gerechte Verteilung des Arbeitsertrages" unter „alle Gesellschaftsglieder". Reformistische Theorie zur Verewigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung. · b) Über den „demokratischen Kapitalismus" zum „demokratischen Sozialismus". Bernsteins Revision des Marxismus. · c) „Wirtschaftsdemokratie" und „Aufbau neuer demokratischer Wirtschaftsformen". Naphtalis Programm zur „Mitwirkung" der Arbeiteraristokratie an der Ausbeuterordnung der Monopole. · d) „Gerechter Anteil an der gesamten Leistung des Menschen" – Der „demokratische Sozialismus" entpuppt sich als humanistischer Imperialismus. Das Godesberger Programm der SPD.

12. Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre · a) Bischoff Kettelers „Unmäßigkeit der Arbeiter" – Sozialchristliche Ideologie zur Durchsetzung der schärferen Schweißauspressung. · b) „Rerum Novarum" – Päpstliche Antwort auf die „Soziale Frage". · c) Das Ahlener Programm der CDU – Christlich-Soziales nach dem Zusammenbruch. · d) Kohls Mannschaft stellt die „neue soziale Frage" und gibt die alte Antwort: Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Das Mannheimer Programm der CDU.

13. Kritische Theorie · a) Arbeit macht eindimensional – Die Theorie Herbert Marcuses · b) Dialektik der Aufklärung – oder warum die Entwicklung der Produktivkräfte angeblich in den Abgrund führt. · c) Die Entstehung des Faschismus aus der Familie – Was die Kritische Theorie kritisiert und was nicht. · d) Vom Zins lebt es sich besser als vom Verkauf der Kunst – Adorno und der Warenfetisch. · e) Existenzialismus und christliche Reaktion – die Theorie Heideggers.

14. Reihe Türkei · a) Die Türkei bleibt im Feudalismus stecken. Die Imperialisten machen sich an ihre Verteilung. England, Rußland, Österreich und das Deutsche Reich. · b) 1898. Der deutsche Kaiser turtelt mit dem Sultan. Die Absicht, die Türkei in eine Halbkolonie des Deutschen Reiches zu verwandeln, ist durchsichtig; in der Türkei erstarkt die Bewegung für eine demokratische Revolution. · c) 1905. Das Deutsche Reich nutzt den Expansionsdruck des russischen Zarismus gegen die Türkei aus, um die Türkei in das Bündnis zu zwingen und auszubluten. Krupp macht glänzende Geschäfte; die britischen Imperialisten versuchen, die arabische Nation zu spalten und sich immer tiefer einzunisten. · d) 1923. Die demokratische Revolution des Kemal Atatürk. Die große Oktoberrevolution hat den Kampf gegen den Imperialismus und Feudalismus machtvoll gefördert. Die Politik der Bolschewiki unterscheidet sich grundlegend vom Expansionismus der alten Zaren.

15. Reihe Arabien. Der Kampf für die Einheit der arabischen Nation und für ihre Befreiung. · a) 1956. Die Vereinigte Arabische Republik schlägt mit der Unterstützung der Völker der Welt die Suezintervention zurück. · b) Die Versuche der Imperialisten sich in Nordafrika festzukrallen sind zum Scheitern verurteilt. Die Niederlage der französischen Imperialisten gegen die algerische Befreiungsbewegung war historisch gesetzmäßig. Die Niederlage des Kolonialismus ist unrevidierbar. · c) Die Gründung der PLO 1964, der entscheidende Wendepunkt im Kampf des palästinensischen Volkes. Eröffnung einer neuen Kampffront der Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus. · d) Die Vernichtung der Bar-Lev-Linie 1973, eine große militärische Leistung, die durch die wachsende Bewußtheit der arabischen Volksmassen über die Gesetzmäßigkeit ihres Kampfes möglich geworden ist. Der Oktoberkrieg ein nationaler Verteidigungskrieg. Die historische Rolle des Ölboykotts der OPEC. · e) Der Nahe Osten ist ein Zentrum der Rivalität der beiden Supermächte. Die Instrumente der arabischen Einheit.

16. Reihe Iran · a) 16. Jh. Entstehung des iranischen Staates. Agrarstruktur, Handwerk und Handel. Rolle der schiitischen Geistlichkeit. Schon bald beginnen sich Rußland vom Norden her und England vom Süden her, um den Iran zu raufen. · b) Der iranische Nationalismus entwickelt sich im Kampf gegen das britische und russische Vorherrschaftstreben und gegen die abhängige Zentralregierung. Revolutionäre Bewegung nach 1905. Die Mullas an der Seite des Volkes. · c) Im ersten Weltkrieg versucht der deutsche Imperialismus Fuß zu fassen, aber der britische Imperialismus sichert sich die Vorherrschaft. Die russische Revolution stärkt die national-revolutionäre Bewegung. Befreite Gebiete. Sieg der Pahlevi-Diktatur. Tudeh-Partei. · d) Mit dem II. Weltkrieg verliert der britische Imperialismus seine Vorherrschaft an den US-Imperialismus. Die nationale Befreiungsbewegung nimmt einen neuen Aufschwung. Mossadegh. · e) Entwicklung des Kapitalismus, „weiße Revolution". Die beiden Supermächte verschärfen ihre Rivalität um den Iran. Der US-Imperialismus klammert, die SU sickert ein. Die nationale Befreiungsbewegung sucht erneut die Entscheidung. Zusammensetzung der Klassen des Volkes. Ihre Forderungen.

17. Afrika-Reihe · a) Die afrikanischen Völker haben den Widerstand gegen die europäischen Kolonialmächte nie aufgegeben. Die Hereros im Kampf gegen den deutschen Imperialismus. · b) Die Monokultur ist das Ergebnis des Kolonialismus und Imperialismus. Methoden und Profite der Plantagenwirtschaft. Die vom Land vertriebenen Bauern werden in den Bergwerken umgebracht. Kongo, Rhodesien und Südafrika. · c) Afrika erhebt sich aufs Neue gegen Kolonialismus und Imperialismus. Aber mit der Unabhängigkeit von den alten Kolonialmächten ist der Kampf nicht vorbei. Erst intervenieren die US-Imperialisten, dann folgen die Sozialimperialisten. Von der „Kongo-Krise" zur „Shabakrise". Die alten Kolonialmächte halten auch noch tausend Fäden in der Hand. · d) Einheit der afrikanischen Völker ist Voraussetzung ihrer Unabhängigkeit und Befreiung. Angola. · e) Kampf um Unabhängigkeit ist unaufhaltsam. Durchsichtige Hetze gegen Uganda. Auch gesteuerte Putsche bringen nicht mehr zuverlässige Marionetten hervor. Aber die neudemokratische Revolution ist noch notwendig.

18. Der Aufbau des Sozialismus in der VR China. Eine große Unterstützung für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker. · a) Die chinesische Revolution setzt den Weg fort, den die Große Oktoberrevolution den Völkern des Ostens und allen unterdrückten Völkern eröffnet hatte. Arbeiter-Bauern-Bündnis. · b) Gründung der VR China und Vollendung der neudemokratischen Revolution. · c) Beseitigung des Privateigentums. Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft. Die Landwirtschaft als Basis, die Industrie als führender Faktor. · d) Große Proletarische Kulturrevolution. Ihre Erfolge, ihre Mängel und Fehler. · e) Die vier Modernisierungen, eine neue große Revolution, die die Ausstrahlungskraft der VR China stärkt.

19. Regionale Klassenkämpfe · 19.01 Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein · 19.02 Geschichte der Klassenkämpfe in Hamburg nach 1945 · 19.03 Klassenkämpfe in Berlin nach 1945 · 19.04 Geschichte der Klassenkämpfe im Ruhrgebiet und Rheinland · 19.05 Klassenkämpfe in Bayern

KBW

Kommunistischer Bund Westdeutschland